



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Die Finanzierung der politischen Parteien – ein
Vergleich zwischen Österreich und der Schweiz“

verfasst von / submitted by

Yunus Ipek, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts / MA

Wien, 2017/ Vienna, 2017

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 066824

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Univ. -Doz. Dr. Johann Wimmer

Mitbetreut von / Co-Supervisor:

Inhaltverzeichnis

Danksagung	7
Vorwort	9
Abkürzungsverzeichnis	11
1. Einleitung	13
1.1 Problemstellung.....	13
1.2 Methodische Vorgangsweise	14
1.3 Aufbau der Arbeit.....	15
2. Begriffsklärung	17
2.1 Der Begriff der Partei.....	17
2.2 Die Entstehung der politischen Parteien.....	20
2.3 Die Bedeutung der politischen Parteien.....	26
3. Allgemeine Theorie über die Parteienfinanzierung	31
3.1 Allgemeine Demokratietheorien.....	31
3.2 Theorien über Parteien für die Demokratiequalität.....	33
4. Historische Entwicklung der Parteien	39
4.1 Zur Geschichte der Parteienfinanzierung	39
4.2 Rolle der Massen im Bezug auf die politischen Parteien laut Le Bon und Freud	42
4.3 Patronage im Parteiensystem in Österreich	44
5. Politische Parteien	45

5.1 Österreich.....	45
5.1.1 Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ).....	45
5.1.2 Österreichische Volkspartei (ÖVP).....	47
5.1.3 Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ).....	48
5.1.4 Das Neue Österreich und Liberales Forum (NEOS).....	48
5.1.5 Die Liste Peter Pilz (PILZ).....	48
5.2 Schweiz.....	49
5.2.1 Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP).....	49
5.2.2 Die Christlich-Demokratische Volkspartei der Schweiz (CVP).....	49
5.2.3 Die Schweizerische Volkspartei (SVP).....	50
5.2.4 Die Liberalen (FDP).....	50
6. Modi der öffentlichen Unterstützung der Parteien.....	51
6.1 Staatsfreie Parteienfinanzierung (private Finanzierung).....	51
6.1.1 Mitgliedsbeiträge.....	52
6.1.1.1 Österreich.....	54
6.1.1.2 Schweiz.....	55
6.1.2 Kleinspenden.....	56
6.1.2.1 Österreich.....	60
6.1.2.2 Schweiz.....	61
6.1.3 Großspenden und Unternehmensspenden.....	61
6.1.3.1 Österreich.....	64
6.1.3.2 Schweiz.....	66
6.1.4 Die Finanzierung der parteinahen Stiftungen.....	66

6.1.4.1 Österreich.....	66
6.1.4.2 Schweiz.....	68
6.1.5 Kreditaufnahmen	68
6.1.6 Eigene Einkünfte.....	69
7. Die Finanzierung der Parlamentsfraktionen	71
7.1 Staatliche Parteienfinanzierung.....	71
7.1.1 Österreich.....	72
7.1.2 Schweiz.....	74
7.2 Europäische Gemeinschaft.....	74
7.2.1 Österreich.....	74
7.2.2 Schweiz.....	74
8. Parteiensysteme , Wahlrechts- und Wahlsysteme	75
8.1 Wahlrechts- und Wahlsysteme.....	75
8.1.1 Österreich.....	76
8.1.2 Schweiz.....	80
8.2 Wahlkampfkosten der Parteien	82
8.2.1 Österreich.....	82
8.2.1.1 Fallstudie: Die Nationalratswahl 2017	83
8.2.2 Schweiz.....	84
8.2.2.1 Fallstudie: Die Nationalratswahl 2015	84
9. Transparenz und Korruption.....	85
9.1 Europarat (GRECO)	85

9.1.1 Österreich.....	85
9.1.2 Schweiz.....	85
9.2 Transparenz	86
9.2.1 Österreich.....	86
9.2.2 Schweiz.....	87
9.3 Korruption	88
9.3.1 Österreich.....	89
9.3.2 Schweiz.....	90
10. Kritisches Denken	91
10.1 Kritisches Denken bei der Parteienfinanzierung	91
11. Zusammenfassung.....	93
11.1 Reformvorschläge zur Parteienfinanzierung.....	95
Literaturverzeichnis	97
Internetquellen.....	101
Abstract Deutsch	105
Abstract Englisch	106

Danksagung

Ich möchte mich vor allem bei Herrn Univ.-Doz. Dr. Johann Wimmer für sein Entgegenkommen und seine gewissenhafte Betreuung bedanken. Ohne seine Hilfe hätte diese Masterarbeit nicht verfasst werden können.

Ich bedanke mich bei meinem Bruder Ilyas Ipek und meiner Mutter Saime Ipek sehr herzlich.

Alle beide unterstützten mich sowohl im Bachelor- als auch im Masterstudium an der Universität Wien.

Yunus Ipek, 27.11.2017, Wien

İpek Aile` sine...

2017, Viyana...

Vorwort

Zunächst einmal möchte ich anführen, warum ich die Arbeit über Parteifinanzierung verfasst habe. Auffällig ist, dass es wenige Forschungen über die Finanzierung der Parteien auf der politikwissenschaftlichen Ebene gibt, weshalb ich mich entschlossen habe, mich in diesem Bereich zu vertiefen bzw. verbessern. Die Politikwissenschaft wurde als eine relative junge Studienrichtung in den 70ern in Österreich gegründet. Ab diesem Zeitpunkt hat sich die Politikwissenschaft mit den Parteien und ihren Finanzen theoretisch beschäftigt. Obwohl es eine neue Disziplin ist, haben wir genug die seriöse deutsche Literatur um zum Thema. Da ich das Thema als ein wichtiges Fundament der Demokratie sehe, habe ich es als Masterthema gewählt. Gesetze werden von den politischen Parteien im Parlament sowohl gemacht als auch verändert. Wenn die Funktionen der Regierungs-Koalition und Oppositionsparteien wichtig sind, so sind ihre Finanzen auch wichtig. Ich wollte meine Masterarbeit über die Art und Weise und im Hinblick auf fundamentale Probleme der Parteienfinanzierung der westlichen systematischen Demokratien verfassen. Mit meiner Arbeit wollte ich auch eine neue Bestandsaufnahme zur Parteienfinanzierung machen und eine Zukunftsprognose erstellen. Zur Forschung und als Vergleich habe ich zwei Länder ausgewählt, ein Mitglied der EU und ein Land, das ihr nicht angehört. Mit dieser Arbeit wird die Transparenz der Parteienfinanzierung in den beiden Ländern untersucht. Welches Land transparenter hinsichtlich der Finanzierung ist. Auch habe ich die anderen Bereiche analysiert, z.B. die Finanzierung der Parteien, Fraktionen, Abgeordneten, Parteistiftungen, private Finanzierung und staatliche Finanzierung, was zum Thema Parteienfinanzierung gehört. Da ich die Transparenz der Parteienfinanzierung sehr interessant und diskussionswürdig fand, wollte ich darüber schreiben. In der heutigen Zeit wird die Demokratie stets im Westen und im Osten in den verschiedenen Ländern mehr oder weniger auf intellektueller Ebene thematisiert, wie die Demokratie und die Parteienfinanzierung verbessert oder mit einer Parteitheorie entwickelt werden sollten, wenn man die Finanzierung der politischen Parteien für die Transparenz des Staates als lebenswichtig betrachtet. Meine Absicht mit der vorliegenden Forschung ist es, den politisch interessierten Leser zu informieren und dieses Thema auf der wissenschaftlichen Ebene diskutieren zu lassen und die neue Parteienfinanzierungsregelung zu finden. Meine Arbeit wird die Parteienfinanzierungstheorie von den verschiedenen Theoretikern inkludieren. Meine Forschung versucht, den theoretischen Teil stark und tief zu behandeln. Warum Partei und ihre Finanzen für die Demokratie und Demokratiequalität so wichtig sind. Ich hoffe, dass

meine neue Interpretation zur Parteienfinanzierung zum Weiterdenken anregt und neue Gedankenstöße zu diesem Thema vorantreibt. Vielleicht dient diese Masterarbeit als eine Inspiration für andere Länderstudien, welche sich mit der Thematik rund um die Parteienfinanzierung in anderen europäischen Ländern beschäftigen. In diesem Kontext wollte ich versuchen, die Reformvorschläge in Bezug auf die Parteienfinanzierung für beiden Länder der demokratiethoretischen Prämisse zu erläutern. Schließlich wurde es auch in der Arbeit analysiert, ob gewisse Verbindungen zwischen der Politik und den Unternehmen in Bezug auf Spendengelder in Österreich und der Schweiz transparent in die Öffentlichkeit getragen wurde oder nicht? Von wo kamen die Gelder und wohin flossen sie? Als Forschungsgebiet habe ich zwei Länder (Bundesrepublik Österreich – Schweiz) ausgewählt um sie hinsichtlich ihrer Parteifinanzierung in den Jahren 2015 bis 2017 zu vergleichen. „...den Versuch, Denkanstöße für weitere, erforderliche Reformüberlegungen zu bieten und die Diskussion über die Parteienfinanzierung zu bereichern“.¹ Geographisch betrachtet befinden sich diese beiden Nationen im Zentrum von Europa, sind unter anderem auch Nachbarländer, was sie jedoch ausgrenzt ist die Mitgliedschaft, wenn wir in Betracht ziehen, dass wir mit der Bundesrepublik Österreich ein EU-Mitglied haben, wobei wir durch die Schweiz ein Mitglied der EFTA-Staaten haben. „Die Ausweitung auf die genannten Bereiche außerhalb der klassischen Parteienfinanzierung ist notwendig, weil die Parteienfinanzierung nicht einseitig, sondern umfassend behandelt werden soll...“² Die vorliegende Arbeit umfasst nicht nur die „klassische“ Parteifinanzierung, wie alte idealistische politische Parteien, die mit Mitgliedsbeiträgen und Spenden finanziert wurden, sondern auch die modernen neuen Finanzmöglichkeiten unter dem modernen politischen System. Es ist auch ein Grund über Parteienfinanzierung zu schreiben, dass viele Bürger der staatlichen Finanzierung der Parteien, und zwar auch der privaten Spenden, *skeptisch* gegenüberstehen. Es ist jedoch schwer, dabei den Begriff „Schwarzgeld“ in der Politik außen vor zu lassen. „...Das Thema Parteienfinanzierung ist vielmehr im Schnittpunkt mehrerer Wissenschaftsdisziplinen, nämlich der Politikwissenschaft, der Rechtswissenschaft, der Soziologie und der Ökonomie angesiedelt...“³ Ich habe mein Masterthema „Parteienfinanzierung“ auf der politikwissenschaftlichen Sichtweise im Vordergrund verfasst.

¹ Drysch, Thomas (1997/1998): Parteienfinanzierung, Österreich, Schweiz, Bundesrepublik Deutschland, Leske + Budrich, Opladen, S. 18

² Ebd., S. 18

³ Ebd., S. 17

Abkürzungsverzeichnis

BRD	Bundesrepublik Deutschland
BMI	Bundesministerium für Inneres (Österreich)
BDP	Bürgerlich-Demokratische Partei Schweiz
B-VG	Bundes-Verfassungsgesetz (Österreich)
BGB	Das Bürgerliche Gesetzbuch (Österreich)
CVP	Christlich-Demokratische Volkspartei der Schweiz
DRP	Deutsche Reichspartei
DP	Demokratische Partei
FDP	FDP. Die Liberalen
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
GRÜNE	Die Grünen – Die Grüne Alternative
GRECO	The Group of States against Corruption
MSI	Italienische Sozialbewegung-Neofaschistische Partei Italiens
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NEOS	NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum
OECD	The Organisation for Economic Co-operation and Development Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
ÖVP	Österreichische Volkspartei
ÖGB	Österreichische Gewerkschaftsbund
öS	Österreichischer Schilling
PILZ	Die Liste Peter Pilz
RI	Das Karl-Renner-Institut
RH	Rechnungshof Österreichs
SRP	Sozialistische Reichspartei
SDAP	Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
SVP	Schweizerische Volkspartei
SP	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
StGB	Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937 (SR 311.0)
SRG	Die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft
Team Stronach	Team Stronach für Österreich
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb

Hinweis zur geschlechtsneutralen Schreibweise:

Es wurden überwiegend grammatische Formen gewählt, die weibliche und männliche Personen gleichermaßen einschließen. War dies nicht möglich, wurde zwecks besserer Lesbarkeit und aus Gründen der Vereinfachung nur eine geschlechtsspezifische Form verwendet. Dennoch sind beide Geschlechter gleichermaßen angesprochen.

1. Einleitung

1.1 Problemstellung

Die Parteien sind für das moderne demokratische System unverzichtbar, da sie vom Volk für das Volk gewählt werden. Nicht nur hinsichtlich der Legitimation, sondern auch in Bezug auf die politikwissenschaftliche Ebene, da sie sowohl auf mehreren Ebenen als auch im Hinblick auf die Perspektive untersucht werden kann. Es fiel mir persönlich auf, dass das Thema rund um die Parteienfinanzierung in jeglicher Hinsicht bezugnehmend auf die strukturelle Entwicklung der modernen Demokratie nicht explizit analysiert wurde, was mich zu denken vorantrieb. Die Antwort auf diese Frage, welche wesentliche Rolle spielen die Parteien in der westlichen Demokratie, werden die Parteien in dieser Arbeit von den westlichen Perspektiven dargestellt. Die Bedeutung der Parteien scheint wie *ein „Träger der Demokratie und der Demokratisierung“⁴ zu sein*. Diese Arbeit will die Funktion als Träger substantieller Partizipation der Parteien eingehen, wie sie es erhalten und ausbauen. Unter diesem Gesichtspunkt kann man davon ausgehen, dass die Parteien und ihre Finanzen wichtig soweit der Demokratie sind.⁵ In diesem Zusammenhang will diese Masterarbeit bei der Parteienfinanzierung im Schwarzgeld abhelfen um einen Ausweg des politischen Geldes auf der Transparenz zu finden. Es ist auch ganz wichtig für meine Arbeit, ob die Art der Spenden überhaupt legitim in beiden Ländern ist oder nicht. Dafür muss ich versuchen mit der wissenschaftlichen Methode und sinnvollerweise die Frage zu beantworten.

Forschungsfragestellungen:

- Welche Rolle spielen die Parteien in der westlichen Demokratie?
- Wie werden die Parteien in Österreich und der Schweiz als eine Zivilorganisation finanziert?
- Wie werden die parlamentarischen Fraktionen vom Staat unterstützt?
- Wie gestaltet sich die Parteienfinanzierung hinsichtlich der Transparenz in den beiden Alpennationen oder stellt sich eine Nation in den Vordergrund in Bezug auf die Transparenz?
- Gibt es eine öffentliche Kontrolle zur Parteienfinanzierung in Österreich und der Schweiz?
- Wie kann man die Finanzierung der Parteien verbessern?
- Nützen die politischen Parteien den Staat aus?

⁴ Ucakar, Karl / Stefan Gschiegl (2010): Das politische System Österreichs und die EU. Facultas Verlags- und Buchhandels AG, Wien, S. 147

⁵ Ebd., Vgl. S. 147

1.2 Methodische Vorgangsweise

Da die Parteien nicht mehr nur von den Spenden und Mitgliedsbeiträgen unterstützt werden, wird die Finanzierung der Parteien unter verschiedenen Blickwinkeln analysiert und betrachtet, da das Spektrum in Bezug auf die Parteienfinanzierung sehr vielfältig ist. „...Die ausschließliche Finanzierung der Parteien durch Mitgliedsbeiträge und Spenden ist in den meisten westlichen Demokratien inzwischen zur Utopie geworden...“⁶ Diesbezüglich gestaltet sich bei meiner Masterarbeit auch ein negativer Aspekt, da durch die erneuerte Gesetzeslage die Daten rund um die Finanzierung der Parteien sich neu gestalten und definieren. Dies hat zur Folge, dass diese und jegliche Themen hinsichtlich der Parteienfinanzierung ein theoretisches Fundament aufweisen müssen, da sich die anderen Komponenten beziehungsweise auf die Finanzierungsmöglichkeiten stetig ändern. So soll meine Masterarbeit mehr ein Gedankenanstoß für weitere Arbeiten darstellen, welche sich mit dieser Thematik beschäftigen. Nach Beymes; „Parteienforschung ist wegen der ständigen Aktualität ein frustrierendes Geschäft. (...) „*Decline of Parties*“ wird auch in der seriösen szientistischen Literatur pausenlos diskutiert...“⁷ Das Thema der Masterarbeit wurde zumal im demokratischen modernen politischen System erforscht, um darunter eine allgemeine Parteien- und Demokratietheorie sowie Massenpsychologie zu analysieren. Die Arbeit hat versucht eine allgemeine Theorie zur Parteienfinanzierung darzustellen. So habe ich eine Literaturanalyse bei der Parteienfinanzierung erstellt um auf politikwissenschaftlicher Ebene die Daten sowohl in Österreich als auch in der Schweiz in einer chronologischen Folge zu erfassen. Warum muss die Finanzierung der Parteien kontrolliert werden? Die Problematik in Bezug auf meine Masterarbeit gestaltete sich deswegen so schwierig, da die unterschiedlichsten Websites die unterschiedlichsten Zahlen dargestellt haben. Deswegen habe ich meinen Fokus auf Websites gerichtet, wo ich davon ausgehe, dass die Zahlen in ihrer Richtigkeit stimmen. So habe ich mich bei der gelesenen Fachliteratur über die Parteienfinanzierung auf die Websites vom Parlament, dem Rechnungshof, dem Ministerium für Inneres sowohl in Österreich als auch in der Schweiz fokussiert. An die erforderlichen Informationen zu gelangen musste ich sehr viel an Recherchearbeit erledigen um so auch eine transparente und gewissenhafte Zahlenbilanz in Bezug auf die Parteienfinanzierung der oben genannten Nationen zu erlangen.

⁶ Drysch, Thomas (1997/1998): Parteienfinanzierung, Österreich, Schweiz, Bundesrepublik Deutschland, Leske + Budrich, Opladen, S. 15

⁷ Beyme, Klaus von (2000): Parteien im Wandel, Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien, Westdeutscher Verlag, S. 10

1.3 Aufbau der Arbeit

Beginnend mit der Problemstellung in Bezug auf meine Masterarbeit hinsichtlich der Parteienfinanzierung in den beiden Nachbarländern erfolgte die methodologische Vorgangsweise. (Kapitel 1)

Auf diese Einleitung aufbauend erfolgt im **zweiten Abschnitt** zunächst die Begriffserklärung. Hierbei habe ich Grundbegriffe in meiner Literatur explizit erläutert und in ihrer sinngemäßen Wiedergabe dargestellt. Nach den Definitionen habe ich zunächst die Entstehung der Parteien und die Bedeutung der politischen Parteien in ihrer Historie wiedergegeben.

Im **dritten Teilbereich** habe ich die Allgemeine Theorie der Parteienfinanzierung zur Niederschrift gebracht, wobei ich einerseits sehr allgemein die Demokratietheorien erläutert habe. Nach den Allgemeinen Demokratietheorien habe ich Theorien über die Parteien für die Demokratiequalität dargestellt, da die Demokratiequalität hinsichtlich der Parteien eine wesentliche Rolle spielt.

Im **vierten Abschnitt** habe ich mich auf die historische Entwicklung der Parteien konzentriert. Hierzu habe ich wie folgt mich zuerst auf die Geschichte der Parteienfinanzierung konzentriert. Wie erfolgte die Parteienfinanzierung in der Historie. Auf diesen historischen Teilbereich aufbauend wurde die Rolle der Massen auf die politischen Parteien laut Le Bon und Freud analysiert. Den Schlussbereich bildet die Patronage im Parteiensystem in Österreich.

Im **fünften Teilbereich** meiner Masterarbeit habe ich mich auf die politischen Parteien im Parlament konzentriert. Sozusagen werden nicht alle gelisteten Parteien, sondern vielmehr die Parteien, welche über die Jahre hinweg ihren Sitz im Parlament haben, dargestellt und erläutert.

Im **sechsten Abschnitt** werde ich mich auf die Modi der öffentlichen Unterstützung der Parteien konzentrieren. Hierbei „...haben nur wenige Wissenschaftler die Chance genutzt, mit Hilfe des internationalen Vergleichs (oder im europäischen Vergleich) neue Lösungsansätze für die zum Teil gleichgelagerten Probleme der staatlichen Parteienfinanzierung zu finden...“⁸ Das Skelett meiner Masterarbeit bildet der achte Teilbereich, welche durch die Unterkapiteln Mitgliedsbeiträge, Kleinspenden, Großspenden und Unternehmensspenden, Parteienfinanzierung und Korruption, Kreditaufnahmen, Eigene Einkünfte und die Finanzierung der parteinahen Stiftungen dargestellt wurde. In all diesen Teilabschnitten habe ich mich zunächst allgemein gehalten um anschließend in vertiefender Form die beiden

⁸ Drysch, Thomas (1997/1998): Parteienfinanzierung, Österreich, Schweiz, Bundesrepublik Deutschland, Leske + Budrich, Opladen, S. 17

Nachbarländer in einer Vergleichsstudie in ihrer expliziten Art und Weise darstellen zu können.

Auf diesem Grundgerüst aufbauend erfolgt im **siebten Abschnitt** die Finanzierung der Parlamentsfraktionen, welche zunächst durch die staatliche Parteienfinanzierung in einer Vergleichsstudie dargestellt wird. Auf diese nationale Gegebenheiten aufbauend erfolgt die Finanzierung der Parlamentsfraktion auf europäischer Ebene.

Im **achten Teilbereich** erläutere ich die Parteiensysteme, wobei ich meinen Fokus auf die Wahlrechtssysteme und Wahlsysteme gelegt habe. Hierzu habe ich mich auf die letzten Nationalratswahlen konzentriert. Bezugnehmend auf Österreich ist dies die Nationalratswahl 2017 und in der Schweiz die Nationalratswahl 2015. Wie sahen die Wahlkampfkosten der wichtigsten Parteien bei ihren letzten Nationalratswahlen aus?

Im **neunten Teilbereich** meiner Masterarbeit habe ich mich mit den GRECO Berichten hinsichtlich der Parteienfinanzierung befasst. Wie gestaltet sich der Aufgabenbereich von GRECO. Wie sieht es in den jeweiligen Ländern aus wie gestaltet sich die Transparenz und die Korruption in den bei Nachbarnationen? Die Transparenz der Parteienfinanzierung steht in diesem Kapitel im Vordergrund.

Im **zehnten Abschnitt** werde ich mich mit dem kritischen Denken auseinandersetzen. In diesem und vorletzten Abschnitt werde ich einen kritischen Blickwinkel in dieser Niederschrift darstellen. Welche Verbesserungsvorschläge können gemacht werden und was ist für die Zukunft verbesserungswürdig? Durch den kritischen Denkanstoß soll die Parteifinanzierung aus einem anderem Blickwinkel dargestellt werden.

Den **elften Abschnitt** und somit das Schlusskapitel stellt die Zusammenfassung in meiner Masterarbeit dar. In dieser Zusammenfassung werde ich die Details in einer Vergleichsstudie erläutern. Wie sehen die jeweiligen finanziellen Situationen in den jeweiligen Ländern aus? Welche positiven Aspekte kann man aus dem jeweiligen Land mitnehmen und welche Defizite weisen die einzelnen Länder auf, wenn es sich beispielsweise um staatliche Fördermittel handelt. Wie gestalten sich die Reformvorschläge und welche Zukunftsperspektiven lassen sich ableiten?

2. Begriffsklärung

*„...democracy is unworkable
save in terms of parties.“⁹*

2.1 Der Begriff der Partei

Welche Bedeutung hat der Begriff „Partei“ für das Volk? „Sie [Parteien] sind Organisationen, die zur politischen Willensbildung des Volkes beitragen und den Transmissionsriemen zwischen Staat und Gesellschaft bilden“.¹⁰ Da es einen starken Zusammenhang zwischen Staat und Parteien sowie dem Volkswillen gibt, wäre es besser, zuerst die Bedeutung des Parteienstaats zu untersuchen, im Speziellen, was unter Parteistaat zu verstehen ist. Laut Staatstheorien kann man sagen, dass die Parteien eine wesentliche Rolle für den Volkswillen in der heutigen Zeit spielen. „...Denn ohne politische Parteien kann es in unserem Zeitalter keine Demokratie geben. Niemand sonst könnte den Volkswillen in besserer Form repräsentieren- keine Einzelpersonlichkeiten und keine Verbände...“.¹¹ Eine weitere Bedeutung von Parteien ist, dass sie auf Grundlage von Wahlen das Volk repräsentieren.

“...Und nichts außer den politischen Parteien kann einer breiteren Masse von Staatsbürgern über das Wahlrecht hinausgehende allgemeine politische (Mit-) Wirkungsmöglichkeiten eröffnen“.¹² Betrachtet man die Etablierung von politischen Parteien, so kann man festhalten, dass diese sich maßgeblich nach dem Niedergang der Monarchien entwickelten. “...Whether one thinks of Anglo-American democracies or totalitarian systems such as the Soviet Union, Fascist Italy, and Nazi Germany...the political party in one form or another is omnipresent“.¹³ „Dabei ist zunächst voranzustellen, dass die Parteien in einer funktionierenden Demokratie ein unverzichtbarer Bestandteil sind...“¹⁴ Es gibt mehrere unterschiedliche Beschreibungen zum Begriff der politischen Parteien um sie auf einer politikwissenschaftlichen Ebene besser

⁹ Aldrich 1995: 3. Zitiert nach: Saalfeld, Thomas (2007): Parteien und Wahlen, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, S. 9

¹⁰ Vgl. Carl Böhret/ Werner Jann/ Eva Kronenwett 1988: 189. Zitiert nach: Drysch, Thomas (1997/1998): Parteienfinanzierung, Österreich, Schweiz, Bundesrepublik Deutschland, Leske + Budrich, Opladen, S. 19

¹¹ Kadan, Albert/ Erich Reiter (1981): Parteienfinanzierung, Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe des Institutes für Politische Grundlagenforschung, Wien, S. 34

¹² Ebd., S. 34

¹³ La Palombara, Joseph (Ed. By)/ Myron Weiner (1966/1967): Political Parties and Political Development, Printed in the United States of America by Princeton University Press, S. 3

¹⁴ Drysch, Thomas (1997/1998): Parteienfinanzierung, Österreich, Schweiz, Bundesrepublik Deutschland, Leske + Budrich, Opladen, S. 69

verstehen zu können Dies versuche ich durch die Definition des Begriffs der Partei von Leibholz zu erklären.

„Der „Strukturwandel der Demokratie“¹⁵ besteht nach Leibholz darin, dass die Parteien als permanente Vermittler zwischen das Volk und das Parlament treten und im Willensbildungsprozess praktisch ein Monopol besitzen. „Die Parteien sind es, die in den großen Flächenstaaten heute allein die Möglichkeit haben, die Millionen der Wähler[/Innen] zu politisch aktionsfähigen Gruppen zusammenzuschließen. Sie sind geradezu *das Sprachrohr*, dessen sich das mündig gewordene Volk bedient, um sich artikuliert äußern und politische Entscheidungen fällen zu können“.¹⁶

Mit meiner Arbeit will ich auf der wissenschaftlichen Ebene versuchen zu belegen, dass die politischen Parteien die wichtigsten Bestandteile einer Demokratie sind. Sie sind sogar das Grundgerüst, weil das Parlament, die Bürokratie, die staatlichen Einrichtungen und Gerichte nur mit den politischen Parteien funktionieren können. Jedoch wäre dies nur möglich unter einer „*freiheitlichen Demokratie*“¹⁷. „Von der Funktionsfähigkeit und der Glaubwürdigkeit dieser Parteien hängt weitgehend das Schicksal der freiheitlichen Demokratie ab“.¹⁸ Wenn wir sagen, dass wir ein demokratisches System in Bezug auf die politischen Parteien haben, dann können wir über die Demokratie und die politische Legitimation reden. Dies hat zur Folge, dass sich alle staatlichen Organe mit den Parteien herausbilden. Jedoch wurden Parteien auf der wissenschaftlichen Ebene bis dato nicht genug untersucht. Wie es von Beyme erwähnt wurde; „Die Parteienforschung ist in ihrer Reputation gehandikapt, weil sich dieser Bereich als nicht sehr theoretisierbar erwies...“¹⁹ Dies spielt eine essentielle Rolle für die repräsentative Demokratie. „...Man erwartet deshalb von den Parteien, dass sie politische Führung und Handlungsfähigkeit zur Lösung zentraler gesellschaftlicher Probleme gewährleisten...“²⁰

¹⁵ Leibholz, Gerhard (1974): Strukturprobleme der modernen Demokratie. Frankfurt am Main, 78ff. Zitiert nach: Ucakar, Karl /Stefan Gschiegl (2010): Das politische System Österreichs und die EU. Facultas Verlags- und Buchhandels AG, Wien, S. 146

¹⁶ Leibholz, Gerhard (1969): Repräsentativer Parlamentarismus und parteienstaatliche Demokratie. S. 352, in: Kluxen, Kurt (Hg.): Parlamentarismus. Köln, 349-360. Zitiert nach: Ucakar, Karl / Stefan Gschiegl (2010): Das politische System Österreichs und die EU. Facultas Verlags- und Buchhandels AG, Wien, S. 146-147

¹⁷ Wimmer, Inge (1976): Die Parteien und ihre Finanzen, Überlegungen zum Thema Parteienfinanzierung, Wien, S. 3

¹⁸ Ebd., S. 3

¹⁹ Beyme, Klaus von (2000): Parteien im Wandel, Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien, Westdeutscher Verlag, S. 9

²⁰ Drysch, Thomas (1997/1998): Parteienfinanzierung, Österreich, Schweiz, Bundesrepublik Deutschland, Leske + Budrich, Opladen, S. 69

„Die moderne Demokratie beruht geradezu auf den politischen Parteien, deren Bedeutung umso größer ist, je stärker das demokratische Prinzip verwirklicht ist“.²¹

„Die Bedeutung der Parteien für die Demokratie leitete Kelsen daraus ab, „dass das isolierte Individuum politisch überhaupt keine reale Existenz hat, da es keinen wirklichen Einfluss auf die Staatswillensbildung gewinnen kann, dass also Demokratie ernstlich nur möglich ist, wenn sich die Individuen zum Zwecke der Beeinflussung des Gemeinschaftswillens unter dem Gesichtspunkte der verschiedenen politischen Ziele zu Gemeinschaften integrieren, (...). Nur Selbsttäuschung oder Heuchelei kann vermeinen, dass Demokratie ohne politische Parteien möglich sei. Die Demokratie ist notwendig und unvermeidlich ein Parteienstaat“.²²

In diesem Zusammenhang kann man davon ausgehen, dass das Volk seinen Willen mit Hilfe von Parteien im Parlament zum Ausdruck bringt und somit die Gesetzgebung legitimiert. Unter diesem Gesichtspunkt (laut Kelsen) will ich die politischen Parteien als ein „sozialtechnisches Mittel“²³ beschreiben, welches auf die Erzeugung staatlicher Ordnung abzielt.²⁴ In der vorliegenden Arbeit wird von dem Verständnis ausgegangen, dass Parteienfinanzierung für die Demokratie wichtig ist, da es Parteien gegenüber Großspenden von der Industrie und deren Lobbyorganisationen unabhängig macht.²⁵ Vielmehr sollten Parteien auf Grundlage gleicher Finanzierungsmöglichkeiten agieren können, um in einen fairen politischen Wettbewerb miteinander treten zu können.

Man kann auch sagen, dass Parteien allgemein in einem konflikthaften Verhältnis zueinander stehen. Außerdem gibt es innerhalb der Parteien selbst interne Machtkämpfe, wie beispielsweise zwischen unterschiedlichen Landesverbänden, ideologischen Gruppierungen oder Interessensgruppen.²⁶ Unterschiedliche Gruppierungen in Parteien können auch Kontakte zu diversen gesellschaftlichen Akteuren unterhalten, um Finanzierungsmittel zu

²¹ Kelsen, Hans (1929 (Neudruck 1963)): Vom Wesen und Wert der Demokratie. Aalen. S.19. Zitiert nach: Ucakar, Karl / Stefan Gschiegl (2010): Das politische System Österreichs und die EU. Facultas Verlags- und Buchhandels AG, Wien, S. 144

²² Kelsen, Hans (1929 (Neudruck 1963)): Vom Wesen und Wert der Demokratie. Aalen. S. 20. Zitiert nach: Ucakar, Karl / Stefan Gschiegl (2010): Das politische System Österreichs und die EU. Facultas Verlags- und Buchhandels AG, Wien, S. 144

²³ Ucakar, Karl / Stefan Gschiegl (2010): Das politische System Österreichs und die EU. Facultas Verlags- und Buchhandels AG, Wien, S. 147

²⁴ Ebd., Vgl. S. 145-146

²⁵ Vgl. Lösche, Peter (1984): Wovon leben die Parteien?. Über das Geld in der Politik, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt, S.7

²⁶ Ebd., S.9

lukrieren. Unter diesem Aspekt werden die Reformvorschläge der Parteienfinanzierung in dieser Arbeit erläutert.²⁷

2.2 Die Entstehung der politischen Parteien

Bevor ich mich mit der Entstehung und Bedeutung der politischen Parteien auseinandersetze, sollte die Existenz der Parteien in der politischen Ideengeschichte analysiert werden. In welchem Zusammenhang stehen bzw. wirken die Parteien mit anderen politischen und gesellschaftlichen Organen aufeinander?

„Politik bezeichnet allgemein das Handeln von Menschen, Interessengruppen, Parteien, Organisationen mit dem Ziel, die gesellschaftliche Entwicklung zu beeinflussen, also die Gesellschaft und damit auch ihre normative Ordnung, ihr Recht, zu gestalten. Ziele politischen Handelns sind allgemein verbindliche Entscheidungen.

Die wissenschaftliche Analyse der Politik ist sinnvoll nur eingebettet in die Struktur und die Dynamik der Gesellschaft möglich. In der politischen Ideengeschichte ist der Zusammenhang von Politik, Recht und Gesellschaft spätestens seit Aristoteles ein wichtiger Teil des wissenschaftlichen Diskurses in der Philosophie, der Rechtstheorie, der Soziologie, in der Staatswissenschaft und in der modernen Politikwissenschaft“.²⁸

In diesem Kapitel wird die Funktion der Parteien in früheren Gesellschaften definiert und anschließend mit modernen Demokratien verglichen. Aristokraten und lokale Honoratioren haben politische Entscheidungen mit ihrer Klientel getroffen, um Herrschaft auszuüben. Klientelpolitik ist jedoch auch bei Parteien in modernen Demokratien feststellbar. Man kann sagen, dass derartige Klientelstrukturen schon immer bestanden, diese jedoch mit der Zeit transformiert wurden. Laut Max Weber haben Parteien und Interessengruppen unterschiedliche Funktionen, obgleich beide Einfluss auf die Gesellschaft und staatliche Organe ausüben wollen.²⁹

„Die moderne Theorie der politischen Systeme schreibt den Interessengruppen die Funktion der *Interessenartikulation*, den Parteien die der *Interessenaggregation* zu. Auch diese Unterscheidung kann in Grenzfällen zu schematisch werden. Die Arbeitsteilung zwischen Parteien und Interessengruppen ist nicht in allen politischen Systemen gleich stark ausgebildet.

²⁷ Vgl. Lösche, Peter (1984): Wovon leben die Parteien?. Über das Geld in der Politik, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt, S.7

²⁸ Ucakar, Karl / Stefan Gschiegl (2010): Das politische System Österreichs und die EU. Facultas Verlags- und Buchhandels AG, Wien, S. 11

²⁹ Vgl. Beyme, Klaus von (1984): Parteien in westlichen Demokratien. München, S. 22

Parteien werden meist von Interessengruppen dadurch unterschieden, dass in der Regel nur erstere sich an Wahlen beteiligen und politische Ämter anstreben“.³⁰

Generell stellt sich die Frage, inwiefern man heutzutage von unterschiedlichen Parteitypologien sprechen kann? Welche Interessensgruppen genießen die Legitimität im modernen demokratischen System? In Hinblick auf politische Legitimierung kann man davon ausgehen, dass politische Parteien immer eine wichtige Rolle für die moderne Demokratie spielen. Da die Parteien in Bezug auf Wählerstimmen im Wettbewerb zueinander stehen und untereinander konkurrieren, erhalten Sie ihre Legimitation durch den Erfolg bzw. Misserfolg bei Wahlen. Wahlergebnisse sind ein wichtiger Faktor für die Legitimation politischer Macht innerhalb demokratischer Gesellschaften.

„Ein weiterer Unterschied zwischen Parteien und Interessengruppen liegt darin, dass Parteien in größerem Maße auf Wettbewerb ausgerichtet sind. Interessengruppen haben vielfach Adressaten, aber keinen Gegenverband (ausgenommen Arbeitgeber und Arbeitnehmer)“.³¹

„Drei theoretische Ansätze zur Erklärung der Entstehung der Parteien überwogen in der Literatur:“³²

- „1. *institutionelle Theorien*, welche die Parteien aus der Entwicklung parlamentarischer Systeme und der ihnen zugrundeliegenden Wahlsysteme ableiteten;
2. historische *Krisensituationstheorien*, die mit der Neuentstehung von Staaten oder dem Zusammenbruch von Verfassungssystemen operierten;
3. *Modernisierungstheorien*, die weniger politische Faktoren als soziale und ökonomische Grundlagen der Parteienentstehung analysierten“.³³

1. Auf Grundlage der institutionellen Theorien kann man davon ausgehen, dass insbesondere Verfassungssysteme und Wahlsysteme dafür ausschlaggebend waren, dass sich Parteien entwickelten. Zwar ging im Laufe der Geschichte die Entfaltung parlamentarischer Systeme nicht zwangsweise mit der Entwicklung eines allgemeinen Wahlrechts einher, dennoch hatten beide einen Einfluss auf die Entwicklung von Parteienstrukturen.³⁴

³⁰ Beyme, Klaus von (1984): Parteien in westlichen Demokratien. München, S. 23

³¹ Ebd., S. 24

³² J. La Palombara /M. Weiner (1966): Political Parties and Political Development. Princeton UP, S. 7. Zitiert nach: Beyme, Klaus von (1984): Parteien in westlichen Demokratien. München, S. 27

³³ Beyme, Klaus von (1984): Parteien in westlichen Demokratien. München, S. 27-28

³⁴ Vgl. Beyme, Klaus von (1984): Parteien in westlichen Demokratien. München, S. 28-29

2. Krisentheorien versuchen die Entstehung von Parteien anhand von Legitimitätsbrüchen durch radikale oder faschistische Bewegungen zu erklären. Nach dem Zusammenbruch demokratischer Ordnung haben die Staaten versucht die Parteien wieder zu demokratisieren. Laut der Krisentheorie hängt die Modernisierung der politischen Partei von den Staaten bzw. von den Regimen (in den demokratischen Regimen oder in den autoritären Systemen) ab. An dieser Stelle möchte ich Sie noch auf zwei nordeuropäische Staaten hinweisen, wo sich jeweils nach dem Zerfall durch unterschiedliche Bewegungshintergründe sich diverse Flügel herauskristallisiert haben.

„In *Irland und Island* entstanden Parteiensysteme, die unabhängig von dem Land waren, das diese Gebiete einst beherrscht hatte. Vor allem in Irland ist das Parteiensystem fast ausschließlich ein Produkt der Unabhängigkeitsbewegung. Die seit 1830 ins britische Parteiensystem integrierten Gruppen wurden 1918 durch die nationalrevolutionäre Sinn Féin abgelöst. Nach der Unabhängigkeit Irlands 1922 bildeten sich aus zwei Flügeln der zerfallenen Nationalbewegung die beiden größten Parteien“.³⁵

Entweder sind es äußere Faktoren oder innere Ereignisse, die zu einem Umbruch herbeiführen können. So habe ich unten noch einige wichtige Umbrüche aufgelistet, welche durch die unterschiedlichsten Ideologien herbeigeführt wurden:

„*Zusammenbrüche* von parlamentarischen Demokratien durch die Machtübernahme faschistischer oder faschistoider Systeme (Italien 1922, Deutschland 1933, Österreich 1935, Spanien 1936-1939, Portugal 1926, Griechenland 1967). Alle diese Regime sind durch äußere Einwirkung (1945) oder durch inneren Umsturz (Griechenland 1974, Portugal 1974, Spanien 1975-1977) wieder demokratisiert worden“.³⁶

Unten aufgelistet sehen wir noch eine Schemata mit den unterschiedlichsten Ausdifferenzierungen von Parteien in den europäischen Ländern. Welche Ideologien mussten sich gegenüber welche Ideologien durchsetzen.

„*Schema der Ausdifferenzierung von Parteien*

1. *Liberalismus* gegen das alte Regime

2. *Konservative*

Frankreich: Liberale, Doctrinaires vs. Ultra-Royalisten (1814-1830)

Spanien: (1808-1812) Liberale vs. „conservadores“

Deutschland: Liberale vs. Anhänger des monarchischen Prinzips (1815-1848)

³⁵ Beyme, Klaus von (1984): Parteien in westlichen Demokratien. München, S. 31

³⁶ Ebd., S.32

3. *Arbeiterparteien* gegen das bürgerliche System (seit ca.1848)

Linkssozialistische Parteien (seit 1916)

4. *Agrarparteien* gegen das industrielle System

Skandinavien, Osteuropa

5. *Regionale Parteien* gegen das zentralistische System

Großbritannien (Iren)

Deutschland (Bayernpartei, Welfenpartei, Elsässer, Polen)

Österreich

6. *Christliche Parteien* gegen das laizistische System

Belgien (seit 1864)

Deutschland (Zentrum seit 1871)

Italien (seit 1919 Popolari)

7. *Kommunistische Parteien* gegen den „Sozialdemokratismus“ (seit 1916/17)

Antirevisionistische Parteien gegen den „realen Sozialismus“

8. *Faschistische Parteien* gegen demokratische Systeme

Italien (seit 1919)

Deutschland (seit 1923)

Neofaschisten: Italien (MSI), Deutschland (DRP-SRP-NPD)

9. *Protestparteien des Kleinbürgertums* gegen das bürokratisch- wohlfahrtsstaatliche System

Frankreich (Poujadismus)

Dänemark (Fortschrittspartei)

Niederlande (Bauernpartei)

10. *Ökologische Bewegung* gegen die Wachstumsgesellschaft“.³⁷

Auf Grundlage dieser Aufzählung werden unterschiedliche Formen der Arbeiterpartei typologisiert. Anhand der Theorie wurde die SPÖ als eine Arbeiterpartei identifiziert, da sie in einer engen Verbindung zur Arbeiterbewegung und den Massen der Arbeiter stand.

„Den programmatischen Orientierungsrahmen sozialdemokratischer Politik bildete ab dem Hainfelder Parteitag dessen Programm. Danach sollte das „gesamte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes... aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit,...der politischen Rechtlosigkeit und...der geistigen Verkümmerng“ befreit werden. Die erklärte Absicht des Hainfelder Parteitages war es, „das Proletariat politisch zu organisieren, es mit dem Bewusstsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten,...“Diesem Ziel dienten nicht nur die

³⁷ Beyme, Klaus von (1984): Parteien in westlichen Demokratien. München, S. 36-37

sozialpolitischen Forderungen, sondern auch die Forderungen nach politischer Beteiligung der arbeitenden Menschen (Hainfelder Programm 1888/89)“.³⁸

Diese Klassifikation vom Zehnparteiensystem wurde von Klaus von Beyme in den 1980ern beschrieben. Seitdem entstanden neue ideologische Parteien (z.B. populistische Parteien), die im damaligen Klassifikationssystem noch nicht erfasst waren. Da ich mich in meiner Forschung mit der Parteifinanzierung beschäftige, möchte ich mich nicht primär mit der programmatischen Ausrichtung von Parteien beschäftigen, sondern mit deren Finanzierung. Jedoch wird die *Art und Weise der Finanzierung der verschiedenen ideologischen Parteien* in meiner Arbeit untersucht und verglichen, um einen besseren Einblick in diese Thematik zu bekommen.

„...Auffallend ist vor allem, dass viele Parteiorganisationen in Ost- und Ostmitteleuropa sowie die Organisation der deutschen Parteien im Beitrittsgebiet von 1990 mehr dem Typus der professionalisierten Wählerpartei als dem der modernen Massenintegrations- und Volkspartei entsprechen“.³⁹

An dieser Stelle möchte ich Sie noch auf das Parteiorganisationstypus hinweisen. Welche Charakteristika spielen unter anderem eine wesentliche Rolle bei der Definition und Institutionalisierung einer Partei.

Professionalisierte Wählerpartei

Nach Panebiancos klassischer Definition zeichnet sich dieser Parteiorganisationstypus durch folgende Eigenschaften aus:

- Herausgehobene Rolle professioneller Parteimanager (mit besonderem Schwerpunkt auf Kommunikationsexperten) und von Interessengruppenvertretern;
- Schwerpunkt auf Wählerstimmenmaximierung und relative Unterordnung der Mitgliederpartei;
- Vorrang gewählter (d.h. durch das Elektorat legitimierter) Parteiführer gegenüber hauptamtlichen Parteifunktionären;
- Personalisierung der Führung;
- Finanzierung durch Interessengruppen und öffentliche Mittel;
- Schwerpunkt der innerparteilichen Diskussion liegt auf politischen Einzel- und Führungsfragen.

40

³⁸ Dachs, Herbert- Peter Gerlich- Herbert Gottweis- Helmut Kramer- Volkmar Lauber- Wolfgang C. Müller- Emmerich Tálos (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien, S.322-323

³⁹ Für Mittel- und Ostdeutschland siehe Grabow 2000: 293-307. Zitiert nach: Saalfeld, Thomas (2007): Parteien und Wahlen, S. 130

⁴⁰ Panebianco 1988: 264 Zitiert nach: Saalfeld, Thomas (2007): Parteien und Wahlen, S. 136

An dieser Stelle machen wir eine Zeitreise in die Geschichte. Welcher Parteytypus entstand im welchem Jahrhundert.

<i>Ungefähre Entstehungszeit</i>	<i>Bezeichnung</i>
19. Jahrhundert	Elitenparteien (oft auch als Kader-, Honoratioren-oder individuelle Repräsentationsparteien bezeichnet)
Etwa 1880 bis etwa 1960	Massenparteien (oft auch als Massenintegrationsparteien oder bürokratische Massenparteien bezeichnet)
Seit 1945	Volksparteien (oft auch als „Catch-All“-Parteien oder Allerweltparteien bezeichnet).
Etwa seit den 1970er Jahren	Kartellparteien (Katz/Mair), alternativ: professionalisierte Wählerparteien (Panebianco).

41

„Nach Katz und Mair können dabei Stadien der Parteibildung unterschieden werden, die sich allerdings historisch überlappen.“⁴²

Es gibt auch eine Parteidefinition von Weber aus seinem Werk „Wirtschaft und Gesellschaft“, die Folgendes über Parteien zusammenfasst:

„Parteien soll heißen auf (formal) freier Werbung beruhende Vergesellschaftung[en] mit dem Zweck, ihren Leitern innerhalb eines Verbandes Macht und ihren aktiven Teilnehmern dadurch (ideelle oder materielle) Chancen (der Durchsetzung von sachlichen Zielen oder der Erlangung von persönlichen Vorteilen oder beides) zuzuwenden.“⁴³

⁴¹ Katz/Mair 1995; siehe auch von Beyme 2000: 27. Zitiert nach: Saalfeld, Thomas (2007): Parteien und Wahlen, S. 127

⁴² Ebd., S. 127

⁴³ Weber, Max (1972): Wirtschaft und Gesellschaft, Grundriss der Verstehenden Soziologie, J.C.B. Mohr Tübingen S. 167

2.3 Die Bedeutung der politischen Parteien

Zumal möchte ich die Rolle der Parteien in westlichen Demokratien erklären, was sie zur modernen westlichen Demokratie beiträgt. Die Parteien und die politische Stabilisierung können in einem Satz oft im westlichen politischen System verwendet werden. „Als Vermittlungsinstanz zwischen Bürger und Staat tragen die politischen Parteien dazu bei, das jeweilige politische System zu stabilisieren und arbeitsfähig zu halten“,⁴⁴ wenn sie „als wesentliche Träger der modernen westlichen Demokratien“⁴⁵ bezeichnet werden. Die Demokratiegeschichte in Österreich fing mit dem Ende der Habsburger-Monarchie und der Einführung des parlamentarischen Systems im Jahre 1918 an. „...Mit dem Ende der Monarchie haben die Parteien auch die institutionelle Gewaltenteilung im Staat überwunden...“.⁴⁶ Danach hatten alle Bürger das Recht, egal welchen Stand sie hatten, an den Wahlen teilzunehmen. Die neue Staatsform der demokratischen Republik wurde 1920 unter einem großen Anteil des Rechtsgelehrten Hans Kelsen festgesetzt. Österreich wurde dabei als stark parlamentarisch geprägtes System festgelegt. „...Dieser Ausdruck bezeichnet somit einen Staat, in dem die Parteien die staatsbeherrschenden Kräfte darstellen. In ihrer geschichtlichen Entwicklung haben sie die Rolle der Stände als Gegengewicht zur monarchischen Gewalt übernommen...“.⁴⁷ Das Parlament bestand aus zwei Kammern, einerseits dem direkt von den BürgerInnen gewählten Nationalrat und andererseits dem von den Landtagen bestimmten Bundesrat. Beide Kammern hatten die Macht, den Bundespräsidenten zu wählen. Weiterhin wurde ein Parteiengesetz, das die Bedeutung der Parteien im politischen Prozess betont, erst 1975 festgesetzt. Pelinka klassifiziert die Ausdifferenzierung von österreichischen politischen Parteien folglich so: „...ist somit durch die Konzentration auf einige wenige Hauptwidersprüche gekennzeichnet- zunächst auf Klasse und Religion, später auch auf Ökologie“.⁴⁸

Die österreichische Republik ist ein Bundesstaat. Das heißt, es gibt ein Bundesparlament und Länderparlamente.

⁴⁴ Vgl. hierzu auch Ferdinand A. Hermens, *Verfassungslehre*, Opladen 1969, S. 169. Zitiert nach: Kruse, Gudrun Klee (1993): *Öffentliche Parteienfinanzierung in westlichen Demokratien, Schweden und Österreich: Ein Vergleich*, Frankfurt am Main, S.13

⁴⁵ Ebd., S.13

⁴⁶ Kadan, Albert/ Erich Reiter (1981): *Parteienfinanzierung*, Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe des Institutes für Politische Grundlagenforschung, Wien, S. 29

⁴⁷ Ebd., S. 29

⁴⁸ Pelinka, Anton /Fritz Plasser (Hg.) (1988): *Das österreichische Parteiensystem*, Böhlau Verlag Wien, Köln, Graz, S.18

„Der Bundesrat ist die Länderkammer und vertritt im Gesetzgebungsprozess die Interessen der neun Bundesländer. Die Zahl der von den einzelnen Bundesländern entsandten Mitglieder des Bundesrates richtet sich nach der Bevölkerungszahl des jeweiligen Bundeslandes: es sind mindestens drei, höchstens aber zwölf Mitglieder pro Bundesland“.⁴⁹

Das Zweikammersystem wurde im Bundesparlament organisiert (Nationalrat und Bundesrat). Beide sind gesetzgebende Körperschaften.

„Den österreichischen „Parteienstaat“ kennzeichnet also, dass politische Parteien nicht nur die typischen Aufgaben politischer Parteien wie Interessensartikulation und Vertretung im staatlichen Bereich wahrnehmen, sondern dass sie auch eine proportionale Aufteilung und Strukturierung der Gesellschaft übernommen haben“.⁵⁰

Da die Erste und Zweite Republik Österreich von den Parteien gegründet wurden, spielen Politische Parteien eine wesentliche Rolle in Österreich. In diesem Zusammenhang wird Österreich ein parlamentarischer Parteienstaat genannt. „...Wie immer man zur Art dieser Gründungsakte auch steht, so ist jedenfalls festzustellen, dass die Parteien 1918 und 1945 die direkten Träger der Staatsgewalt waren und die Staatsgründung ermöglichten...“.⁵¹ Aber natürlich sollte die Funktion der Parteien bei der Monarchie-Epoche untersucht werden, wie die politischen Parteien damals aussah.

„Die politischen Parteien als Massenorganisationen waren in den letzten Jahrzehnten der Monarchie trotz ihrer Bedeutung in der realen Politik kein Teil der geltenden Verfassung. Sie waren zwar meist als Vereine registriert, allerdings insofern sogar illegal, als politische Vereine nach dem Vereinsgesetz 1867 (Reichsgesetzblatt RGBl. 134/1867) nicht überregional organisiert sein durften“.⁵²

Die politischen Parteien wurden mit den drei Lagern gespalten, die 1918 die Gründer des neuen Staates waren, die als christlichsozial-konservativ, (deutsch) national und sozialdemokratisch unterschieden wurden.⁵³

„Am Nachmittag dieses schicksalsschweren 12. November 1918 verkündeten von der Rampe des Parlaments zwei der drei Präsidenten des Staatsrates, der Sozialdemokrat Karl Seitz und

⁴⁹ <https://www.parlament.gv.at/PERK/NRBRBV/>, 24.09.2017

⁵⁰ Pelinka, Anton und Rosenberger Sieglinde (2003): Österreichische Politik. Grundlagen, Strukturen, Trends, Facultas Verlags- und Buchhandels AG, Wien, S.143

⁵¹ Kadan, Albert/ Erich Reiter (1981): Parteienfinanzierung, Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe des Institutes für Politische Grundlagenforschung, Wien, S. 30

⁵² Ucakar, Karl / Stefan Gschiegl (2010): Das politische System Österreichs und die EU. Facultas Verlags- und Buchhandels AG, Wien, S. 143

⁵³ Ebd., Vgl. S. 143

der Deutschnationale Dr. Franz Dinghofer, vor einer ungeheuren Menschenmenge die Republik Deutsch-Österreich (Der dritte Präsident des Staatsrates, der Christlichsoziale Johann Nepomuk Hauser, beteiligte sich nicht an der Ausrufung der Republik). Der neue Staat war geboren“.⁵⁴

Bevor das Parteiengesetz („404. Bundesgesetz vom 2. Juli 1975 über die Aufgaben, Finanzierung und Wahlwerbung politischer Parteien...“) im Nationalrat in Österreich beschlossen wurde, hat man gesehen, dass die gesetzliche Regelung über die Parteienfinanzierung auf der akademischen Ebene in Österreich diskutiert wurden.

„Die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung des Problemkreises der Parteienfinanzierung ist offenkundig. Das erfreulichste Ergebnis einer derartigen Lösung wäre aber, wenn aus diesem Anlass die Rolle der Parteien im Staat in der Verfassung ihre adäquate Umschreibung finden würde (Wien, im Juni 1975)“.⁵⁵

Nach circa einem Monat wird das Parteiengesetz im Parlament nach der akademischen Interpretation von Wimmer über die Regelung der Parteien verankert.

„Den Rechtsinstituten der Demokratie im österreichischen Verfassungssystem sind die politischen Parteien im historischen und auch im verfassungstheoretischen Sinn vorausgesetzt. Sie sind die Gründer der Ersten und der Zweiten Republik.

Erst mit dem Parteiengesetz 1975 wurden die Parteien und damit die Parteiendemokratie in der österreichischen Verfassung verankert. In der Realverfassung war und ist Österreich seit der Gründung der Republik eine Parteiendemokratie bzw. ein parlamentarischer Parteienstaat“.⁵⁶

Wir müssen schließlich betonen, dass die parlamentarische Demokratie nur durch politische Parteien funktionieren kann, also wäre keine parlamentarische Demokratie ohne Parteien gewesen. Mit anderen Worten gingen Parteien Hand in Hand mit der Demokratisierung des Staates.⁵⁷ Deshalb ist der Bestand der Parteien für Österreich so rechtlich notwendig. „...Die

⁵⁴ Kaufmann, Fritz (1978): Sozialdemokratie in Österreich. Idee und Geschichte einer Partei von 1889 bis zu Gegenwart, by Amalthea-Verlag, Wien/ München, S. 103

⁵⁵ Wimmer, Inge (1976): Die Parteien und ihre Finanzen, Überlegungen zum Thema Parteienfinanzierung, Wien, S. 20

⁵⁶ Ucakar, Karl / Stefan Gschiegl (2010): Das politische System Österreichs und die EU. Facultas Verlags- und Buchhandels AG, Wien, S. 142

⁵⁷ Ebd.,Vgl. S. 144

österreichische Bundesverfassung setzt den Bestand und die Funktionsweise der Parteien voraus...“.⁵⁸

Man kann andeuten, dass es sehr einfach ist, eine Partei in Österreich zu gründen. Deswegen gibt es derzeit auf der Basis des Parteiengesetzes ungefähr mehr als 800 Parteien in der Republik Österreich. Insofern gibt es mehrere Mittelparteien, freilich in verschiedener Größe.⁵⁹ Aus diesem Ausdruck kann man davon ausgehen, dass Österreich immer seit der ersten Republik Staatsgewalt auf demokratische Organe verteilen wollte. Mit diesem Verständnis hat Österreich die Demokratie festgestellt und entwickelt die Demokratiequalität von Tag zu Tag. „...Die Teilnahme mehrerer Parteien an der Staatsgewalt bewirkt Gewaltenteilung...“.⁶⁰ Folgend wird das Parteiengesetz von 1975 untersucht, was dieses zum politischen System Österreichs gebracht hat.

„...Durch dieses Gesetz wurde auch die Rechtspersönlichkeit der Parteien außerhalb des Vereinsrechtes festgelegt. Praktisch bedeutsamster Inhalt war jedoch die Regelung der Parteienfinanzierung aus öffentlichen Mitteln unter der Bezeichnung „Förderung der Öffentlichkeitsarbeit der Parteien aus Bundesmitteln“.⁶¹

In diesem Zusammenhang werden die Funktionen den politischen Parteien auf der rechtlichen Ebene in Österreich geregelt. Diese Regelungen verstärken die Parteien als eine politische Institution.

„Die politischen Parteien sind nach überwiegender Auffassung juristische Personen des Privatrechts. Im Zusammenhang mit der Einführung der staatlichen Parteienfinanzierung mussten die Parteien aber auf eine rechtliche Basis gestellt werden, die auch ihrer politischen Funktion gerecht werden kann. Das erfolgte mit dem „Bundesgesetz über die Aufgaben, Finanzierung und Wahlwerbung politischer Parteien –PartG“ (BGBl.Nr.404/1975). Artikel I des Parteiengesetzes ist eine Verfassungsbestimmung und lautet“.⁶²

Nun wird das folgende Bundesgesetz „BGBl.Nr.404/1975“ analysiert, was dieses Gesetz dem politischen Wandel Österreichs mitgebracht hat.

⁵⁸Kadan, Albert/ Erich Reiter (1981): Parteienfinanzierung, Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe des Institutes für Politische Grundlagenforschung, Wien, S. 31

⁵⁹ Vgl. Ucakar, Karl / Stefan Gschiegl (2010): Das politische System Österreichs und die EU. Facultas Verlags- und Buchhandels AG, Wien, S. 149

⁶⁰ Kadan, Albert/ Erich Reiter (1981): Parteienfinanzierung, Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe des Institutes für Politische Grundlagenforschung, Wien, S. 30

⁶¹ Ebd., S. 32

⁶² Ucakar, Karl / Stefan Gschiegl (2010): Das politische System Österreichs und die EU. Facultas Verlags- und Buchhandels AG, Wien, S. 148-149

§ I. (I) Die Existenz und Vielfalt politischer Parteien sind wesentliche Bestandteile der demokratischen Ordnung der Republik Österreich (Art. I B-VG).

(2) Zu den Aufgaben der politischen Parteien gehört die Mitwirkung an der politischen Willensbildung.

(3) Die Gründung politischer Parteien ist frei, sofern bundesverfassungsgesetzlich nichts anderes bestimmt ist. (Zum Beispiel Nationalsozialistische Wiederbetätigung) Ihre Tätigkeit darf keiner Beschränkung durch besondere Rechtsvorschriften unterworfen werden.

(4) Die politischen Parteien haben Satzungen zu beschließen, die in einer periodischen Druckschrift zu veröffentlichen und beim Bundesministerium für Inneres zu hinterlegen sind. Aus der Satzung hat insbesondere ersichtlich zu sein, welches ihre Organe sind und welche hievon zur Vertretung nach außen befugt sind, sowie welche Rechte und Pflichten die Mitglieder besitzen. Mit der Hinterlegung der Satzung erlangt die politische Partei Rechtspersönlichkeit.

(5) Dem Präsidenten des Rechnungshofes kann durch Bundesgesetz die Aufgabe übertragen werden, Listen von Spenden an politische Parteien entgegenzunehmen, zu verwahren und auf Ersuchen der betreffenden Partei öffentlich festzustellen, ob Spenden in der ihm übermittelten Liste ordnungsgemäß deklariert wurden“.⁶³

Man muss anmerken, dass die erste und zweite Republik nicht von einer Partei in Österreich gegründet wurden, sondern von mehreren Parteien. Das heißt, je mehr Parteien, desto besser und moderner ist ein demokratisches System. Dagegen gab es - zum Vergleich - nach der Gründung der *Republik Türkei* nur die einzige Partei (CHP) im Parlament von 1923 bis 1945. Jedoch ab 1945 mit der Demokratischen Partei (DP) hat das Mehrparteiensystem in der Türkei begonnen um das politische System der Türkei zu verbessern. In diesem Zusammenhang spielt Mehrparteiensystem eine wesentliche Rolle in der repräsentativen Demokratie.

„Die Rekonstruktion staatlicher und gesellschaftlicher Strukturen auf den Trümmern des Faschismus wurde, wie schon die Errichtung der Ersten Republik, auch in der Zweiten Republik wieder von den politischen Parteien getragen. Der parteienstaatliche Parlamentarismus setzte sich nach 1945 im Wesentlichen unbestritten durch“.⁶⁴

⁶³ Ucakar, Karl / Stefan Gschiegl (2010): Das politische System Österreichs und die EU. Facultas Verlags- und Buchhandels AG, Wien, S. 148-149

⁶⁴ Ebd., S. 146

3. Allgemeine Theorie über die Parteienfinanzierung

„So etwa nennt *Beyme* sieben hauptsächliche Einnahmequellen; Beiträge, Abgaben der Mandatsträger, Sammlungen, Erträge aus Veranstaltungen, Veröffentlichungen und Inserate, Einnahmen aus Eigenbetrieben und Vermögen, Spenden und Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln.“⁶⁵

3.1 Allgemeine Demokratietheorien

Mit einem kritischen Beginn kann man sagen, dass die Parteien bis dato keine starken Parteientheorien im Hintergrund haben. Mit anderen Worten, allgemeine Theorien der Parteien existieren nicht auf der politikwissenschaftlichen Ebene. Jedoch haben wir allgemeine Meinungen zur Parteifinanzierung unter Wahldemokratie oder Demokratietheorie, um die allgemeine Fragen oder Situationen in einem empirischen Kontext zu beantworten. Unter dieser Bedingung sollten Meinungen vom Forscher empirisch nachgeprüft werden. Damit die Meinungen klassifiziert werden können.⁶⁶ Es gibt eine Definition von Lane und Sears:

„Eine Meinung ist eine ‘Antwort’ auf eine ‘Frage’ in einer gegebenen Situation.“ Daraus folgt unmittelbar: „Wenn die Frage *oder* die Situation etwas variiert, ist auch eine etwas andere Antwort zu erwarten.“⁶⁷ Man kann davon ausgehen, dass neue Überlegungen und Meinungen bei der Parteifinanzierung etwas Neues zur Parteitheorien bringen können. Damit wir aktuelle Theorien und Daten zur Parteien darstellen können. Nach Beymes; „Die Parteienforschung hat sich mit der Theoriebildung schwerer getan als andere Bereiche der Sozialwissenschaften. Vielfach blieb sie in der typologischen Vorarbeit stecken,...“⁶⁸ Was für ein System ist die Demokratie bzw. Repräsentative Demokratie? Wo stehen politische Parteien unter diesem

⁶⁵ Beyme, Klaus von (1971): Interessengruppen in der Demokratie, 3. Auflage, München S. 138 Zitiert nach: Pelinka, Anton /Fritz Plasser (Hg.) (1988): Das österreichische Parteiensystem, S.491

⁶⁶ Vgl. Sartori, Giovanni (1987/1997): Demokratietheorie, Primus Verlag, Darmstadt, S. 113

⁶⁷ Ebd., S. 113

⁶⁸ Beyme, Klaus von (2000): Parteien im Wandel, Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien, Westdeutscher Verlag. S. 14

System genau? Und Was für eine Beziehung gibt es zwischen den Parteien und der Demokratie? Inwiefern sind Wahlen hinsichtlich der demokratischen Perspektive so wesentlich? Auf die Antwort betrachtet man die stärkste Bedeutung und Beziehung zwischen Parteien und repräsentative Demokratie. Theorien von Parteien können aus den Funktionen der Parteien in der Gesellschaft ausgegangen werden. „Mit den metatheoretischen Positionen der Politischen Theorie verbinden sich drei unterschiedliche Typen von Parteientheorie, die treffend als *Integrations-*, als *Konkurrenz-* und als *konfliktorisches Transmissionsparadigma* eingeteilt wurden...“⁶⁹ Nun versuche ich den Begriff der Demokratie zu beschreiben, was die genau bedeutet.

“Der Begriff Demokratie stammt aus dem Griechischen und leitet sich von den Wörtern *dèmos* = Volk und *kratía* = Herrschaft ab. Demokratie bedeutet also nichts anderes, als dass die Menschen eines Volkes selbst bestimmen, von wem sie regiert werden“.⁷⁰

Man kann davon ausgehen, dass das Volk nur über die Wahl entscheidet, von wem es regiert werden soll. “Die Wahl ist die direkt-demokratische Komponente der indirekten, repräsentativen Demokratie“.⁷¹ Diese wäre nur mit politischen Parteien möglich. Wenn man die politischen Parteien unter den sozialen Bewegungen analysiert, betrachtet man die Parteien mit ihren Programmen und dann Wahl-Regierungsprogramme, die mit allen sozialen Bewegungen verbunden sind. Wir erkennen die Parteien mit ihren berühmten Aussagen, wie „wir wollen etwas bewegen“, „damit sich was bewegt“, „ich sage für euch“ und so weiter. Alle politischen Parteien wollen etwas auf Basis der gesellschaftlichen Wünsche verändern.

„Parteien sind noch enger als andere soziale Gebilde mit den *sozialen Bewegungen* verbunden, die in Wellen die Gesellschaft zu verändern suchen. Jeder neue „cleavage“ (Konfliktlinie), jede neue „familie spirituelle“ ist in der Regel aus einer sozialen Bewegung hervorgegangen...“⁷²

Da politische Parteien ein Teil der Demokratie sind, sollte man kurz die Parteien innerhalb der Demokratien unter die Lupe nehmen. „Einer der ehernsten Grundsätze der Demokratie ist die Teilung der Gewalten. Gemeinhin kennt man davon drei: die Legislative, die Judikative und die Exekutive- eine Klassifizierung, die auf den Baron de Montesquieu (1689-1755)

⁶⁹ Beyme, Klaus von (2000): Parteien im Wandel, Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien, Westdeutscher Verlag. S. 18

⁷⁰ Kruck, Peter (2009): Politik. Ein Schnellkurs, DuMont Buchverlag, Köln, S. 22

⁷¹ Pelinka, Anton /Sieglinde Rosenberger (2000): Österreichische Politik. Grundlagen-Strukturen-Trends, Wien, S. 67

⁷² Beyme, Klaus von (2000): Parteien im Wandel, Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien, Westdeutscher Verlag. S. 17

zurückgeht.“⁷³ Obwohl wir verschiedene Demokratieverständnisse aus verschiedenen politischen Kulturen haben, haben wir auch gemeinsame Ähnlichkeit der Demokratie auf der ganzen Welt.⁷⁴ Wenn man über die Rolle der Wahlen in der repräsentativen Demokratie spricht, betrachtet man die konstitutiven Elemente der indirekten Demokratie. „Wahlen und wählen, der Beruf des Politikers/ der Politikerin, politische Parteien sowie Interessensorganisationen sind die konstitutiven Elemente repräsentativer Politikgestaltung“.⁷⁵

3.2 Theorien über Parteien für die Demokratiequalität

Da Regierungen und Regierungskoalitionen von politischen Parteien getragen werden, sollte man zuerst das Verhalten von Parteien untersuchen. Nun werden Parteien betont, welche eine wesentliche Rolle in der politikwissenschaftlichen Diskussion in Bezug auf Demokratiequalität in Österreich spielen.⁷⁶ Betrachtet wird die Wahl als ein konstitutives Element für Demokratie und Demokratiequalität. Folgende These wird analysiert laut der Beiträge in Müller/Strom 1999.

- „*Policy-Seeking*“: Damit wird betont, dass Parteien deshalb Regierungsmacht anstreben, um anschließend eine bestimmte Politik (Policy) umsetzen zu können.
- „*Office-Seeking*“: Mit dieser Bezeichnung wird angedeutet, dass Parteien primär an den Privilegien öffentlicher Ämter (Office) interessiert sind, und deshalb über Regierungsfunktionen verfügen möchten.
- „*Vote-Seeking*“: Parteien möchten Wahlen beziehungsweise Wahlstimmen (Votes) gewinnen, um damit öffentliche Ämter (Regierungsfunktionen) zu übernehmen und/ oder eine bestimmte Politik umzusetzen“.⁷⁷

Unter diesem Gesichtspunkt kann man die Aufgaben der Parteien beurteilen, dass die Parteien für die Demokratiequalität mit der Wahlfunktionen erst sowohl die Legitimation bringen, als auch eine bestimmte Politik umsetzen können, um damit öffentliche Ämter zu dominieren.

⁷³ Kruck, Peter (2009): Politik. Ein Schnellkurs, DuMont Buchverlag, Köln, S. 24

⁷⁴ Vgl. Uzun, Cem Duran (2010): Siyasi Partilerin Finansmanı. Anayasa Hukuku Açısından, Adalet Yayınevi, Ankara, S.1-2

⁷⁵ Pelinka, Anton /Sieglinde Rosenberger (2000): Österreichische Politik. Grundlagen-Strukturen-Trends, Wien, S. 67

⁷⁶ Vgl. Campbell, David F.J. / Christian Schaller (Hrsg.) (2002): Demokratiequalität in Österreich. Zustand und Entwicklungsperspektiven, Leske+ Budrich, Opladen, S. 20

⁷⁷ Ebd., S. 20

„...[I]dealtypisch betrachtet möchten Parteien vor allem deshalb Wahlen gewinnen und öffentliche Ämter anstreben, um dann genau jene Politik umzusetzen, welche sie für die beste (optimale) Politik für die Gesellschaft halten“.⁷⁸ Man kann von der Reihenfolge bzw. der Periode der Parteien im Sinne ausgehen, dass die Parteien in jeder Periode laut dieser Diagnose ein eigenes Ziel haben um damit die Ämter (Office) regieren. Die können nur abwechselnd mit den Parteiprogrammen, den Wahlprogrammen und den Regierungs- oder Koalitionsprogrammen geschafft werden.

„...Je länger Parteien regieren, desto mehr dient dieses Regieren dem eigenen Machterhalt, und desto nebensächlicher wird das Umsetzen einer bestimmten Politik, von der Parteien zu Beginn von Regierungsperioden vielleicht noch idealistisch überzeugt waren“.⁷⁹ „*Geld ist Macht und schafft Verfügung über Personal und Ressourcen aller Art*“.⁸⁰ Es liegt auf der Hand, dass die Parteien ihre Wahlkämpfe, ihre Parteibüros, ihre Parteiarbeitern und ihre Organisationsarbeit zahlen. Wie leisten die Parteien das Geld? Wir sollen versuchen, einen neuen Vorschlag zu finden, die Parteien staatlich zu finanzieren, um sie vom politischen Druck der Unternehmen oder von der Industrie und von der politischen Lobby zu befreien. Wenn die Parteien staatlich finanziert werden, sollen wir auch analysieren, wie das Geld vom Staat an die Parteien verteilt werden sollten. Ich würde auch als Ausweg die staatliche Parteienfinanzierung oder lieber Staatsgelder als von privaten Spenden von den Bürgern vorschlagen.⁸¹ In diesem Kapitel werden unter verschiedenen Perspektiven die Thesen der Politikfinanzierung analysiert, um dieses Thema zu erforschen.

1. „Zweifelhafte Argumente für die Staatsfinanzierung

So wurden die Einführung und der Ausbau der *staatlichen* Politikfinanzierung unter anderem damit begründet, der Einfluss des privaten Kapitals müsste beschränkt werden, ein Argument, das aber nur bis zu einem gewissen Umfang die Staatsfinanzierung trägt und zudem konterkariert wird, wenn es gleichzeitig an Kontrollen und Begrenzungen kapitalistischer Einflüsse weiterhin fehlt oder sogar umgekehrt der Einfluss von Großspendern durch staatliche Subventionen auch noch massiv gefördert wird“.⁸²

⁷⁸ Campbell, David F.J. / Christian Schaller (Hrsg.) (2002): Demokratiequalität in Österreich. Zustand und Entwicklungsperspektiven, Leske+ Budrich, Opladen, S. 20

⁷⁹ Ebd., S. 20-21

⁸⁰ Arnim, Hans Herbert von (1996): Die Partei, der Abgeordnete und das Geld. Parteienfinanzierung in Deutschland, München, S.45

⁸¹ Vgl. Lösche, Peter (1984): Wovon leben die Parteien?. Über das Geld in der Politik, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt, S.32-33

⁸² Arnim, Hans Herbert von (1996): Die Partei, der Abgeordnete und das Geld. Parteienfinanzierung in Deutschland, München, S.32

Es ist auch klar, dass Politiker und Parteien ihren unbegrenzten und unkontrollierten Eigeninteressen an Macht, Geld und Prestige immer nachfolgen. Insofern sollte das Forschungsfeld Genaueres darüber aussagen, wie die Parteien mit einem disziplinierten und ewigen System ohne die plutokratischen Formen finanziert werden sollten.

2. „Benachteiligung außerparlamentarischer Konkurrenten

Die im Parlament Vertretenen sind immer wieder versucht, ihrem Machtstreben nachzugeben und die Verfügung über staatliches Recht und staatliches Geld dadurch auszunutzen, dass sie ihre außerparlamentarischen Konkurrenten, also kleine und neue, nicht oder noch nicht in den Parlamenten vertretene Parteien, Wählergemeinschaften oder Kandidaten, benachteiligen. Dadurch wird die Offenheit des politischen Prozesses und damit die Reaktionsfähigkeit des Systems auf neue Herausforderungen gefährdet“.⁸³

Mit dieser These wird man versteht, dass die außerparlamentarischen Parteien auch die staatlichen finanziellen Möglichkeiten haben sollten, mit den Vertretenen im Parlament zu konkurrieren. Die Gefahr ist, dass die parlamentarischen Fraktionen dadurch mehr staatliche Zuschüsse über staatliches Recht bekommen könnten.

3. „Staatsfinanzierung gefährdet Bürgernähe

Mit der Zunahme der Staatsleistungen nimmt die Angewiesenheit der Parteien auf ihre „Basis“ ab. Staatsleistungen demoralisieren leicht privates Engagement. Es drohen Bürokratisierung, Verkrustung und Bürgerferne durch Abkoppelung der politischen Klasse von Mitgliedern, Sympathisanten und anderen Bürgern“.⁸⁴

Es gibt immer eine Gefahr die Parteien zu finanzieren, egal woher das politische Geld kommt. Die Aufgabe der Kontrolle der Parteienfinanzierung sollen einfach eine beste Methode finden die Gefahren zu minimieren. Der Weg der Finanzierung sollte aber immer mit den sich ständig verändernden Umständen entwickelt werden. Weil Art und Weise der Methode des Politikgelds immer verändert wird.

4. *„Wandel des Parlaments vom Kontrolleur zum Kontrollierten*

Demokratiethoretisch ergibt sich eine ganz neue Problemlage. (...) Bei Entscheidungen in eigener Sache bedarf das Parlament nun aber selbst der Kontrolle. Doch wer soll den Kontrolleur kontrollieren?(...). Der Bürger als nomineller Herr und Schiedsrichter in der Demokratie ist in seiner Einflussmöglichkeit auf die periodisch wiederkehrenden

⁸³ Arnim, Hans Herbert von (1996): Die Partei, der Abgeordnete und das Geld. Parteienfinanzierung in Deutschland, München, S.32-33

⁸⁴ Ebd., S.33

*Parlamentswahlen beschränkt. Er kann mit dem Wahlzettel aber eben nichts ausrichten, wenn die Parteien in den Parlamenten sich einig (oder fast einig) sind und ein politisches Kartell in Sachen staatlicher Politikfinanzierung bilden“.*⁸⁵

In diesem Fall sieht man einen Einfluss von anderer Gewalt zum Parlament. Diese Gefahr ist es, wie diese Problemlage von Hans Herbert von Arnim oben interpretiert wurde, dass das Parlament selbst eine Kontrolle braucht, damit wir das demokratische System besser entwickeln können. Wir sollen also eine allgemeine Aussage zur Kontrolle der staatlichen Einrichtungen bei der staatlichen Finanzierung entwickeln. ***Eine staatliche Einrichtung sollte von einer anderen staatlichen Einrichtung kontrolliert werden, aber der Kontrolleur muss auch kontrolliert werden.*** Man kann sagen, dass es eine Reihenfolge oder einen Umkreis auf dieser Theorie gibt, die aufeinander folgen.

5. „Von der Richtigkeits- zur Unrichtigkeitsvermutung

Demokratiethorie und Staatsrechtslehre gehen davon aus, der parlamentarische Gesetzgeber treffe tendenziell ausgewogene, angemessene Entscheidungen. Diese Prämisse trifft in Sachen Politikfinanzierung aber nicht mehr zu. Entscheidet das Parlament in eigener Sache über die staatliche Finanzierung von Abgeordneten, Parteien, Fraktionen und Parteistiftungen, so gilt die Richtigkeitsvermutung nicht mehr...“.⁸⁶

6. „Öffentlichkeit als zentrales Kontrollelement

(...) Das Bundesverfassungsgericht hat Öffentlichkeit bei Entscheidungen des Parlaments in eigener Sache sogar als einzige wirksame Kontrolle bezeichnet. Die parlamentarische Demokratie basiere auf dem Vertrauen des Volkes; Vertrauen ohne Transparenz aber sei in der Demokratie nicht möglich“.⁸⁷

Die Öffentlichkeit spielt eine große Rolle für die wissenschaftliche Fach-Öffentlichkeit. Damit versuchen wir, dieses Fach auf der allgemein-politischen Ebene zu behalten. Hiermit wird das Thema kritisch immer untersucht um in der politischen Öffentlichkeit das Bewusstsein gegenüber Missbräuchen zu stärken. Insofern bringt die öffentliche Kontrolle über Überlegungen der Parteienfinanzierung und die Beseitigung von Missständen diesen Prozess voran. Die wissenschaftliche Kritik und die kritische Staatslehre von Defiziten und

⁸⁵ Arnim, Hans Herbert von (1996): Die Partei, der Abgeordnete und das Geld. Parteienfinanzierung in Deutschland, München, S.35-36

⁸⁶ Ebd., S.36

⁸⁷ Ebd., S.37

auch vor Strukturdefekten des Parteienstaates ist ein wichtiges Thema im Bereich der Parteienfinanzierung in den letzten Jahren geworden.⁸⁸

„Beide sind für ihr Überleben notwendig. Skepsis erkennt die Gefahren, die bestehen, und deckt sie auf, greift sie kritisch und auch mit Schärfe an, um Änderungen zu bewirken. Die Zuversicht entsteht aus der Erkenntnis der bestehenden Selbstheilungskräfte“.⁸⁹

7. *„Öffentlichkeitsscheu der Parteien*

*Die Parteien, Fraktionen und Stiftungen scheinen Öffentlichkeit gerade wegen ihrer Kontrolleffekte wie der Teufel das Weihwasser zu fürchten und neigen dazu, (fast) alles zu versuchen, um sie zu verhindern oder zu umgehen“.*⁹⁰

Warum wollen die Parteien die Veröffentlichung der Finanzierung verhindern? Wenn sie natürlich bei der Gründung der Partei *Schwarzgeld* erhalten haben oder von den verschiedenen Interessengruppen viel Geld bekommen haben. Insofern haben sie Angst davor, ihre Finanzierung zu veröffentlichen. Es findet meistens in Ländern mit einem fragilen politischen Umfeld statt, wo die parlamentarische Demokratie nicht gut funktioniert.

8. *„Bundesverfassungsgericht als Kontrollinstanz*

Da die Parlamente über staatliches Recht und damit auch über staatliches Geld verfügen, weil sie selbst im Rahmen der Verfassung durch Gesetz entscheiden, was zu „Recht“ wird, kommen (neben der Öffentlichkeit, die ihrerseits aber durch die Verfassung erzwungen wird) als Gegengewichte vornehmlich die Verfassung und das (die Verfassung auslegende) Bundesverfassungsgericht in Betracht...“⁹¹

9. *„Entscheidung durch das Volk statt durch das Parlament in eigener Sache*

*(...), dass man an seine Wurzel geht und die Entscheidung auf andere als die Begünstigten selbst überträgt. (...). Wäre es nicht eigentlich naheliegend, dass das Volk seinen Vertretern nicht nur das Mandat erteilt, sondern auch die Vergütung für seine Wahrnehmung festlegt? In der Schweiz etwa kann das Volk jede Entscheidung über Fragen der Politikfinanzierung an sich ziehen, was einen unerhört disziplinierenden Effekt besitzt“.*⁹²

⁸⁸ Vgl. Arnim, Hans Herbert von (1996): Die Partei, der Abgeordnete und das Geld. München, S.40-41

⁸⁹ Benda, Ernst (1994): Zeitschrift für Rechtspolitik, 366-367. Zitiert nach: Arnim, Hans Herbert von (1996): Die Partei, der Abgeordnete und das Geld. München, S.40

⁹⁰ Arnim, Hans Herbert von (1996): Die Partei, der Abgeordnete und das Geld. Parteienfinanzierung in Deutschland, München, S.37-38

⁹¹ Ebd., S.38

⁹² Ebd., S.39-40

Wenn man richtig interpretiert, dass die direkte Demokratie ganz wesentlich für die hochentwickelten Länder ist, soweit sie die Gesetzgebungszuständigkeit behalten, wird klar, was man unter direkter Demokratie bei der Parteienfinanzierung versteht. Es geht um die politische Entscheidung über die wirkungsvollste Bremse gegen eine überzogene Staatsfinanzierung der Politik, die durch das Volk statt durch das Parlament entschieden wird: wie es die direktdemokratischen Chancen der Sachentscheidung durch Volksbegehren und Volksentscheid in der Schweiz gibt.⁹³

„Wenn es zutrifft, dass die Aktivierung des Volkes letztlich das einzige wirksame Gegengewicht gegen Übermacht und Machtmissbrauch der politischen Parteien und ihrer Führungen ist, dann gilt dies auch und vielleicht sogar in besonderem Maß für die *Parteienfinanzierung*. Das zeigen die schweizerischen Erfahrungen“.⁹⁴

⁹³ Vgl. Arnim, Hans Herbert von (1996): Die Partei, der Abgeordnete und das Geld. Parteienfinanzierung in Deutschland, S.416-417

⁹⁴ Ebd., S.416-417

4. Historische Entwicklung der Parteien

„Parteien können alle Mittel zur Erlangung der Macht anwenden“.⁹⁵
[Weber]

4.1 Zur Geschichte der Parteienfinanzierung

Bei der Monarchie gab es keine Förderung zur Vereinigungen, die sie sich so politisch nicht bewegen dürfen. „...Die Monarchen haben aus ihrer Schatulle Vereinigungen, vor allem kirchlich-karitative sowie wissenschaftliche und künstlerische, gefördert...“⁹⁶ Wenn man auf die Frage eingeht, seit wann es die öffentliche Parteienfinanzierung in Österreich gibt, finden wir folgende Erklärung:

„...bereits seit Beginn der 60er Jahre erfolgte auf Landesebene eine direkte öffentliche Förderung der österreichischen Parteien. So gewährte z.B. das Bundesland Vorarlberg den Parteien seit 1960 zwei österreichische Schillinge (öS) pro Jahr für jede abgegebene Stimme“...⁹⁷

Zur Erforschung der Parteien und des Parteiensystems wurden „...bei der Ausgestaltung und Konkretisierung des österreichischen politischen Systems“⁹⁸ erst im Jahr 1971 als eine relative junge Studienrichtung die österreichische Politikwissenschaft an den österreichischen Universitäten verankert um sich damit mit österreichischen Parteien intensiv und kritisch zu beschäftigen.⁹⁹ Auf der anderen Seite ist diese Disziplin ein Gewinn für Demokratie und Demokratiequalität in Österreich bzw. diese Demokratiequalität zu verbessern. Die Diskussionen wurden Anfang der 1970er Jahre über die Rechtsstellung der Parteien in Österreich begonnen, bevor das Parteigesetz im Jahr 1975 im Nationalrat in Österreich in Kraft trat. „...In der juristischen Literatur wurde vor Jahren eine breit angelegte Diskussion

⁹⁵ Weber, Max (1972): Wirtschaft und Gesellschaft, Grundriss der Verstehenden Soziologie, J.C.B. Mohr Tübingen S. 167

⁹⁶ Eschenburg, Theodor (1961): Probleme der modernen Parteifinanzierung, Rede bei der feierlichen Rektoratsübergabe am 9.Mai 1961, J.C.B. Mohr Tübingen, S. 6

⁹⁷ Kruse, Gudrun Klee (1993): Öffentliche Parteienfinanzierung in westlichen Demokratien, Schweden und Österreich: Ein Vergleich, Frankfurt am Main, S. 72

⁹⁸ Pelinka, Anton /Fritz Plasser (Hg.) (1988): Das österreichische Parteiensystem, Böhlau Verlag Wien, Köln, Graz. S.5

⁹⁹ Vgl. Ebd. S.5

über die Frage der Rechtsstellung der politischen Parteien geführt...“¹⁰⁰ Betrachtet man die Bedeutung der verfassungsrechtlichen Institutionen bei der Parteienfinanzierung in der westlichen Demokratie immer mehr so wesentlich, sieht man, warum man die Institute und die bestimmte rechtliche Regelungen zur Parteienfinanzierung braucht.

“Die Entwicklung in den westlichen Demokratien wirft immer mehr die Frage auf, ob die traditionellen, verfassungsrechtlichen Institutionen überhaupt noch in der Lage sind, Mängel und Notstände einer demokratisch organisierten Gesellschaft wirksam zu bekämpfen...“¹⁰¹

Ich will auf diese Frage eingehen, wer den Parteiaufbau finanziert? Wie schaut die Finanzierung in Österreich und in der Schweiz aus? Gibt es eine allgemeine Theorie zur Finanzierung oder eine Unregelmäßigkeit?

Zur Frage, seit wann die Parteien die Finanzprobleme eigentlich haben: „Für die politischen Parteien besteht seit ihrem Entstehen das Problem, die für die Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Mittel aufzubringen...“¹⁰² Die Parteien haben einen unerschöpflichen Finanzbedarf, das heißt, sie sind in ständiger Geldnot, solange sie bestehen.¹⁰³ „...Die Finanzierung aus Mitgliedsbeiträgen und zweckungebundenen Spenden reichte schon lange nicht mehr aus...“¹⁰⁴ Aus diesem Grund haben die Parteien begonnen um die neue Erschließung von Geldquellen zu suchen. In fast jeder politikwissenschaftlichen Literatur zur Parteienfinanzierung betrachtet man, dass es immer eine Gefahr über Abhängigkeit der Parteien von Interessengruppen gibt, wenn sie sich nicht genug finanziert wird.

„...Den Eigenleistungen der Parteien sind überhaupt enge Grenzen gesetzt; eine Finanzierung durch private Fremdmittel wird jedoch gleichfalls schwieriger und birgt vor allem die Gefahr einer allzugroßen [sic!] Abhängigkeit von Interessensgruppen in sich“.¹⁰⁵

¹⁰⁰ Wimmer, Inge (1976): Die Parteien und ihre Finanzen, Überlegungen zum Thema Parteienfinanzierung, Wien, S. 4

¹⁰¹ Ebd., S. 3

¹⁰² Ebd., S. 6

¹⁰³ Vgl. Lösche, Peter (1984): Wovon leben die Parteien?. Über das Geld in der Politik, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt, S.9

¹⁰⁴ Kadan, Albert/ Erich Reiter (1981): Parteienfinanzierung, Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe des Institutes für Politische Grundlagenforschung, Wien, S. 32

¹⁰⁵ Wimmer, Inge (1976): Die Parteien und ihre Finanzen, Überlegungen zum Thema Parteienfinanzierung, Wien, S. 6

„...In diesem Falle wirkte sich die mangelnde verfassungsrechtliche Regelung der Parteien und einer öffentlichen Parteienfinanzierung im Bewusstsein des Volkes am nachteiligsten für die Parteien und damit für das ganze politische System aus...“.¹⁰⁶ Das ist ein wichtiges Thema für die Finanzierung der Parteien, wie sie finanziert werden sollen und wie ihre Finanzierung mit dem verfassungsrechtliche Regelungen kontrolliert werden sollen. Es geht darum, ob sie die Quellen zufließenden Großspenden verhüllen, und die Parteien öffentlich und richtig aus den Staatskassen finanziert werden.¹⁰⁷

Die Parteien geben für die Wahlkämpfe jeweils Millionen Euro aus. Es gibt eine Verschuldung, um die Parteien Ihre Wahlkämpfe zu finanzieren. Es muss auch untersucht werden, wie sich die politische Parteien verschulden können. Das Grundgesetz muss sie verpflichten, über die Herkunft ihrer Mittel gesetzlich Rechenschaft abzulegen. Das Gesetz sollte die Sanktionen, die Strafen das Bußgeld, die Kontrollbehörde der Parteienfinanzierung regeln.¹⁰⁸

*„Parteien sollen, so ist von Politikwissenschaftlern immer wieder formuliert worden, die ständige, lebendige Verbindung zwischen Bürger und Staat, zwischen Gesellschaft und Politik herstellen... Sie nehmen Fragen, Probleme, Bedürfnisse und Interessen der Bürger, vor allem auch ihrer eigenen Mitglied auf, übersetzen sie innerhalb der eigenen Organisation von Stufe zu Stufe, vom Ortsverein bis zum Bundesparteitag, und vermitteln sie schließlich in die Einrichtungen des Staates, in die Parlamente, in die Regierungen und die Verwaltungen“.*¹⁰⁹

Wenn man eine neue Beschreibung für die politischen Parteien in der heutigen Zeit definiert, würde man sagen, dass die Technologie auch eine große Rolle für die modernen Parteien und ihre Finanzen spielt, um die neuen Aufgaben der Parteien zu beschreiben. In der heutigen Zeit erreichen die Parteien die Bürger und auch ihre eigenen Mitglieder meistens über das Internet. Insofern müssen wir das Parteiverständnis immer neu formulieren und überdenken, da die Parteien allzeit einen großen Bereich im modernen rechtlichen System darstellen. Und man muss auch immer die neuen verfassungsrechtlichen Regelungen der Finanzierung der Parteien zu ändern.

¹⁰⁶ Kadan, Albert/ Erich Reiter (1981): Parteienfinanzierung, Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe des Institutes für Politische Grundlagenforschung, Wien, S. 32

¹⁰⁷ Vgl. Lösche, Peter (1984): Wovon leben die Parteien?. Über das Geld in der Politik, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt, S.9-10

¹⁰⁸ Vgl. Ebd., S.10

¹⁰⁹ Ebd. S.10

4.2 Rolle der Massen im Bezug auf die politischen Parteien laut Le Bon und Freud

Wenn die politische Parteien früher Massenorganisationen genannt wurden, kann man davon ausgehen, dass die Massenorganisationen aus der Massenpsychologie entstanden, wie der französische Soziologe Gustav Le Bon (Begründer der „Massenpsychologie“) diesen politischen Zusammenhang zwischen der Massenpsychologie und der Politik in seinem berühmten Werk „Psychologie Der Massen“ thematisiert hat. Sein Werk beeinflusste insofern Politiker und Diktatoren des 20. Jahrhunderts für die Ausarbeitung ihrer Propagandatechniken in ihren Parteiprogrammen. Da Politiker und Diktatoren mit einer Partei die Massen beeinflussen wollen, hat die Massenpsychologie mit der politischen Partei zu tun. Le Bon und Freud beschreiben die Masse vor allem auf der wissenschaftlichen Ebene ganz klar. Damit können wir in der heutigen Zeit die psychologische Masse besser definieren. Und zwar weist Freud auf den Umstand hin, wie ich sehe, dass die psychologische Masse über eine Kollektivseele verfüge. Das hängt ebenso eng mit der Politik zusammen, wo durch die Masse beeinflusst wird. Aus einer anderen Perspektive kann man schließen, dass die Politik mit der Macht zu tun hat. Grade wenn die Politik und auch die politischen Institutionen die Macht erhalten wollen, dann will die Politik die psychologischen Massen (ihre Lebensweise, ihre Charakter, ihre Beschäftigungen und so weiter...) steuern. Der Begriff „Massenpsychologie“ wurde von Sigmund Freud geprägt. Der Begriff umfasst einen breiten Bereich mit der Individualpsychologie. Insofern sollte die Massenpsychologie auf der politikwissenschaftlichen Perspektive analysiert werden. Jedoch ist das kein Thema, das in dieser Masterarbeit zu vertiefen ist. Man kann die Massenpsychologie dahingehend beschreiben, dass sie den einzelnen Menschen als Mitglied eines Volkes, eines Stammes, eines Standes, einer Kaste, einer Institution oder als Bestandteil einer Menschenmenge behandelt. Die Menschenmenge organisiert sich zu einer gewissen Zeit für einen bestimmten Zweck in der Masse.¹¹⁰ „In der Masse, meint Le Bon, verwischen sich die individuellen Erwerbungen der Einzelnen, und damit verschwindet deren Eigenart. Das rassenmäßige Unbewusste tritt hervor, das Heterogene versinkt im Homogenen“.¹¹¹ „Die Gefühle der Masse sind stets sehr einfach und sehr überschwänglich. Die Masse kennt also weder Zweifel noch Ungewissheit“.¹¹²

¹¹⁰ Vgl. Freud, Sigmund (1921): Massenpsychologie und Ich-Analyse. Leipzig-Wien-Zürich, S. 3

¹¹¹ Freud, Sigmund (1921): Massenpsychologie und Ich-Analyse. Leipzig-Wien-Zürich S. 9

¹¹² Ebd., S. 16

*„Die Masse ist außerordentlich beeinflussbar und leichtgläubig, sie ist kritiklos, das Unwahrscheinliche existiert für sie nicht. Sie denkt in Bildern, die einander assoziativ hervorrufen, wie sie sich beim Einzelnen in Zuständen des freien Phantasierens einstellen, und die von keiner verständigen Instanz an der Übereinstimmung mit der Wirklichkeit gemessen werden“.*¹¹³

Eine andere Kritik zur Masse besteht darin, dass die Masse die Kritikfähigkeit verliert. Es ist ganz schwierig, die Masse zu kontrollieren, zum Beispiel wenn sie politisch von einer gefährlichen Gruppe gesteuert wird. In der heutigen Zeit bemerken viele politische Parteien und Parteiführer die Massen in dieser Art und Weise, die Gesellschaften so einfach zu mobilisieren. Diese Erfahrung hat Deutschland im 3. Reich gemacht. Politisches Geld spielt natürlich auch eine signifikante Rolle im Moment, die Masse zu beeinflussen, wie die Massen auf der Straße oder auf der Demonstration unterstützt werden, dass sie sich jedem (wenigstens die Großteil den Massen wegen dem Kapitalismus) zum Geld unterordnen.

Bei der Kritik an der Massenpsychologie kann man festhalten, dass die Massen sehr beeinflussbar und leichtgläubig sind. Also wenn man die Macht in einem Staat an sich reißen will, sollte man vorher die Massen beeinflussen.

Nun wird eine Massenpartei mit ihre Funktionen untersucht.

Massenpartei (auch Massenintegrations- oder bürokratische Massenpartei genannt)

Nach Grabows Zusammenfassung einschlägiger Literatur zeichnet sich dieser Parteytypus im Idealfall durch folgende Merkmale aus:

- „eine zahlenmäßig große Mitgliedschaft (gemessen in Mitgliederdichte) im Vergleich zu anderen Parteien,
- starke lokale Organisation (Orts-, Kreisverbände)
- innerparteiliche Bürokratie, d.h. Arbeitsteilung, Spezialisierung, Dauerhaftigkeit und Professionalisierung innerhalb des Parteiapparates,
- hohe innerparteiliche Disziplin (Autorität der Parteileiter) und innerparteiliche Hierarchie,
- Dominanz der professionellen Parteileiter über die Parlamentarier,
- dichtes Netz an angeschlossenen Verbänden,
- Parteiprogramme auf der Grundlage einer Weltanschauung oder Ideologie,
- damit verbunden: soziale Integration einer durch soziale Klassen, oder Konfessionszugehörigkeit definierten Klientel als Mitglieder und Wähler.“

114

¹¹³ Freud, Sigmund (1921): Massenpsychologie und Ich-Analyse. Leipzig-Wien-Zürich, S. 16

¹¹⁴ Grabow 2000: 17 mit weiteren Literaturhinweisen. Zitiert nach: Saalfeld, Thomas (2007): Parteien und Wahlen, S. 131

4.3 Patronage im Parteiensystem in Österreich

„Für den Wähler zählt, wer ihm die Wohnung verschafft, ihm die größten Vorteile bringt.“¹¹⁵

Unter moralischem Gesichtspunkt kann man sagen, dass die politische Ethik schon bei der Parteienfinanzierung in der österreichischen politischen Geschichte entstand, was die Mitglieder mit den Mitgliedsbeiträgen von Parteien nicht erwarten sollen. Ein kritischer Aspekt vom ehemaligen österreichischen Bundeskanzler *Fred Sinowatz* war es;

*„...Man kann sie (SPÖ) nicht mit einem Zigarettenautomaten vergleichen, wo man oben einen Mitgliedsbeitrag hineinwirft und unten eine Wohnung oder eine andere Bevorzugung entnehmen kann. Bei aller zulässigen und vertretbaren Hilfsbereitschaft- wir dürfen uns die politische Aufgabe der Partei nicht verschütten lassen.“*¹¹⁶

Neben den Förderungen gibt es noch den Begriff „Patronage“ wie „Klientelismus“ in allen politischen Systemen¹¹⁷, wie die vertretene Personen als „Patron“ bezeichnet werden. Nun versuchen wir, Patronage zu verstehen;

*„...dass Patronage als eine Tauschbeziehung charakterisiert werden kann; sie unterscheidet sich allerdings vom marktförmigen Tausch, (...) Bei der Parteipatronage steht dem Klienten nicht mehr der klassische individuelle Patron, sondern der kollektive Patron der politischen Partei gegenüber...“*¹¹⁸

Wozu brauchen die Parteien eine Patronagestrategie? Oder ist die Patronage eine pragmatische Bewegung für die Partei, um Stimmenmaximierung zu erhöhen? „Parteien verschreiben sich einer Patronagestrategie, um im Wettbewerb mit anderen Parteien bestehen zu können oder Vorteile zu erlangen...“¹¹⁹

¹¹⁵ Mayer, 1973, 21 Zitiert nach: Pelinka, Anton /Fritz Plasser (Hg.) (1988): Das österreichische Parteiensystem, Böhlau Verlag Wien, Köln, Graz, S. 478

¹¹⁶ Mutig in die neuen Zeiten, Rede des Parteivorsitzenden vor dem 29. ordentlichen Parteitag der SPÖ am 12. November 1985 in der Wiener Stadthalle Zitiert nach: Pelinka, Anton /Fritz Plasser (Hg.) (1988): Das österreichische Parteiensystem, Böhlau Verlag Wien, Köln, Graz, S. 457

¹¹⁷ Vgl. Pelinka, Anton /Fritz Plasser (Hg.) (1988): Das österreichische Parteiensystem, S. 457

¹¹⁸ Pelinka, Anton /Fritz Plasser (Hg.) (1988): Das österreichische Parteiensystem, S. 459-460

¹¹⁹ Ebd., S. 479

5. Politische Parteien

„Die Parteien und ihre
„Hilfsorganisationen“ sind fester Bestandteil
des westlichen Demokratieverständnisses. Sie
werden als Grundpfeiler der Demokratie
bezeichnet.“¹²⁰

5.1 Österreich

Laut BMI existieren im Moment aktuell (mit Datum 20.10.2017) genau 1.091 politische Parteien in Österreich.¹²¹ Jedoch kommen nur die im österreichischen Parlament vertretenen Parteien in Betracht (mit der Nationalwahl 15.10.2017) um die Parteien besser zu analysieren. Die Nationalratswahl ist eine auf das Bundesgebiet verstreute Wahl ; **SPÖ-52, ÖVP-62, FPÖ-51, NEOS-10, PILZ-8.**¹²² Obwohl Österreich ein kleines Parlament hat, existieren fünf Parteien als Club im Parlament und kämpften fast ein Dutzend Parteien um im Parlament vertreten zu sein. Die drei großen Parteien (*SPÖ, ÖVP und FPÖ*) werden fast gleich vertreten. Aus diesem Gesichtspunkt kann man sagen, dass die Repräsentative Demokratie gut in Österreich funktioniert.

„Gemäß § 1 Abs 4 zweiter Satz Parteiengesetz 2012 – PartG, BGBl I Nr 56/2012 in der geltenden Fassung, haben politische Parteien Satzungen zu beschließen, die beim Bundesministerium für Inneres zu hinterlegen sind. Das Bundesministerium für Inneres hat dazu ein öffentlich einsehbares Verzeichnis zu führen, das den Namen der politischen Partei und das Datum der Hinterlegung der Satzung zu enthalten hat.“¹²³

5.1.1 Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs war die erste und mächtigste politische Bewegung Österreichs. Sie war sogar die einzige Partei der Habsburger-Monarchie. In gleicher Weise entwickelte sich die SPÖ als die erste Massenpartei in Österreich der Arbeiterbewegung in

¹²⁰ Vgl. Karl-Heinz Naßmacher 1981: 364. Zitiert nach: Drysch, Thomas (1997/1998): Parteienfinanzierung, Österreich, Schweiz, Bundesrepublik Deutschland, Leske + Budrich, Opladen, S. 19

¹²¹ Vgl. <http://www.bmi.gv.at/405/start.aspx>, 05.11.2017

¹²² Vgl.

http://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_2017/files/Mandatsspiegel_NRW2017_inklusiv_eWahlkarten.pdf, 05.11.2017

¹²³ <http://www.bmi.gv.at/405/start.aspx>, 05.11.2017

der industriellen Revolution. Insofern hat sie eine besondere Bedeutung für die österreichische Demokratie und Demokratiequalität. Die Partei wurde als eine Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs erst im Jahr 1874 in Neudörfel (bei Wiener Neustadt) gegründet, dann gründete im Jahr 1888/89 der Vater der Partei, Viktor Adler, diese als Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs beim Hainfelder Parteitag (SDAP).¹²⁴

„Die Sozialdemokratie stand von Anfang an für Demokratie, Freiheit und soziale Sicherheit für alle Menschen. Daran hat sich auch nach 125 Jahren nichts geändert. Ob es das Er kämpfen des allgemeinen Wahlrechts für Frauen und Männer war, der Acht-Stunden Arbeitstag, später das Karenzgeld oder Gratis-Schulbücher und Schülerfreifahrt – immer war die SPÖ die treibende Kraft zur Verbesserung der sozialen Lage der Menschen in unserem Land“.¹²⁵

Da Parteienprogramme und Wahlprogramme, natürlich auch Regierungsprogramme, eine sehr große Bedeutung auf das parlamentarische System haben, sollte man jede Aufschrift richtig zumessen. Jede politische Partei muss ein Parteienprogramm im demokratischen System haben um eine Regierungspartei zu sein. Es werden zum ersten Mal die allgemeinen politischen Ziele bei Gründung der Partei darin festgeschrieben. Nach dem Parteiprogramm kommt eine weitere Kategorie, die Regierungsprogramme bzw. Koalitionsabkommen als kollektive Programme von vielen Parteien zu bilden.¹²⁶ Im Parteiprogramm muss ihre Ideologie, ihre soziale und ökonomische Politik etc. prinzipiell klar veröffentlicht werden.

Es geht hier um die Betonung der geltenden Werte und Prinzipien die Parteien auf inhaltlichen Schwerpunkt der Grundsatzprogramme um Bezüge zur Tagespolitik zu vermeiden. Die gelten dann nur für eine längere Phase, verständlicherweise mehr als eine Wahlperiode.¹²⁷ Andererseits gibt es ein spezifisches Wahlprogramm, bei jeder Wahl Schritt für Schritt ihres Zweck auszuführen. Welche Unterschiede gibt es traditionell zwischen Parteienprogrammen und Wahlprogrammen? Oder interessiert sich ein Wähler sich vor Wahlen überhaupt für sämtliche Parteienprogramme? Da die Parteien je nachdem nur für 4 oder 5 Jahren gewählt werden, muss dann detailliert festgehalten, auf welche Punkte sie sich konzentrieren sollen und welche Ziele sie erreichen wollen. Wahlprogramme sind ein Mittel

¹²⁴ Vgl. Dachs, Herbert- Peter Gerlich- Herbert Gottweis- Helmut Kramer- Volkmar Lauber- Wolfgang C. Müller- Emmerich Tàlos (2006): Politik in Österreich. das Handbuch, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien, S. 322

¹²⁵ <https://rotbewegt.at/>, 20.08.2017

¹²⁶ Vgl. Dachs, Herbert- Peter Gerlich- Herbert Gottweis- Helmut Kramer- Volkmar Lauber- Wolfgang C. Müller- Emmerich Tàlos (2006): Politik in Österreich. das Handbuch, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien, S. 305

¹²⁷ Vgl., Ebd., S. 306

zur Wählerstimmenmaximierung und versuchen die Positionen einer Partei bei der Veröffentlichung zu fixieren.¹²⁸ Klar haben sie ein bestimmtes Parteiprogramm. Da es viele politische, soziale und ökonomische Veränderungen gibt, haben Parteien die Möglichkeiten, ihre Politik bei jeder Wahl zum Umfang ihres Parteienprogrammes zu betonen, aber sie können bei jeder Wahl nicht alles aus ihrem Parteiprogramm verwirklichen. Insofern brauchen sie ein spezifisches Programm vor Wahlen, die sie den Wählern anzubieten.

„Betrachtet man die Wahlprogramme als Angebote der Parteien für die Zukunft, so bietet sich ein Bild großer Variabilität in den Parteipositionen. (...)“

In einem Parteiensystem, in dem jene Partei eine potenzielle Regierungspartei ist, verschärft sich der Druck auf die Parteien, die eigene Regierungskompetenz glaubhaft an die Wählerschaft zu vermitteln bzw. jene der Konkurrenzparteien als unzureichend zu kritisieren. Entsprechend wächst der Anteil solcher Stellungnahmen in den Wahlprogrammen der Parteien“.¹²⁹

Man kann davon ausgehen, dass die prinzipiellen Ziele einer Partei im Parteiprogramm stehen. Wenn wir ein weiteres Ziel der Wahlprogramme mit einer anderen Perspektive beschreiben, zieht man verschiedene Interpretationen zu Wahlprogrammen wie folgt in Betracht:

*„Der Stil der Wahlprogramme variiert von Wahl zu Wahl sowie zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien. Regierungsparteien bieten Wahlprogramme die Gelegenheit, einen „Leistungsbericht“ über ihre Tätigkeit in der zurückliegenden Amtsperiode abzugeben. Oppositionsparteien betonen die aus ihrer Sicht negativen Ergebnisse der Arbeit der Regierungsparteien und heben die eigene Regierungskompetenz hervor. Stärker ausgeprägt bei Oppositionsparteien, aber auch bei Regierungsparteien zu finden, ist das Wahlprogramm als „Wunschliste“, in der anstrebenswerte neue und/oder bessere staatliche Leistungen aufgezählt werden. Alle Parteien nutzen Wahlprogramme, um die Kompetenzen von Konkurrenzparteien kleinzuschreiben“.*¹³⁰

5.1.2 Österreichische Volkspartei (ÖVP)

Die ÖVP war von Anfang an gleich nach dem zweiten Weltkrieg mit dem Konzept einer bürgerlichen Sammelbewegung in Österreich, die verschiedene ideologische Bewegungen

¹²⁸ Vgl. Dachs, Herbert- Peter Gerlich- Herbert Gottweis- Helmut Kramer- Volkmar Lauber- Wolfgang C. Müller- Emmerich Tálos (2006): Politik in Österreich. das Handbuch, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien, S. 311

¹²⁹ Ebd., S. 320

¹³⁰ Ebd., S. 307

und verschiedene Berufsgruppen in sich vereinte.¹³¹ „Die Österreichische Volkspartei (ÖVP) wurde im April 1945 als neue, sich von der Vergangenheit abgrenzende, Partei gegründet“.¹³²

5.1.3 Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)

Die FPÖ ist eine rechtspopulistische Partei in Österreich geworden. In den letzten Wahlen hat die FPÖ ihre Stimmen immer maximiert.

„Im Zuge der konstituierenden Sitzung des Nationalrats, wurde der neu gewählte Nationalrat am Donnerstag angelobt. Damit begann auch gleichzeitig die ordentliche Tagung 2017/2018 der XXVI. Gesetzgebungsperiode. In der neuen Legislaturperiode werden dem Freiheitlichen Parlamentsklub 51 Abgeordnete zum Nationalrat angehören“.¹³³

5.1.4 Das Neue Österreich und Liberales Forum (NEOS)

Die Entstehung der Partei NEOS und eine kurze Übersicht des politischen Parteiprogramms. Obwohl die jüngst gegründete Partei vor 5 Jahren sich neu konstituiert hat, sitzt sie im Nationalrat 2017.

„Am 27. Oktober 2012 findet in der Wiener Urania der Gründungskonvent statt. Nun gibt es NEOS offiziell. NEOS hat von Anfang an Pläne für ein neues Österreich. Eine Bildung, die jedem Kind die Flügel hebt, enkelfitte Pensionen und ein unternehmerisches Österreich stehen dabei im Mittelpunkt. Die Pläne werden auf kommenden Mitgliederversammlungen nach und nach erweitert“.¹³⁴

5.1.5 Die Liste Peter Pilz (PILZ)

Nachdem sich Peter Pilz von der Grünen Partei abgespalten hat, hat er sich eine eigene Fraktion gegründet mit dem Namen Liste Pilz. Durch seine eigene Liste hat er es in den Nationalrat geschafft, wobei die Grünen erstmals bei den Nationalratswahlen 2017 an der 5 % Hürde gescheitert sind.

„Der Peter Pilz hat gesagt, dass das keine Partei im klassischen Sinn sein wird und das ist sie auch nicht, weil die Abgeordneten keine Parteimitglieder sind und an keinen Klubzwang

¹³¹ Vgl. Dachs, Herbert- Peter Gerlich- Herbert Gottweis- Helmut Kramer- Volkmar Lauber- Wolfgang C. Müller- Emmerich Tàlos (2006): Politik in Österreich. das Handbuch, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien, S. 341

¹³² Ebd., S. 341

¹³³ <https://www.fpoe.at/artikel/konstituierende-sitzung-des-nationalrats-51-fpoe-abgeordnete-angelobt/>, 15.11.2017

¹³⁴ <https://partei.neos.eu/wer-wir-sind/>, 15.11.2017

gebunden sind", sagt Noll. Pilz versichert außerdem, keinen Parteiapparat aufbauen zu wollen: "Es wird in der Praxis keine Parteigründung geben." Stattdessen will Pilz ein "Bürgerbeteiligungsmedium" als Plattform gründen, auf der die Bevölkerung den Abgeordneten Aufträge erteilen kann".¹³⁵

5.2 Schweiz

Die schweizerische Regierung wird von den vier größten Parteien (FDP, CVP, SPS, SVP) gestellt. Die schweizerische Kollegialregierung besteht aus sieben Ministern, die sich auf die vier größten Parteien gleichmäßig verteilen.¹³⁶ Nun versuchen wir die größten Parteien der Schweiz zu analysieren.

„Das Parteienspektrum der Schweiz ist dagegen aufgesplitteter. Aufgrund des Verhältniswahlsystems und der fehlenden Sperrklausel verfügt die Schweiz über ein Vielparteiensystem. Mehr als zehn, auch kleinere Parteien, sind im Nationalrat vertreten“.¹³⁷

5.2.1 Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP)

Die SPS entstand aus der Arbeiterschaft und ist eine Volkspartei in der Schweiz. Die SPS wurde als eine linksbürgerliche Organisation im Jahre 1838 gegründet.¹³⁸ „Erst 1888 wurde die SPS, die aus dem Grütlibund hervorging, gegründet. Die SPS ist im Laufe der Jahre den Weg von der extremen linken Arbeiterorganisation zur gemäßigten linken Volkspartei gegangen“.¹³⁹ Jetzt beschreibt sie sich mit diesem Motto: „Die SP macht seit über 125 Jahren Politik für alle, statt für ein paar wenige Privilegierte. Wir sagen Ja zu einer Schweiz des Miteinanders statt des Gegeneinanders“.¹⁴⁰

5.2.2 Die Christlich-Demokratische Volkspartei der Schweiz (CVP)

CVP entstand aus der konservativen Masse der katholischen Bevölkerung der Schweiz.¹⁴¹ „Die Umbenennung aus der Konservativ-Christlichsozialen Volkspartei in die Christlich-

¹³⁵ <http://derstandard.at/2000062089399/Peter-Pilz-sagt-seine-Partei-wird-nie-zum-Leben-erweckt>, 15.11.2017

¹³⁶ Vgl. Drysch, Thomas (1997/1998): Parteienfinanzierung, Österreich, Schweiz, Bundesrepublik Deutschland, Leske + Budrich, Opladen S. 39

¹³⁷ Ebd., S. 39

¹³⁸ Vgl. Ebd., S. 41

¹³⁹ Vgl. Carl-August Conrad 1970: 27. Zitiert nach: Drysch, Thomas (1997/1998): Parteienfinanzierung, Österreich, Schweiz, Bundesrepublik Deutschland, Leske + Budrich, Opladen S. 41

¹⁴⁰ <http://www.sp-ps.ch/de/partei/wir-sind-die-sp>, 21.11.2017

¹⁴¹ Vgl. Drysch, Thomas (1997/1998): Parteienfinanzierung, Österreich, Schweiz, Bundesrepublik Deutschland, Leske + Budrich, Opladen S. 45

Demokratische Volkspartei der Schweiz erfolgte im Jahre 1970 durch eine Statutenrevision“.¹⁴²

5.2.3 Die Schweizerische Volkspartei (SVP)

Die SVP steht als die kleinste Regierungspartei der insgesamt vier großen Parteien im Parlament der Schweiz.¹⁴³ „Die Schweizerische Volkspartei ist im Jahre 1971 aus der Fusion der Bauern-, Gewerbe -und Bürgerpartei mit den demokratischen Parteien der Kantone Graubünden und Glarus hervorgegangen“.¹⁴⁴ Eine Beschreibung aus dem Parteiprogramm der SVP:

„Die SVP setzt sich für die finanzielle Sicherung der Sozialwerke ein und lehnt den Ausbau des Sozialstaates ab. Die SVP lehnt jegliche Erhöhung von Steuern und Abgaben, insbesondere auch eine Mehrwertsteuererhöhung, zur Sanierung der Sozialwerke ab, denn strukturelle Mängel dürfen nicht mit Steuergeldern überdeckt werden...“¹⁴⁵

5.2.4 Die Liberalen (FDP)

Die Freisinnig-Demokratische Partei war eine klassische schweizerische „Staatspartei“.¹⁴⁶ „Die FDP hat seit der Gründung des schweizerischen Bundesstaates im Jahre 1848 zuerst allein und bis weit ins 20. Jahrhundert hinein mit einer absoluten Mehrheit im Bundesrat die Regierung getragen“.¹⁴⁷ Ein Zweck der Partei FDP: „FDP. Die Liberalen will eine sichere und nachhaltig finanzierte Altersvorsorge. Eine sinkende Geburtenrate, tiefe Zinsen und eine steigende Lebenserwartung stellen die Finanzierung der ersten beiden Säulen in Frage“.¹⁴⁸

¹⁴² Vgl. Gerhard Schmid 1981: 69; Ulrich Klöti/Franz Xaver Risi 1988: 721. Zitiert nach: Drysch, Thomas (1997/1998): Parteienfinanzierung, Österreich, Schweiz, Bundesrepublik Deutschland, Leske + Budrich, Opladen S. 45

¹⁴³ Vgl. Drysch, Thomas (1997/1998): Parteienfinanzierung, Österreich, Schweiz, Bundesrepublik Deutschland, Leske + Budrich, Opladen S. 45

¹⁴⁴ Vgl. Erich Gruner 1984: 140. Zitiert nach: Drysch, Thomas (1997/1998): Parteienfinanzierung, Österreich, Schweiz, Bundesrepublik Deutschland, Leske + Budrich, Opladen S. 45

¹⁴⁵ <https://www.svp.ch/wp-content/uploads/Sozialwerke-d.pdf>, 21.11.2017

¹⁴⁶ Vgl. Drysch, Thomas (1997/1998): Parteienfinanzierung, Österreich, Schweiz, Bundesrepublik Deutschland, Leske + Budrich, Opladen S. 48

¹⁴⁷ Vgl. Ulrich Klöti/Franz Xaver Risi 1988: 718. Zitiert nach: Drysch, Thomas (1997/1998): Parteienfinanzierung, Österreich, Schweiz, Bundesrepublik Deutschland, Leske + Budrich, Opladen S. 48

¹⁴⁸ <https://www.fdp.ch/positionen/sozialpolitik/>, 21.11.2017

6. Modi der öffentlichen Unterstützung der Parteien

„Jedes Geschenk und jede Spende wird mit einem Hintergedanken gegeben (*do ut des!*).“¹⁴⁹

6.1 Staatsfreie Parteienfinanzierung (private Finanzierung)

Untersuchungsgegenstand dieses Kapitels sind die verschiedenen Finanzierungsmöglichkeiten von Parteien in Österreich und der Schweiz. Die staatsfreie Parteienfinanzierung wird zunächst allgemein auf der theoretischen Ebene und dann in beiden Ländern untersucht, wie diese von privater Hand zufließen bzw. staatsfrei finanziert werden. Der Bereich „...der individuellen Spenden an Parteien...“¹⁵⁰ umfasst ein sehr breites Spektrum von Möglichkeiten, welche heute weit über den „... Kauf einer Wahlkampfkarte durch einfache Parteimitglieder...“¹⁵¹ hinausgehen. Die Parteien müssen sowohl für die Plakate, Drucksachen, Werbungen, sowie deren Büros auf Dauer viel Geld ausgeben. Man kann davon ausgehen, dass die Parteien Geld durch Spenden und staatlichen Förderungen nach dem Parteiaufbau bekommen. Aber man fragt sich, woher das Geld für die Parteigründung kommt? Ich untersuche vorerst nur die privaten Finanzierungen von Parteien für beide Länder. Die Parteien planen im Bereich der Wirtschaftspolitik, Nationalsicherheitspolitik, Bildungs- und Schulpolitik, Verkehrspolitik, Gesundheitspolitik, Meinungsfreiheitspolitik und der Umweltschutzbewegung. Sollen die Parteien für diesen gesellschaftlichen Anspruch über viel Geld verfügen oder nicht?¹⁵² Ein wichtiges Thema bei der Finanzierung von Parteien ist, dass es Einsicht in die Parteienfinanzierungsmethode gibt. „Die Art und Weise, wie die Parteien ihre Kosten decken, übt einen starken Einfluss auf ihre Struktur und ihr innerorganisatorisches Leben, auf ihre Position im gesellschaftlichen Gefüge und ihr politisches Wirken aus.“¹⁵³ Daher ist es von erheblicher Bedeutung, dass in der Verfassung

¹⁴⁹ Landfried, Parteifinzen 300. Zitiert nach: Lenzhofer, Stephan (2010): Die Parteienfinanzierung in Österreich. Springer-Verlag/Wien, S. 23

¹⁵⁰ Kadan, Albert/ Erich Reiter (1981): Parteienfinanzierung, Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe des Institutes für Politische Grundlagenforschung, Wien, S. 11

¹⁵¹ Ebd., S. 11

¹⁵² Vgl. Lösche, Peter (1984): Wovon leben die Parteien?. Über das Geld in der Politik, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt, S.14

¹⁵³ Eschenburg, Theodor (1961): Probleme der modernen Parteifinanzierung, Rede bei der feierlichen Rektoratsübergabe am 9.Mai 1961, J.C.B. Mohr Tübingen, S. 5

Regelungen und Gesetze verankert sind, welche festlegen, wie sich eine Partei finanzieren darf.

„...Bei der essentiellen Bedeutung der Parteien in der parlamentarischen Demokratie bestimmt aber deren Struktur maßgeblich den Verfassungszustand. Daher sind die Finanzierungsmethoden, deren sich die Parteien bedienen, von verfassungspolitischer Bedeutung“.¹⁵⁴

Wie viel geben die Parteien eigentlich aus? Wie viel geben die Parteien wofür aus? Von wo sollte das Geld für diese Ausgaben kommen? Und auch, warum machen die Parteien und ihre Finanzen Schlagzeilen? Zugleich sollte der Zugang zu Finanzierungen von politischen Parteien einfach sein, da es jedem Bürger freistehen und möglich sein sollte, eine neue politische Partei zu gründen. Wenn man diesen Gedanken weiterführt, würde das heißen, dass jeder Bürger das Volk mit einer Partei in der Öffentlichkeit vertreten können sollte, egal aus welcher sozialen Schicht er/sie kommt. Der chancengleiche Zugang zur Finanzierung einer Partei ist unumgänglich im modernen demokratischen System.

6.1.1 Mitgliedsbeiträge

Mitgliedsbeiträge wurden als ein demokratisches Mittel im Zuge der Entstehung der Massenparteien eingeführt und kommen bis dato zur Anwendung. „Die Mitgliedsbeiträge werden als die demokratischste und als die einzig völlig unproblematische Form der Parteienfinanzierung angesehen und sind Ausdruck der *Identifikation des Mitglieds* mit der Partei“.¹⁵⁵ „...Das Geld wurde durch ihre Mitglieder in Form von Mitgliedsbeiträgen zur Verfügung gestellt...“¹⁵⁶ Man kann davon ausgehen, dass Parteien als gesellschaftliche Organisationen entstanden. „...Lange Zeit mussten die Parteien ausschließlich auf eine private Finanzierung zurückgreifen...“¹⁵⁷ Insofern wurden diese politischen Organisationen von ihren Mitgliedern selbst finanziert. „Mitgliedsbeiträge haben speziell in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zur Entstehung großer Massenparteien beigetragen.“¹⁵⁸ Man kann Massenparteien als auch die Mitgliederpartei definieren.

¹⁵⁴ Eschenburg, Theodor (1961): Probleme der modernen Parteifinanzierung, Rede bei der feierlichen Rektoratsübergabe am 9. Mai 1961, J.C.B. Mohr Tübingen, S. 5

¹⁵⁵ Vgl. Barbara Wicha 1975: 46; 1976: 227; Rolf Ebbighausen 1996: 49. Zitiert nach: Drysch, Thomas (1997/1998): Parteienfinanzierung, Österreich, Schweiz, Bundesrepublik Deutschland, Leske + Budrich, Opladen Drysch, S. 71

¹⁵⁶ Drysch, Thomas (1997/1998): Parteienfinanzierung, Österreich, Schweiz, Bundesrepublik Deutschland, Leske + Budrich, Opladen S. 71

¹⁵⁷ Vgl. Karl-Heinz Naßmacher 1992 b: 462, insbesondere auch Fn. 2. Zitiert nach: Drysch, Thomas (1997/1998): Parteienfinanzierung, S. 71

¹⁵⁸ Lenzhofer, Stephan (2010): Die Parteienfinanzierung in Österreich. Springer-Verlag/Wien, S. 6

„In der frühen Parteientypologie wurden die Mitgliederparteien als die Organisationen angesehen, die sich überwiegend selbst finanzieren konnten. Die sozialistischen Parteien galten als der Prototyp der Mitgliederpartei, während die bürgerlichen Parteien sich überwiegend von außen finanzieren ließen. Diese Unterscheidung ist ein wenig zu schematisch. Auch einige christliche Parteien, wie das Zentrum, lebten überwiegend von ihren Mitgliedern“.¹⁵⁹

Es gibt verschiedene Interpretationen zur öffentlichen Finanzierung, eine davon wäre, dass die öffentliche Finanzierung die Parteien abhängig macht. Deshalb wird diese Abhängigkeit kritisiert. „Wer die Macht der Parteien begrenzen will, muss zuvörderst ihre Finanzierung aus öffentlichen Haushalten eindämmen.“¹⁶⁰ Sofern ein Staat öffentliche Haushalte kontrollieren kann: Ist es in Autokratien nicht möglich, dass neuen Parteien Spenden erhalten können? Wenn ja, inwiefern würden jene autoritären Systeme Veränderung erleben?

„Parteien kämpfen um Machtpositionen, ihr Ziel ist es, politische Macht zu erwerben und dann auch auszuüben. Das ist völlig legitim- und auch notwendig, damit unsere parlamentarische Demokratie überhaupt funktioniert. Nur sollte dann auch klar gesagt werden, dass Geld, das an die Parteien geht, immer auch „interested money“ ist, Geld nämlich, das mit bestimmten Interessen und Erwartungen verbunden ist:

Dieser Parteifreund möchte gern Karriere im öffentlichen Dienst machen, der andere stärkt sein Selbstbewusstsein, wenn er eine flammende Brandrede im Ortsverein hält, jener Parteigenosse will eine bestimmte politische Forderung durchsetzen- und alle zahlen Mitgliedsbeiträge. Diese Firma möchte eine Steuervergünstigung erschleichen, jener Verband die berufliche Ausbildung gesetzlich reformieren- und beide spenden an die Parteien. Und auch Mittel, die aus staatlichen Haushalten kommen, nach welchen Kriterien auch immer ausgezahlt, wirken natürlich auf den Parteienwettbewerb ein, verändern ihn zumeist“.¹⁶¹

Hierbei sollte auch immer hinterfragt werden, warum die Parteigenossen, die Unternehmen, die Stiftungen oder andere politische Akteure an die Parteien Geld spenden. Interessensgruppen innerhalb der Gesellschaft erwarten sich mit den Spenden von der politischen Regierung etwas. Dies hängt davon ab, was sie beruflich machen und brauchen. Egal, ob ihre Erwartungen legal oder illegal sind. Unter diesem Gesichtspunkt muss man zwischen *idealistischen Mitgliedern* (eher in der Vergangenheit) und *pragmatischen*

¹⁵⁹ Nipperdey, op. cit. (Anm. 6), S. 399; R. Morsey: Die Deutsche Zentrumspartei 1917-1923. Düsseldorf, Droste, 1963, S. 599. Zitiert nach: Beyme, Klaus von (1984): Parteien in westlichen Demokratien. München, S. 249

¹⁶⁰ Arnim, Hans Herbert von (1996): Die Partei, der Abgeordnete und das Geld. München, S.21

¹⁶¹ Lösche, Peter (1984): Wovon leben die Parteien?. Über das Geld in der Politik, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt, S.23

Mitgliedern (eher in der Gegenwart) in Bezug auf die Erwartungen der politischen Parteien unterscheiden.

„...Unter „Gruppe“ versteht Downs eine kooperierende „Koalition“, deren Mitglieder über die von ihnen zu verfolgenden Ziele einer Meinung sind, und da alle Mitglieder „rational“ handeln, (...) die sich alle gleichermaßen die Vorteile verschaffen wollen, die mit Ausübung von Regierungsämtern verbunden sind“.¹⁶²

Die idealistischen Mitglieder unterstützten ihre Partei für Wahlkämpfe mit Mitgliedsbeiträgen und darüber hinausgehend mit privaten Zahlungen. Diese zusätzliche Mühe wird aus einem Idealismus gespeist, wie Kadan beschreibt.; „...neben ihrem ordentlichen Mitgliedsbeitrag einen weiteren, ihren persönlichen Verhältnissen angemessenen Betrag für ihre Partei „aus Idealismus“ dazu“.¹⁶³ Man kann sich bei der pragmatischen Bewegung an das Prinzip des „*do ut des*“ aus der römischen Antike erinnern, wo eine Leistung durch eine andere Leistung politisch beeinflusst wird.

6.1.1.1 Österreich

Nun untersuchen wir die heutigen Mitgliedsbeiträge in Österreich, ob es hierzu bestimmte Regeln gibt oder nicht. „Spezielle staatliche Regelungen über Mitgliedsbeiträge für Parteien existieren in Österreich nicht. Da in der Regel in Österreich nur *natürliche Personen* Mitglieder von Parteien sind, können auch nur diese Mitgliedsbeiträge entrichten“.¹⁶⁴

„Die Mitgliedsbeiträge fließen jedoch regelmäßig den Landes-, Bezirks- oder Ortsverbänden der Parteien zu, die lediglich einen bestimmten Anteil der Mitgliedsbeiträge an die Bundespartei weiterleiten.“¹⁶⁵ Ein Nachteil bei den Mitgliedsbeiträgen in Bezug auf wissenschaftliche Angaben ist, dass die Anzahl der Mitglieder und ihre Beiträge immer aktualisiert werden muss. Es liegt eine Angabe über die Höhe der Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen der österreichischen Partei-SPÖ im Jahr 2017 auf der Internetseite der Partei vor. „Der Mitgliedsbeitrag beträgt 6 Euro pro Monat (72 Euro pro Jahr). Durch Ihren

¹⁶² Wimmer, Hannes (2000): Die Modernisierung politischer Systeme. Staat, Parteien, Öffentlichkeit, Böhlau Verlag, Wien. Köln. Weimar, S. 618

¹⁶³ Kadan, Albert/ Erich Reiter (1981): Parteienfinanzierung, Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe des Institutes für Politische Grundlagenforschung, Wien, S. 11

¹⁶⁴ Lenzhofer, Stephan (2010): Die Parteienfinanzierung in Österreich. Springer-Verlag/Wien, S.6

¹⁶⁵ Drysch, Thomas (1997/1998): Parteienfinanzierung, Österreich, Schweiz, Bundesrepublik Deutschland, Leske + Budrich, Opladen, S. 72

Beitrag ermöglichen Sie, dass wir gemeinsam für unsere Werte eintreten“.¹⁶⁶ Der Mitgliedsbeitrag sieht folgendermaßen bei der Partei FPÖ im Jahr 2017 aus. „Die normale Beitragshöhe beträgt 25€, Partnertarif 30€, Pensionisten, Schüler, Studenten und Lehrlinge 10€. Der Mitgliedsbeitrag ist jährlich zu bezahlen“.¹⁶⁷ Bei der Partei Die Grünen ist er wie folgt aufgelistet; „Der reguläre Mitgliedsbeitrag beträgt mindestens 25, höchstens jedoch 1000 Euro jährlich. Falls du gerade knapp bei Kasse sein solltest, hast du die Möglichkeit, einen reduzierten Beitrag von 10 Euro jährlich zu wählen“.¹⁶⁸ Eine wichtige Frage diesbezüglich wäre, ob Spenden an politische Parteien steuerlich absetzbar sind oder nicht? „In Österreich sind Mitgliedsbeiträge und Spenden von natürlichen Personen nicht steuerlich absetzbar...“¹⁶⁹ Mit diesem rechtlichen Grundsatz wird in Österreich *ein politischer Missbrauch* verhindert.



Mitgliederzahlen wurden aktuell laut der Recherchen der Kurier Zeitung erhalten. Jedoch muss die Anzahl der Mitglieder täglich aktualisiert werden.

6.1.1.2 Schweiz

Da keine staatliche Parteienfinanzierung in der Schweiz existiert, finanzieren die Parteien sich ausschließlich aus privaten Quellen bzw. aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Parteisteuern. Darüber hinaus sehen die Parteien in der Schweiz ausgesprochen arm aus. Die Parteien, die auf der lokalen Ebene sind, werden „...zu fast 100% durch Mitgliedsbeiträge“¹⁷¹ finanziert. Diese Situation, dass die direkte staatliche Finanzierung fehlt, findet bei der

¹⁶⁶ <https://spoe.at/page/mitglied-werden>, 21.09.2017

¹⁶⁷ http://www.fpoemitglied.at/?page_id=202, 21.09.2017

¹⁶⁸ <https://wien.gruene.at/werde-mitglied>, 21.09.2017

¹⁶⁹ Drysch, Thomas (1997/1998): Parteienfinanzierung, Österreich, Schweiz, Bundesrepublik Deutschland, Leske + Budrich, Opladen S. 83

¹⁷⁰ <https://kurier.at/politik/inland/partieimitglieder-sp-legt-zu-oevp-konstant/252.381.785>, 22.10.2017

¹⁷¹ Drysch, Thomas (1997/1998): Parteienfinanzierung, Österreich, Schweiz, Bundesrepublik Deutschland, Leske + Budrich, Opladen S. 73

Parteienfinanzierung eigentlich selten in der westlichen Demokratie statt.¹⁷² „Da neben der staatlichen Parteienfinanzierung auch eine rechtliche Regelung des Parteiwesens fehlt, sind die Parteien in der Schweiz nicht verpflichtet, Rechenschaft über ihre privaten Einnahmen abzugeben“.¹⁷³ Dementgegen sind die Parteien in Österreich verpflichtet, Rechenschaft über die Einnahmen der Parteien abzugeben. Es bestehen keine Begrenzungen in Bezug auf die Höhe der Spenden in der Schweiz und in Österreich. Wichtig ist es, dass die Spenden als legal deklariert und offengelegt wurden.¹⁷⁴ „...Da sich natürliche oder juristische Personen durch die Zahlung von Spenden an Parteien Einfluss „erkaufen“ können, ist es wichtig zu wissen, wer mit Spenden hinter einer Partei steht“.¹⁷⁵ „Spenden an politische Parteien sind in der Schweiz grundsätzlich nicht steuerlich absetzbar...“¹⁷⁶

6.1.2 Kleinspenden

„Ein pragmatischer Einwand gegen die öffentliche Unterstützung der Parteien lautet schließlich, dass diese die *Finanzprobleme* der Parteien auf die Dauer nicht lösen werde und die *Abhängigkeit von privaten Spendern* bestehen bleibe. Die schwedische Zeitung „Dagens Nyheter“ hat Interviews durchgeführt, um die Wirkung der öffentlichen Finanzierung zu analysieren. Sie kam zu dem Schluss, dass die Abhängigkeit der Parteien von privaten Geldgebern unvermindert fortbestehe“.¹⁷⁷

Jedoch wurden solche Einwände in Europa auf der politischen Ebene nicht akzeptiert. Bei Parteien ist die öffentliche Finanzierung bzw. Unterstützung nicht nur üblich, sondern sie sind sogar auf diese angewiesen. Vermutlich kann die öffentliche Unterstützung beibehalten werden.¹⁷⁸ Deswegen sollten die Beziehungen zwischen dem Spender und der politischen Partei von einem Parteigesetz kontrolliert bzw. die Prinzipien der Spende veröffentlicht werden. „...Eine Veröffentlichung der Angaben von Spendenleistungen ab einer bestimmten Höhe (individuell wie kollektiv) wäre sicher unumgänglich, wenn Sauberkeit in der Parteienfinanzierung Selbstverständlichkeit werden und nicht Schlagwort bleiben soll“.¹⁷⁹

¹⁷² Drysch, Thomas (1997/1998): Parteienfinanzierung, Österreich, Schweiz, Bundesrepublik Deutschland, Leske + Budrich, Opladen, S. 73

¹⁷³ Vgl. Ebd., S. 73

¹⁷⁴ Vgl. Ebd., S. 80

¹⁷⁵ Ebd., S. 80-81

¹⁷⁶ Ebd., S. 84

¹⁷⁷ N. Andrén (1968): Sweden. State Support for Political Parties. SPS (221 bis 229), S. 229. Zitiert nach: Beyme, Klaus von (1984): Parteien in westlichen Demokratien. München, S. 265

¹⁷⁸ Vgl. Beyme, Klaus von (1984): Parteien in westlichen Demokratien. München, S. 265

¹⁷⁹ Kadan, Albert/ Erich Reiter (1981): Parteienfinanzierung, Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe des Institutes für Politische Grundlagenforschung, Wien, S. 11

Damit wären die Erwartungen des Spenders auch transparent wie die Parteifinanzierung. Es ist auch völlig legitim, dass ein Spender eine Partei zur Macht tragen will. Aber es sollte eine Grenze bei der Höhe der Spende vorhanden sein.

„Wer Geld an die Parteien gibt (und seien es Haushaltsmittel, die Parteien als Fraktionen im Parlament sich selbst bewilligen), greift in den Kampf um Machterwerb und Machtausübung ein, will selbst an der Macht teilhaben. Auch dies ist völlig legitim, rechtmäßig, politisch vertretbar und begründet. Nur hängt der Demokratiegehalt unseres politischen Systems nicht zuletzt davon ab, ob die Interessen und Einflüsse, die Art und Weise des Machterwerbs und der Machtausübung auch offengelegt werden und für den einzelnen Bürger durchschaubar sind- und damit auch kontrolliert werden können. Wer sich mit dem Geld in der Politik, mit Parteienfinanzierung beschäftigt, sollte daher fragen.“¹⁸⁰

Lösche stellt folgende Forschungsfragen zur Parteienfinanzierung auf. Welche Motive haben die Spendengelder und welchen Zweck erfüllen sie. Was sind die Motive der Interessensgruppen und was erwarten Sie von der Partei durch ihre Spendengelder.

1. In welcher Höhe und von wem kommen Gelder. Von den Parteimitgliedern, von den Parlamentariern und Amtsträgern, die als Kandidaten der Partei gewählt worden sind? Von Privatpersonen, Unternehmen, Gewerkschaften, Verbänden oder von Vereinen, die vielleicht nur zum Zweck der Parteienfinanzierung gegründet worden sind? Aus öffentlichen Haushalten? Ferner: Wie hoch ist der Anteil der Mittel, die aus diesen verschiedenen Quellen fließen, an den Gesamteinnahmen einer Partei?
2. An wen gehen die Mittel? An den Ortsverein oder die Bundespartei, an den Parteivorstand oder die Parteistiftung, an den rechten Parteiflügel oder an eine bestimmte Vereinigung oder Arbeitsgemeinschaft oder an ausgewählte Kandidaten?
3. Zu welchem Zweck werden Gelder gegeben? Für politische Bildungsarbeit, für den Wahlkampf, für den Unterhalt der Organisation?
4. Aus welchen Motiven werden Mittel gegeben? Soll die Politik inhaltlich beeinflusst werden, sollen bestimmte Gesetze verhindert, bestimmte Verordnungen und Ausführungsbestimmungen durchgesetzt werden? Soll auf die Personalauswahl Einfluss genommen werden, sollen die „eigenen“ Leute (z.B. des Verbandes) oder befreundete Politiker ins Parlament oder in die Regierung gebracht werden? Oder will man einfach nur Zugang zu den politischen Machtzentren haben, damit man im Falle eines Falles das Ohr eines Ministers, eines Ausschussvorsitzenden oder eines Angehörigen des Parteipräsidiums gewinnt- und dann vielleicht auch seine Fürsprache oder Unterschrift erhält.“¹⁸¹

¹⁸⁰ Lösche, Peter (1984): Wovon leben die Parteien?. Über das Geld in der Politik, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt, S.23,24

¹⁸¹ Ebd., S. 24

Was erwarten wir von einer Plutokratie und welche Interessen können wir auf der Basis einer Plutokratie erkaufen. Welche Eigeninteressen können wir in diesem Fall durch die Mitfinanzierung der Parteien in Form von Spenden herbeiführen.

Wenn wir fragen, wovon die Parteien leben, wollen wir also auch wissen, ob wir in einer Demokratie leben oder in einer Plutokratie. Kann man sich Abgeordnetensitze oder Ministerämter oder gar ganze Parteien kaufen? Sind unsere Parteien von außen ferngesteuert? Sind die Parteivorstände von den Parteimitgliedern finanziell- und damit vielleicht auch politisch- so unabhängig und verselbständigt, dass sie auf Parteibeiträge und sogar auf Mitglieder verzichten könnten?¹⁸²

Man kann in der heutigen Zeit sagen, dass die Politik weltweit auf die Plutokratie angewiesen ist und die Wahlen in USA 2017 ein gutes Beispiel für diese Form ist. Das heißt, das Geld immer mehr die Politik beeinflusst. Wie können wir diesen Einfluss stoppen, um ein besseres demokratisches System der Politik zu entwickeln? Diese Unart könnte zu einer Aushöhlung der Demokratie führen.

*„Am größten sind die Aufwendungen der Bewerber dort, wo die Partei schwach organisiert ist wie in Amerika. Hier ist der Vorwurf des plutokratischen Wahlsystems häufig erhoben worden. Das höchste Amt wurde vielfach von Millionären erkämpft, von Roosevelt bis Kennedy und Johnson. Angesichts dieser Ahnenreihe vergisst man aber, dass wohlhabende Bewerber wie Stevenson und Goldwater unterlagen, ärmere Kandidaten wie Truman und Nixon sich hingegen durchsetzten“.*¹⁸³ *„Vor allem Nixon hat die Preise für die Wahlkampfschlachten in beispielloser Weise in die Höhe getrieben, so dass der Gesetzgeber erneute Beschränkungen ersann. Geld hat in Amerika eine gewisse Schleusenfunktion für die Bewerber, aber es ist keine zureichende Bedingung für den Sieg“.*¹⁸⁴

Nebenbei: Eine Anonymisierung der Parteifinanzierung findet ebenfalls statt.

„Ein anderer politischer Kunstgriff bestand darin, eine Großspende unter „anonym“ zu verbuchen. Dies widerspricht natürlich Geist und Buchstaben des Parteiengesetzes, nach dem Name und Anschrift des Großspenders genannt werden müssen. Wer weiß schon, wo Herr oder

¹⁸² Lösche, Peter (1984): Wovon leben die Parteien?. Über das Geld in der Politik, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt, S. 24, 25

¹⁸³ H. E. Alexander (1976): Financing Politics. Money, Elections and Political Reform, Washington, Congressional Quarterly Press, S. 47. Zitiert nach: Beyme, Klaus von (1984): Parteien in westlichen Demokratien. München, S. 251

¹⁸⁴ Beyme, Klaus von (1984): Parteien in westlichen Demokratien. München, S. 251

Frau „Anonym“ wohnen? Und was soll ein armer Bundesschatzmeister nur machen, wenn auf das Konto seiner Partei eine Spende eingeht und der Absender zufällig nicht angegeben ist?“¹⁸⁵

Ich plädiere dafür, dass Kleinspenden von den Bürgern und Mitgliedsbeiträge die Haupteinnahmequellen einer transparenten Parteienfinanzierung sein sollen. Es gibt einen technischen und starken Zusammenhang zwischen dem Ausmaß der Wählerstimmen einer Partei und den Mitgliedsspenden. Nicht jeder Wähler ist auch gleichzeitig ein Parteimitglied. Jedoch ist es eine Tatsache, dass die großen etablierten Parteien, auf die ein Großteil der Stimmen entfällt, auch die meisten Mitglieder haben. Kadan setzt: „...je höher der Anteil von Wählern der Partei ist, die zugleich auch eingeschriebene und beitragspflichtige Mitglieder sind, desto eher kann die Partei aufgrund dieses Fundaments finanzielle Autonomie entwickeln“.¹⁸⁶

„Aus Gründen der innerparteilichen Demokratie und der Unabhängigkeit der Parteien sollten Mitgliedsbeiträge und Kleinspenden aber die Hauptquelle sein, von der die Parteien in ihrer Substanz leben. Die anderen Ströme dürften nur so breit fließen, wie die Hauptquelle es zulässt. Oder in einem anderen Bild verdeutlicht: Mitgliedsbeiträge und Kleinspenden werden zur tragenden Säule der Parteienfinanzierung, auf der die anderen Säulen-staatliche Gelder und Fremdmittel-aufbauen“.¹⁸⁷

Andererseits will ich darauf hinweisen, dass die Spendenbeträge mit Namen und Adresse des Spenders – also nicht anonym - veröffentlicht werden sollten. Damit wir wissen, von wem das Geld genau kommt. Was müssen die Parteien machen, um eine Professionalisierung auf dem politischen Parkett zu erwirken? Diese Professionalisierung sollte die Aufgaben der Parteien und die transparente Finanzierung der Parteien richtig umfassen. Damit wäre die Politik nicht mehr ein schmutziges Geschäft in dem demokratischen System.¹⁸⁸ Es geht hierbei nicht nur um die Transparenz der Parteienfinanzierung, sondern auch um die politische Moral. Ich bin auch der Meinung, dass es eine Spendenhöchstgrenze pro Person und pro Unternehmen geben sollte um die Großspenden zu verhindern. Jeder Bürger sollte im Prinzip eine gleiche Spende an die Parteien geben, egal ob er reich oder arm, alt oder jung ist. Das bedeutet: jeder Bürger hätte den gleichen Einfluss auf die Parteien.

¹⁸⁵ Lösche, Peter (1984): Wovon leben die Parteien?. Über das Geld in der Politik, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt, S.47

¹⁸⁶ Kadan, Albert/ Erich Reiter (1981): Parteienfinanzierung, Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe des Institutes für Politische Grundlagenforschung, Wien, S. 9

¹⁸⁷ Lösche, Peter (1984): Wovon leben die Parteien?. Über das Geld in der Politik, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt, S.125

¹⁸⁸ Vgl. Ebd., S.21

6.1.2.1 Österreich

Es gibt prinzipiell zwei Möglichkeiten die Spenden darzustellen. Spenden können sowohl von natürlichen als auch von juristischen Personen *ohne Gegenleistung* gegeben werden. Die kleinen Beiträge werden von natürliche Personen, und größeren Beiträge von juristischen Personen gegeben.¹⁸⁹ Wenn es um die Klarheit der Spenden für die österreichischen Parteien geht, können sich folgende Spekulationen ergeben. „...Ein weiteres Problem der Parteispenden ist die geringe Transparenz. So herrscht über das genau Spendenaufkommen der österreichischen Parteien keine Klarheit.“¹⁹⁰ Wie bei der Nationalratswahl am 15.10.2017 in Österreich in der Medien diskutiert wurde, hat die ÖVP viele große Spenden von den Unternehmen bekommen. Jedoch wurde diese Anschuldigung vom ÖVP-Chef Sebastian Kurz (bei Puls 4, am 24.09.2017) abgelehnt. Kurz hat in einer TV-Sendung bei der Wahldiskussion gesagt, „Wir haben sehr viele Spenden bekommen, vor allem von kleinen Spenden. 90% Prozent unserer Spenden sind Kleinspenden“.¹⁹¹ Man kann davon ausgehen, dass die Parteien viele Großspenden wie auch Kleinspenden bekommen. „Auch in Österreich sind höhere Spenden oft dazu bestimmt, die politische Linie der Partei mitzugestalten.“¹⁹² Aus diesem Grund fehlt die Bereitschaft die Großspenden zu veröffentlichen. Insofern haben die Forscher/Innen die Schwierigkeit in diesem Bereich zu arbeiten, um eine offizielle Statistik zu diesem Thema zu veröffentlichen. Nun untersuchen wir, wie die Parteien Großspenden in Österreich erhalten? „...Vielmehr gehen die Spenden den Weg über die Verbände...“¹⁹³ „...Die ÖVP profitiert erheblich von den Spenden der Vereinigung Österreichischer Industrieller (VÖI). Sie soll zumindest 80% der Spenden der VÖI erhalten. Der übrige Teil der Spenden kam der FPÖ zugute...“¹⁹⁴ Die andere Parteien erhalten höhere Spenden auf die gleiche Art und Weise.

„...Der andere große kollektive Spender, der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB), finanziert zuvörderst die SPÖ. Aber auch die ÖVP geht nicht leer aus. Der ÖGB leistet keine

¹⁸⁹ Vgl. Lenzhofer, Stephan (2010): Die Parteienfinanzierung in Österreich. S.7

¹⁹⁰ Drysch, Thomas (1997/1998): Parteienfinanzierung, Österreich, Schweiz, Bundesrepublik Deutschland, Leske + Budrich, Opladen, S. 77

¹⁹¹ bei Plus 4 TV(Wahl Kampf), am 24.09.2017

¹⁹² Drysch, Thomas (1997/1998): Parteienfinanzierung, Österreich, Schweiz, Bundesrepublik Deutschland, Leske + Budrich, Opladen, S. 77

¹⁹³ Vgl. dazu: Hubert Sickinger 1997: 45-75. Zitiert nach: Drysch, Thomas (1997/1998): Parteienfinanzierung, Österreich, Schweiz, Bundesrepublik Deutschland, Leske + Budrich, Opladen, S. 78

¹⁹⁴ Vgl. Anton Pelinka 1978: 228 Hubert Sickinger 1997: 58 f. Zitiert nach: Drysch, Thomas (1997/1998): Parteienfinanzierung, Österreich, Schweiz, Bundesrepublik Deutschland, Leske + Budrich, Opladen, S. 78

direkten Zahlungen an die Parteien, sondern fördert ihre Gewerkschaftsfraktionen.“¹⁹⁵ Laut dem Parteigesetz 2012 werden die Großspenden über 50.000 Euro vom Rechnungshof (RH) in Österreich kontrolliert. Dieses Gesetz bringt die Transparenz zur Parteifinanzierung in Österreich. „Parteien müssen Spenden, die im Einzelfall 50.000 EUR übersteigen, unverzüglich an den RH melden; der RH muss sie unverzüglich unter Angabe des Namens und der Anschrift des Spenders auf der Website des RH veröffentlichen.“¹⁹⁶

„Gemäß § 6 Abs. 5 Bundesgesetz über die Finanzierung politischer Parteien (Parteiengesetz 2012 – PartG) hat der Rechnungshof Spenden, die im Einzelfall die Höhe von 50.000 Euro übersteigen, zu veröffentlichen. Dieser Aufgabe kommt der Rechnungshof hiermit nach.“¹⁹⁷

6.1.2.2 Schweiz

Da keine staatliche Förderung in der Schweiz existiert, müssen sich die Parteien in der Schweiz aus anderen Einnahmen finanzieren. „Die Parteien, die wenig Mitglieder haben oder nur geringe Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen erhalten, sind zumeist auf die Spendenbereitschaft ihrer Geldgeber angewiesen, um ihren Organisationsbetrieb aufrecht zu erhalten...“¹⁹⁸ Die bürgerlichen Parteien haben den Vorteil im Gegensatz zu den anderen Parteien in der Schweiz, da sie mehr Spenden erhalten. Die bürgerlichen Parteien kann man als FDP, SVP und CVP in der Schweiz klassifizieren¹⁹⁹. „So deckt die Bundesebene der FDP fast 85% ihrer Einnahmen aus Spenden...“²⁰⁰ Die Parteien in der Schweiz sind nicht verpflichtet, die erhaltenen Spenden zu veröffentlichen.²⁰¹ Im Gegensatz dazu müssen die Parteien in Österreich gemäß § 6 Abs. 5 Bundesgesetz Großspenden über 50.000 Euro an den RH melden. Dies ist der große Unterschied zwischen Österreich und der Schweiz.

6.1.3 Großspenden und Unternehmensspenden

Wenn wir einen Blick auf das Thema Unternehmensspenden werfen, sehen wir, dass die Parteien von Unternehmen auf zwei verschiedene Arten finanziert werden. Entweder haben die Parteien eigene wirtschaftliche Unternehmen oder sie werden von Unternehmen

¹⁹⁵ Vgl. Albert Kadan 1981: 12; Anton Pelinka 1971: 313; Hubert Sickinker/Rainer Nick 1990: 48; Thomas Drysch 1994 a: 9. Zitiert nach: Drysch, Thomas (1997/1998): Parteienfinanzierung, Österreich, Schweiz, Bundesrepublik Deutschland, Leske + Budrich, Opladen, S. 78

¹⁹⁶ http://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/migrated/content_uploads/Bund_2015_10_1.pdf, 24.10.2017

¹⁹⁷ <http://www.rechnungshof.gv.at/sonderaufgaben/parteiengesetz/parteispenden.html>, 24.10.2017

¹⁹⁸ Drysch, Thomas (1997/1998): Parteienfinanzierung, Österreich, Schweiz, Bundesrepublik Deutschland, Leske + Budrich, Opladen, S. 78

¹⁹⁹ Ebd., Vgl. S. 78

²⁰⁰ Ebd., S. 78

²⁰¹ Ebd., S. 81

finanziert. Wenn Parteien Unternehmen haben: "...Parteien haben, (...) ein legitimes Interesse am bestmöglichen Florieren ihrer Betriebe. Damit Parteien nicht illegale Mittel für den legitimen Zweck einsetzen können, damit sie daraufhin beobachtbar und kontrollierbar werden..."²⁰² Parteien können Betriebe auch auf der anderen Ebene zum Beispiel auf dem Mediensektor haben, um damit ihre Autonomie und ihre Unabhängigkeit zu erhalten.²⁰³ Man kann diese Autonomie kritisieren. Angenommen irgendeine Partei oder Regierungspartei verfügt über einige Einrichtungen auf dem Mediensektor, so ist es möglich, die Massen für ihre eigenen politischen Zweck zu manipulieren und einzuspannen. "...Um politisch autonom wirksam zu bleiben, um erpressungsfrei politische Meinungen verbreiten zu können, müsste die Partei über eigene Anlagen und Medien verfügen können..."²⁰⁴ Unter diesem Gesichtspunkt gibt es in einem autoritären System die potentielle Gefahr, die Massen für ein falsches Ziel zu mobilisieren. Darüber hinaus können sich bei diesen Firmen auch Fälle von Korruption einschleichen, denn diese Gelegenheiten wirken sehr verlockend. "...Eigeninteressen der Parteien auf diesen Feldern müssen stets und immer wieder zu Korruptionsverdacht führen..."²⁰⁵ In diesem Fall braucht man wieder ein Kontrollorgan, um dieses mögliche Dilemma zu verhindern. Daneben sieht man den Mediensektor in einem demokratischen System als etwas Positives, da die Parteienprogramme, Wahlprogramme und Regierungsprogramme (oder Koalitionsprogramme) der Parteien besser und ohne Erpressung veröffentlicht werden können.

„Da die Verfasser des Grundgesetzes davon ausgingen, die Parteien finanzierten sich allein aus privaten Mitteln, stand ihnen primär die Gefahr übermäßigen Einflusses des „großen Geldes“ auf die Politik vor Augen. Großspenden bringen Elemente der Plutokratie in die Demokratie. Um dieser Gefahr einigermaßen zu begegnen, enthält das Grundgesetz von Anfang an die Regelung, dass Parteien „über die Herkunft ihrer Mittel öffentlich Rechenschaft geben“ müssen“.²⁰⁶

In der heutigen Zeit läuft es darauf hinaus, dass die Unternehmen mit dem kapitalistischen System pragmatisch umgehen oder es sogar müssen, um einen Stillstand zu vermeiden. In diesem Kontext spenden sie das Geld an die Parteien, da sie eigene Erwartungen haben.

²⁰² Kadan, Albert/ Erich Reiter (1981): Parteienfinanzierung, Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe des Institutes für Politische Grundlagenforschung, Wien, S. 10

²⁰³ Ebd., Vgl. S. 10

²⁰⁴ Kadan, Albert/ Erich Reiter (1981): Parteienfinanzierung, Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe des Institutes für Politische Grundlagenforschung, Wien S. 10

²⁰⁵ Ebd., S. 10

²⁰⁶ Arnim, Hans Herbert von (1996): Die Partei, der Abgeordnete und das Geld. München, S.49

„Spenden dienen vielmehr ganz allgemein *„der Pflege der politischen Landschaft“*, sie sorgen dafür, dass Unternehmer und Politiker einander in angenehmer Erinnerung behalten.“²⁰⁷

„Der wichtigste Grund für ein Unternehmen, an eine Partei zu spenden, ist der, Zugang zu den politischen Entscheidungszentren zu erhalten. Dies können jene Einrichtungen sein, in denen formal die politischen Entscheidungen fallen, so der Bundestag und die anderen Parlamente mit ihren Ausschüssen, Fraktionen und Arbeitskreisen und die Ministerien und Behörden, vom Kanzleramt bis hinunter zum Bürgermeisterbüro in der Kleinstadt. Wichtiger noch ist aber der Zugang zu jenen Personenkreisen, in denen die politischen Weichenstellungen vorbereitet, häufig faktisch auch vorentschieden werden. Hierzu gehören vor allem diejenigen, die viele Ämter (z. B. Mitglied eines Parteivorstandes, eines Fraktionsvorstandes, Ausschussvorsitzender, u. U. noch Präsident eines Interessenverbandes) in einer Person und zur gleichen Zeit häufen. Diese Politiker sitzen auf den Kreuzungen vieler politischer Willensbildungsprozesse strategisch günstig placiert. Dabei kommt es gar nicht darauf an, dass ein Unternehmen oder Manager ständigen Kontakt zu solchen Politikern unterhält. Gelegentliche Gesichtspflege reicht völlig aus. Nur muss dann, wenn es einmal darauf ankommt, nicht nur die Vorzimmertür, sondern auch die zum Chef wie geschmiert aufgehen. Man muss Gehör finden. Ein amerikanischer Unternehmer hat das auf die schöne Formel gebracht: *„Politiker hören gern zu, aber nach einer Wahlspende hören sie einfach besser“*“.²⁰⁸

Man kann davon ausgehen, dass die Unternehmensspenden für die Parteien eine große Bedeutung haben. „...Von wirklicher Bedeutung für die Parteien sind die Spenden von finanziell potenten Unternehmungen und Organisationen...“²⁰⁹

²⁰⁷ Lösche, Peter (1984): *Wovon leben die Parteien? Über das Geld in der Politik*, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt, S. 56

²⁰⁸ Ebd., S. 55

²⁰⁹ Eschenburg, Theodor (1961): *Probleme der modernen Parteifinanzierung*, Rede bei der feierlichen Rektoratsübergabe am 9.Mai 1961, J.C.B. Mohr Tübingen, S. 27

6.1.3.1 Österreich

Seit den fünfziger Jahren akquirieren österreichische Parteien weitere Einnahmequelle mehr oder weniger aus parteieigenen Unternehmen. Diese Unternehmen waren Druckereien, Buchhandlungen, Kinos und so weiter. Diese Unternehmen haben bei den ersten Wahlprozessen einen Beitrag geleistet. Aber in der heutigen Zeit betrachtet man die modernen eigenen Parteifirmen und externen professionellen Unternehmen als Organe, um die Parteien im Wahlkampf zu unterstützen.

„Während früher Verlage, Druckereien, Kinos und vor allem Parteizeitungen für eine wirtschaftliche Betätigung der Parteien in Betracht kamen, werden die traditionellen Parteiunternehmen heute mehr und mehr von modernen Parteifirmen, vor allem Werbefirmen, abgelöst...“²¹⁰

Es darf nicht unerwähnt bleiben, dass die Firmen sich in der heutigen Zeit in einem kapitalistischen System meist sehr pragmatisch verhalten, um sich Vorteile durch ihre Parteispenden zu sichern. Das heißt im Klartext: es gibt keine Firmen mehr, welche die Parteien aus ideologischen oder idealistischen Gründen unterstützen. Denn zahlreiche Unternehmen und Firmen unterstützen gleichzeitig verschiedene Parteien, wobei die Partei, die in den Umfragen vorne liegt, die größte der zahlreichen Spenden erhält.

„...Dabei handelt es sich um Firmen, die auch im Bereich der Wahlwerbung tätig werden und so der Partei direkte Vorteile bringen können. Allerdings pflegen die Parteien ihre wirtschaftliche Betätigung nicht offenzulegen.“²¹¹ Also kann man nicht wissen, welche Firmen welche Partei im Wahlkampf unterstützen. In diesem Fall kann diese Unterstützung als Schwarzgeld bezeichnet werden. „Daher ist es unumgänglich, dass die Parteien eine vollständige Aufstellung ihrer Unternehmen veröffentlichen und Beteiligungen an Unternehmen anzeigen.“²¹²

²¹⁰ Drysch, Thomas (1997/1998): Parteienfinanzierung, Österreich, Schweiz, Bundesrepublik Deutschland, Leske + Budrich, Opladen, S. 94

²¹¹ Vgl. Hubert Sickinger/Rainer Nick 1990: 38. Zitiert nach: Drysch, Thomas (1997/1998):

Parteienfinanzierung, Österreich, Schweiz, Bundesrepublik Deutschland, Leske + Budrich, Opladen, S. 94

²¹² Drysch, Thomas (1997/1998): Parteienfinanzierung, Österreich, Schweiz, Bundesrepublik Deutschland, Leske + Budrich, Opladen, S. 94

Großspenden der Parteien in Übersicht:

2017

Meldungsdatum	Betrag in Euro	Name	Anschrift	Empfänger
18.10.2017	75.000,00	Mag. Johannes Baillou	1040 Wien, Karlsgasse 20/3	Österreichische Volkspartei Bundespartei
13.09.2017	60.368,64	Verstorbene Margarete Anna Felder	zuletzt wohnhaft in 4810 Gmunden, Georgstraße 30/1	SPÖ Bezirksorganisation Gmunden
08.09.2017	51.000,00	AZH Beteiligungs GmbH	1010 Wien, Sterngasse 11/5	NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum
05.09.2017	436.563,00	DI Stefan Pierer	4600 Wels, Roithenstraße 89	Österreichische Volkspartei Bundespartei
23.08.2017	100.000,00	Dr. Hans Peter Haselsteiner	1220 Wien, Donau-City- Straße 9	NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum
17.08.2017	98.000,00	RA Univ.Prof. Dr. Alfred J. Noll	1010 Wien, Schellingstraße 3/3	LISTE PETER PILZ
21.06.2017	100.000,00	Dr. Hans Peter Haselsteiner	1220 Wien, Donau-City- Straße 9	NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum
21.06.2017	98.000,00	Dr. Hans Peter Haselsteiner	1220 Wien, Donau-City- Straße 9	NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum
19.04.2017	50.001,00	Frank Stronach	2522 Oberwaltersdorf, Hofffeldstraße 4	Team Stronach für Österreich
14.04.2017	100.000,00	Dr. Hans Peter Haselsteiner	1220 Wien, Donau-City- Straße 9	NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum
13.01.2017	50.001,00	Frank Stronach	2522 Oberwaltersdorf, Hofffeldstraße 4	Team Stronach für Österreich

213

²¹³ <http://www.rechnungshof.gv.at/sonderaufgaben/parteiengesetz/parteispenden.html>, 23.10.2017

6.1.3.2 Schweiz

„Über die wirtschaftliche Betätigung der Parteien in der Schweiz liegen keinerlei Anhaltspunkte vor. Der Bericht über die Unterstützung der politischen Parteien vom 23. November 1988 enthielt hierzu keine Angaben. Angesichts der Tatsache, dass die Parteien in der Schweiz nur über wenig eigene Mittel verfügen, kann davon ausgegangen werden, dass sich die Parteien in der Schweiz nicht wirtschaftlich betätigen.“²¹⁴

6.1.4 Die Finanzierung der parteinahen Stiftungen

Wenn man sich fragt, warum Parteistiftungen und Parteiakademien überhaupt in einem modernen demokratischen System existieren, kann folgendermaßen beantwortet werden. Laut Drysch; „Die wichtigste Aufgabe der Parteiakademien ist die Schulung von Parteifunktionären.“²¹⁵ Deren Tätigkeit darf keinen Gewinn erwirtschaften oder Zuwendung vom Staat erhalten, sondern muss ein Ziel verfolgen und ihrer Hauptaufgaben nachgehen.²¹⁶

6.1.4.1 Österreich

Man kann die staatliche Finanzierung auch als die Finanzierung der Parteiakademien und der parteinahen Organisationen in Österreich bezeichnen.²¹⁷ „Am 9. Juli 1972 beschloss der Nationalrat ein „Bundesgesetz über die Förderung staatspolitischer Bildungsarbeit im Bereich der politischen Parteien sowie der Publizistik.“²¹⁸ Die Parteiakademien wurden laut den Österreichischen Parteien aus verschiedenen Zwecken von 1973 bis 1993 in Österreich gegründet und haben verschiedene Aufgaben zu leisten. Da die Aufgabe der Parteiakademien mein Forschungsthema ist, wird nur ein Beispiel zur Aufgaben der ältesten Parteiakademie Österreichs „IR“ gegeben, um damit eine Vertiefung in dieses Thema zu vermeiden.

²¹⁴ Drysch, Thomas (1997/1998): Parteienfinanzierung, Österreich, Schweiz, Bundesrepublik Deutschland, Leske + Budrich, Opladen, S. 95

²¹⁵ Ebd., S. 191

²¹⁶ Vgl. Ebd., S. 192

²¹⁷ Vgl. Ebd., S. 189

²¹⁸ BGBI. Nr. 272/1972 Zitiert nach: Drysch, Thomas (1997/1998): Parteienfinanzierung, Österreich, Schweiz, Bundesrepublik Deutschland, Leske + Budrich, Opladen, S. 192

„Diese Aufgabenstellungen zeitgemäß zu interpretieren und attraktive, innovative und nachhaltige politische Bildungs- und Diskursangebote zu entwickeln, sind die Kernaufgaben des Teams des Karl-Renner-Instituts.“²¹⁹

„Die Errichtung der Parteiakademien in Österreich im Jahre 1973 und die spätere Ausweitung ihrer staatlichen Finanzierung spiegelt den Ende der sechziger Jahre immer deutlicher werdenden Funktionswandel von der traditionellen Parteiorganisation hin zur Professionalisierung und Bürokratisierung der Parteiarbeit wider.“²²⁰

„Der Gesetzgeber fördert die staatsbürgerliche Bildungsarbeit der politischen Parteien durch Zuwendungen an „Stiftungen und Vereine“, allerdings nur, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind.“²²¹

„In Österreich existieren fünf Parteiakademien, deren Parteien im Österreichischen Nationalrat vertreten sind und zwar das Dr. Karl-Renner-Institut der SPÖ, die Politische Akademie der Vereinigung für politische Bildung der ÖVP, das Freiheitliche Bildungswerk der FPÖ, die Grüne Bildungswerkstatt der Grün-Alternativen und das Bildungsforum des Liberalen Forums, die fast ausschließlich aus staatlichen Mitteln finanziert werden.“²²²

Mit wie viel Geld werden diese Akademien vom Staat finanziert? Die genauen Daten der Finanzierung der Parteiakademie erfährt man aus dem österreichischen Parlament. „Die finanziellen Mittel aus dem Staatshaushalt wurden erstmals im Jahre 1973 gewährt.“²²³

„Die einzelnen Parteien im Nationalrat unterhalten auch eigene Institutionen (Akademien) mit dem Ziel, staatsbürgerliche Bildungsarbeit zu leisten. Die Akademien werden auf Grundlage des Bundesgesetzes über die Förderung politischer Bildungsarbeit und Publizistik finanziell gefördert. Im Jahr 2014 betrug diese Förderung insgesamt rund 10,5 Millionen Euro.“²²⁴

„Nur Parteien, die im Nationalrat vertreten sind, haben Anspruch auf eine staatliche Förderung der Parteiakademien.“²²⁵ „Die Parteiakademien sind verpflichtet, jährlich über ihre

²¹⁹ <http://www.renner-institut.at/das-karl-renner-institut/ziele/>, 19.10.2017

²²⁰ Drysch, Thomas (1997/1998): Parteienfinanzierung, Österreich, Schweiz, Bundesrepublik Deutschland, Leske + Budrich, Opladen, S. 189

²²¹ Ebd., S. 192

²²² Ebd., S. 190

²²³ Ebd., S. 193

²²⁴ <https://www.parlament.gv.at/PERK/PK/PP/index.shtml>, 19.10.2017

²²⁵ Drysch, Thomas (1997/1998): Parteienfinanzierung, Österreich, Schweiz, Bundesrepublik Deutschland, Leske + Budrich, Opladen, S. 192

Einnahmen und Ausgaben zu berichten und ihre Finanzwirtschaft sowohl durch Prüfer ihres Vertrauens als auch durch den Rechnungshof prüfen zu lassen.“²²⁶

6.1.4.2 Schweiz

„In der Schweiz gibt es keine Parteistiftungen. Auch die Bildungsarbeit der Parteien wird vom Staat nicht gefördert.“²²⁷

6.1.5 Kreditaufnahmen

Wie bereits erwähnt wurde, sind die Parteien für ihre Existenz abhängig von finanziellen Flüssen. Mitunter nehmen sie Kredite auf, um ihre Ausgaben finanzieren zu können. Dies wird als eine Form bzw. ein Mittel der Finanzierung von Parteien auf der wissenschaftlichen Ebene angesehen.²²⁸ „Kredite werden von Parteien speziell für Zwecke der Wahlwerbung aufgenommen, um so eine sehr kostenintensive Tätigkeit zu finanzieren“.²²⁹ Jedoch sind Kredite keine Haupteinnahmequelle der Parteien. „Kredite stellen daher keine originäre finanzielle Ressource von Parteien dar, sondern lediglich einen faktischen Vorgriff auf später zu erwartende Einnahmen“.²³⁰ Die politische Erfahrung hat gezeigt, dass die Parteien eventuell in finanzielle Engpässe kurz vor einer Wahl geraten können, wenn sie ihre Ausgaben für den Wahlkampf nicht richtig berechnet haben.

„Die Aufnahme von Bankkrediten oder (bisher selten) Privatdarlehen sollte im Idealfall nur der Behebung vorübergehender Liquiditätsengpässe dienen. Diese treten vor allem vor Wahlen auf, da es selten gelingt, die zu erwartenden zusätzlichen Wahlkampfausgaben durch Rücklagen aus Einnahmen der „wahlfreien“ Jahre und organisierte Spendenaktionen abzudecken (oder die Ausgaben doch deutlich höher als ursprünglich kalkuliert waren)“.²³¹

Wichtig ist hierbei, dass die Kreditsumme für den Kreditgeber von den Parteien entsprechend abgesichert werden muss. Dennoch gibt es das Risiko, einen Bankenkredit nach der Wahl, vor allem wenn eine Wahlniederlage erlebt wurde, zurückzuzahlen. Denn die Parteien können

²²⁶ Drysch, Thomas (1997/1998): Parteienfinanzierung, Österreich, Schweiz, Bundesrepublik Deutschland, Leske + Budrich, Opladen, S. 207

²²⁷ Ebd., S. 195

²²⁸ Vgl. Lenzhofer, Stephan (2010): Die Parteienfinanzierung in Österreich. S.8

²²⁹ Ebd., S.8

²³⁰ Ebd., S.9

²³¹ Sickinger, Hubert (2013): Politisches Geld. Parteienfinanzierung und öffentliche Kontrolle in Österreich, Czernin Verlag, Wien, S. 110

nach einer Wahlniederlage ihren Anteil an der staatlichen Parteienfinanzierung verlieren (siehe Die Grünen nach deren Wahlniederlage bei den Nationalratswahlen 2017). Insofern sind Kreditaufnahmen in der Praxis meist als eine problematische Finanzierung für Parteien zu erachten.²³² Ein anderes Risiko bzw. eine Gefahr ist es, dass die Kreditaufnahmen eine neue Abhängigkeit von den Kreditgebern ergänzen können (wie die äquivalente Abhängigkeit von Spendern).²³³

6.1.6 Eigene Einkünfte

Parteien kann als juristische Personen das Recht zukommen, am Wirtschaftsleben teilzunehmen und einen Gewinn aus ihrem Kapital zu erzielen. Grundsätzlich gibt es keine Beschränkungen für Parteien, einer wirtschaftlichen Tätigkeiten nachzugehen oder ein eigenes Unternehmen zu gründen. Jedoch spielen solche Einkünfte eine untergeordnete Rolle in der Realität, da Parteien eine dynamische Struktur haben.²³⁴ Weil es so schwer ist, die Unternehmen zu kontrollieren, da diese stetig bemüht sind, durch ihre Tätigkeiten die Gewinnmaximierung voranzutreiben.

²³² Vgl. Sickinger, Hubert (2013): Politisches Geld. Parteienfinanzierung und öffentliche Kontrolle in Österreich, Czernin Verlag, Wien, S. 110

²³³ Vgl. Ebd., S. 111

²³⁴ Vgl. Lenzhofer, Stephan (2010): Die Parteienfinanzierung in Österreich. S.8

7. Die Finanzierung der Parlamentsfraktionen

„Geht man von der theoretischen Vorstellung aus, dass Gesellschaft und Staat voneinander getrennt sind (...), dann nehmen Parteien eine Mittlerrolle zwischen beiden wahr. Sie sind gleichsam im gesellschaftlichen Bereich frei gebildete Gruppen und wirken in den Staat hinein, in die Parlamente (als Fraktionen) und in die Regierungen.(...). Sie wären aber wie eine Behörde vom Staat abhängig, wenn sie ganz oder überwiegend aus der Staatskasse bezahlt würden. Dann könnten sie ihrer Aufgabe, nämlich zwischen Gesellschaft und Staat zu vermitteln, nicht gerecht werden“.²³⁵

7.1 Staatliche Parteienfinanzierung

Im modernen politischen System ist eine staatliche Parteienfinanzierung unverzichtbar und unumgänglich. Insofern muss man darauf eingehen, ob eine Partei teilweise oder vollständig vom Staat finanziert werden sollte? Oder „...inwieweit die staatliche Direktförderung von politischen Parteien die Chancengleichheit im politischen Wettbewerb beeinträchtigt, verhindert oder verzerrt...“²³⁶ Unter dieser Bedingung muss die Gefahr der staatlichen Finanzierung sowohl auf der technischen als auch moralischen Ebene analysiert werden.

Laut Lösche ist Unabhängigkeit der Parteien nur ohne staatlichen Kassen gewährleistet. In manchen Fall beobachte man, dass die staatliche Parteifinanzierung nötig sei. Diese muss natürlich festgehalten und kontrolliert werden. Wenn die These von Lösche kritisiert wird:

*„Die finanzielle und damit die politische Unabhängigkeit der Parteien muss gewährleistet sein. Parteien dürfen weder von staatlichen Kassen, noch von den Großspenden der Industrie, noch von anderen, von außen kommenden Geldern in ihrer Existenz abhängig sein... Der staatliche Eingriff in die Parteienfinanzierung darf die Chancengleichheit zwischen den Parteien und die Chance jedes einzelnen Bürgers, an der politischen Willensbildung in gleicher Weise teilzuhaben, nicht verzerrern“.*²³⁷

“... [I]n welchem Verhältnis die Staatsmittel auf die Parteien verteilt werden sollen...“²³⁸

Wenn man Art und Weise der Parteienfinanzierung klassifiziert, findet man zwei unterschiedlichen Gefahren. Einerseits die Parteifinanzierung über den Staat wie auch über die Großspendenden durch die Industrie. In beiden Fällen besteht die Gefahr der

²³⁵ Lösche, Peter (1984): Wovon leben die Parteien?. Über das Geld in der Politik, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt, S.65

²³⁶ Wimmer, Inge (1976): Die Parteien und ihre Finanzen, Überlegungen zum Thema Parteienfinanzierung, Wien, S. 9

²³⁷ Lösche, Peter (1984): Wovon leben die Parteien?. Über das Geld in der Politik, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt, S.124

²³⁸ Ebd., S. 9

Abhängigkeit. Insofern braucht man eine *Art einer ausgewogenen Parteienfinanzierung*. Unter diesem Gesichtspunkt kann man einen neuen Begriff wie *ausgewogene Finanzierung* bei der Parteienfinanzierung einführen.

„...[D]ass die Finanzierung durch den Staat immer nur eine Teilfinanzierung sein kann und als Teil des gesamten Finanzierungssystems einer Partei zu den anderen Methoden der Mittelbeschaffung in einem *ausgewogenen Verhältnis* stehen muss“.²³⁹ Die Entwicklung einer Partei zur Staatsparteien sei zu verhindern.

„...Da die Parteien die Mittel dafür nicht mehr allein aufbringen konnten, sind fast alle westlichen Demokratien dazu übergegangen, die Parteien mit staatlichen Mitteln zu subventionieren...“²⁴⁰ Ich werde in diesem Kapitel auf die staatliche Finanzierung der Parteien (Parteienförderung) auf verschiedene Art und Weise eingehen bzw. versuchen diese zu charakterisieren. Auf die Frage, wie hoch der Anteil offizieller Gelder an der Finanzierung der Parteien in Österreich und in der Schweiz ist: Wie viel Prozent muss man bei den nationalen Wahlen erreichen, um an der Kostenerstattung der Wahlkampfausgaben in Österreich und in der Schweiz teilzuhaben? Zur staatlichen Finanzierung muss man fragen, ob die staatlichen Mittel gleichmäßig auf die Parteien verteilt werden müssen oder nicht?

„Staatliche Mittel müssen grundsätzlich gleichmäßig auf die Parteien verteilt werden.(...). Es wäre unbillig und offensichtlich unfair, wenn alle Parteien die gleiche Summe staatlicher Gelder erhielten, gleich ob sie 500 Mitglieder haben oder 900.000, ob sie bei der letzten Bundestagswahl 0,01 Prozent der Stimmen oder 53 Prozent erreicht haben. Staatliche Zuschüsse können daher nach dem politischen Gewicht einer Partei, schematisch gemessen an der Zahl ihrer Mitglieder oder Wähler, gezahlt werden. Eben dies geschieht bei der staatlichen Erstattung der Wahlkampfkosten, die wir gleich erklären werden.“²⁴¹

7.1.1 Österreich

„Der große Finanzaufwand kann mit Spenden und Mitgliedsbeiträgen allein nicht abgedeckt werden. Um die Abhängigkeit von Geldgebern oder Lobbies zu verhindern, werden die Parteien aus Steuermitteln unterstützt“.²⁴² Das Österreichische Parlament sagt dazu: „Im Jahr 2014 wurden für die Förderung politischer Parteien rund 42,7 Millionen Euro

²³⁹ Wimmer, Inge (1976): Die Parteien und ihre Finanzen, Überlegungen zum Thema Parteienfinanzierung, Wien, S. 8

²⁴⁰ Drysch, Thomas (1997/1998): Parteienfinanzierung, Österreich, Schweiz, Bundesrepublik Deutschland, Leske + Budrich, Opladen, S. 15

²⁴¹ Lösche, Peter (1984): Wovon leben die Parteien?. Über das Geld in der Politik, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt, S.68

²⁴² <https://www.parlament.gv.at/PERK/PK/PP/>, 11.09.2017

aufgewendet“.²⁴³ Österreich betrachtet Vielfalt politischer Parteien als Demokratiequalität und es gilt diese immer mehr zu verbessern. Daher wird Österreich meist von einer Koalitionsregierungen regiert. “Derzeit gibt es in Österreich rund 1.000 registrierte politische Parteien. Eine Vielfalt politischer Parteien ist ein wesentliches Kriterium für Demokratien“...²⁴⁴

„Parteienförderung auf Bundesebene

§ 1. (1) Der Bund fördert politische Parteien bei ihrer Tätigkeit in der Mitwirkung an der politischen Willensbildung auf Bundesebene durch die jährliche Zuwendung von Fördermitteln.

(2) Die Fördermittel des Bundes errechnen sich, indem die Zahl der Wahlberechtigten zum Nationalrat mit dem Betrag von 4,6 Euro multipliziert wird. Diese sind an die einzelnen politischen Parteien in folgender Weise zu vergeben:

1. Jede im Nationalrat vertretene politische Partei, die über mindestens fünf Abgeordnete (Klubstärke im Sinne des § 7 des Geschäftsordnungsgesetzes 1975, BGBl. Nr. 410/1975) verfügt, erhält jährlich einen Grundbetrag in der Höhe von 218 000 Euro;

(...)

(3) Politische Parteien, die im Nationalrat nicht vertreten sind, die aber bei einer Wahl zum Nationalrat mehr als 1 vH der gültigen Stimmen erhalten haben, haben für das Wahljahr einen Anspruch auf Fördermittel für ihre Tätigkeit. Diese politischen Parteien erhalten je für sie bei der Nationalratswahl abgegebener Stimme einen Betrag von 2,5 Euro; diese Fördermittel sind innerhalb von 6 Monaten nach der Nationalratswahl auszubezahlen.

(4) Die Auszahlung der Fördermittel gemäß Abs. 2 erfolgt in zwei Raten, wobei die erste Rate bis zum Ende des ersten Quartals und die zweite bis zum Ende des dritten Quartals auszubezahlen sind“.²⁴⁵

Laut diesem Parteiengesetz entsteht Klubstärke ab mindestens fünf Abgeordneten im Nationalrat Österreichs. In diesem Fall dürfen die vertretenen Parteien die staatlichen Zuwendungen bekommen.²⁴⁶ „...Die Annahme dieser Mittel verpflichtet nun die Parteien, die widmungsgemäße Verwendung der Zuschüsse prüfen zu lassen und nach § 4 Abs. 4 „jährlich einen Rechenschaftsbericht über Einnahmen und Ausgaben zu erstellen“...²⁴⁷ Direkte Zuwendungen kann man im Bereich der Parteienförderung als staatliche Finanzierung verstehen. Die gilt sowohl auf Bundes- als auch Landesebene.²⁴⁸

²⁴³ <https://www.parlament.gv.at/PERK/PK/PP/>, 11.09.2017

²⁴⁴ <https://www.parlament.gv.at/PERK/PK/PP/>, 11.09.2017

²⁴⁵ <http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20007891>, 11.09.2017

²⁴⁶ Vgl. Kadan, Albert/ Erich Reiter (1981): Parteienfinanzierung, Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe des Institutes für Politische Grundlagenforschung, Wien, S. 12

²⁴⁷ Ebd., S. 12

²⁴⁸ Vgl. Lenzhofer, Stephan (2010): Die Parteienfinanzierung in Österreich. S.12

7.1.2 Schweiz

Obwohl in vielen westlichen Staaten schon eine direkte staatliche Förderung für die Parteien existiert,²⁴⁹ „ist die Schweiz eines der wenigen Länder, in denen die Parteien ohne direkte Zuwendungen auskommen müssen“.²⁵⁰ Sogar die Kantone der Schweiz waren verpflichtet, dass sie den Versand der Stimmzettel für die Wahl und die Kosten für die Aufstellung übernehmen²⁵¹. In vielen Ländern, so auch in Österreich, können die Parteien vor der Nationalratswahl kostenlose Sendung im Fernsehen und Radio zur Verfügung stellen.²⁵² Jedoch gilt es für die Schweiz nicht. Weil „die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) privatrechtlich betrieben wird“.²⁵³ In diesem Fall kann man sagen, dass es keine gesetzliche Zuwendung der SRG im Wahlkampf und auch keine staatliche Hilfeleistung der schweizerischen Parteien gibt.²⁵⁴ „...wie es in anderen Staaten der Fall ist, in denen die Parteien ihre Wahl-Werbespots nach den Grundsätzen des Marketings produzieren und zu einer kritiklosen Selbstdarstellung nutzen“.²⁵⁵

7.2 Europäische Gemeinschaft

7.2.1 Österreich

Parteien erhalten besonders die Förderung vom Europäischen Parlament für die politische Tätigkeit.

„Nach einer Europawahl haben jene Parteien, die danach im Europäischen Parlament vertreten sind, Anspruch auf eine Förderung. Hierfür wird die Zahl der bei der Europawahl Wahlberechtigten mit 2 Euro multipliziert. Dieser Betrag wird auf die Parteien im Verhältnis der von ihnen erzielten Stimmen verteilt. Dabei hat jede Partei aber nur Anspruch auf höchstens jenen Betrag, den sie für im Gesetz genau festgelegte Arten von Wahlwerbungsausgaben tatsächlich aufgewendet hat“.²⁵⁶

7.2.2 Schweiz

Da die Schweiz kein EU-Mitglied ist, erhält sie keine Förderung vom Europäischen Parlament für ihre politische Tätigkeit.

²⁴⁹ Vgl. Drysch, Thomas (1997/1998): Parteienfinanzierung, Österreich, Schweiz, Bundesrepublik Deutschland, Leske + Budrich, Opladen S. 117

²⁵⁰ Ebd., S. 117

²⁵¹ Vgl. Ebd., S. 117

²⁵² Vgl. Ebd., S. 118

²⁵³ Ebd., S. 118

²⁵⁴ Vgl. Ebd., S. 118

²⁵⁵ Ebd., S.118

²⁵⁶ <https://www.parlament.gv.at/PERK/PK/PP/index.shtml>, 24.09.2017

8. Parteiensysteme , Wahlrechts- und Wahlsysteme

8.1 Wahlrechts- und Wahlsysteme

In diesem Kapitel wird zuerst allgemein das Wahlrecht und Wahlsysteme auf der europäischen Ebene analysiert und dann den Umfang des Wahlrechts Österreichs und der Schweiz untersucht, welcher Unterschied für beide Länder aufscheint. Aus theoretischer Perspektive kann man sagen, dass Staatsgewalt des Volkes über dem der politischen Parteien steht. „In repräsentativen Demokratien geht die Staatsgewalt vom Volk aus...“²⁵⁷ Wahlrecht hat verschiedene wissenschaftliche Definitionen laut Politikwissenschaftler/Innen.

„Wahlen können nach einer Definition Schmitts als „demokratisch“ gelten, wenn alle Bürger in regelmäßigen Abständen das Recht der Beteiligung an Wahlen hätten, wenn sie frei und geheim abstimmen könnten...“²⁵⁸ Nun versuche ich die Wahlen unter „*Repräsentationstheorie*“ zu analysieren.

„...Darüber hinaus gehört es zum Kernbestand liberaler Repräsentationstheorien, dass der Wahlakt nicht nur zur Bestellung der Regierenden führt, sondern auch eine (parlamentarische) Minderheit erzeugt, die - gewissermaßen als Alternativregierung im Wartestand - legitime und wichtige Oppositionsfunktionen wahrnimmt und in einem ständigen, in Parlament und anderen öffentlichen Arenen ausgetragenen Wahlkampf die Regierung immer wieder zur Rechtfertigung und Verbesserung ihrer Politik zwingt...“²⁵⁹

Wenn man von den Demokratietheorien ausgehen kann, könnte man die gleichen demokratischen Aussagen andeuten, dass „*gleich, frei und geheim*“ Wahlen in einer liberalen Demokratie verankert werden müssen.²⁶⁰ jedoch diese Regelungen seien demokratisch unter einer unabhängigen Rechtsprechung möglich. Ansonsten hätten diese Regelungen (gleich, frei und geheim) keine demokratische Bedeutung unter einer autoritären Regierung. Ein demokratisches Parteiensystem wäre möglich mit einem demokratischen Wahlrechtssystem. „...Das Wahlsystem beeinflusst insbesondere auch die Zusammensetzung des zu wählenden Organs, die Struktur des Parteiensystems und die Meinungs- und Willensbildung der

²⁵⁷ Vgl. z.B. das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Artikel 20 Absatz 2. Zitiert nach: Saalfeld, Thomas (2007): Parteien und Wahlen, S.19

²⁵⁸ Siehe ausführlicher Schmitt 2005: 5-9. Zitiert nach: Saalfeld, Thomas (2007): Parteien und Wahlen, S.19

²⁵⁹ Siehe ausführlicher Schmitt 2005: 10. Zitiert nach: Saalfeld, Thomas (2007): Parteien und Wahlen, S.21

²⁶⁰ Vgl. Saalfeld, Thomas (2007): Parteien und Wahlen, S.21

Wähler“.²⁶¹ Außerdem gibt es auch verschiedene Wahlmöglichkeiten der Bürger in der westlichen Demokratie.

8.1.1 Österreich

Wahlrecht, Wahlsystem und Parteiensystem, die mit ihrer Funktion und ihrer Legitimation mit der verfassungsmäßigen Ordnung in der Republik Österreich verankert wurden. „...In der Praxis haben die Parteien jedoch auch vor 1975 stets ihren Platz im Verfassungsleben der Republik Österreich eingenommen...“²⁶² wenn man betrachtet, dass die Parteien bis 1975 rechtlich in der Bundesverfassung in Österreich nicht beschlossen haben.

*„Mit dem Begriff Wahlrecht bezeichnet man einerseits das subjektive öffentliche Recht, Repräsentanten zu wählen, und andererseits die gesetzlichen Grundlagen dieses Rechts, also alle Normen, die die Umsetzung dieses Rechts regeln. Von einem demokratischen Wahlrecht spricht man heute dann, wenn seine Ausübung direkt, allgemein, gleich, persönlich und frei ist“.*²⁶³

In diesem Kapitel wird der Zusammenhang zwischen den Wahlsystemen und der Parteien auf der strukturellen Ebene analysiert. Die ältere Politikwissenschaft hat die Entwicklung der verschiedenen Typen von Parteiensystemen von der Entwicklung des Wahlsystems zur Institutionalisierung gebracht. Der Begriff des relativen Mehrheitswahlsystems wurde von dem französischen Juristen und Politikwissenschaftler Maurice Duverger in die Literatur eingeführt.²⁶⁴

„Der Einfluss der Wahlsysteme auf die Struktur der Parteien muss daher wesentlich differenzierter gesehen werden als in den globalen Alternativen der Diskussion, die Hermens einst entfachte“.²⁶⁵ „Unter Bedingungen des relativen Mehrheitswahlrechts sind Wahlen ein Mittel, um eine Einparteienregierung zu bilden. In Proporzsystemen hingegen sind Wahlen weit mehr ein Ziel für sich als ein bloßes Mittel im Regierungsbildungsprozess“.²⁶⁶

²⁶¹ Drysch, Thomas (1997/1998): Parteienfinanzierung, Österreich, Schweiz, Bundesrepublik Deutschland, Leske + Budrich, Opladen, S. 59

²⁶² Ebd., S. 62

²⁶³ Ucakar, Karl / Stefan Gschiegl (2010): Das politische System Österreichs und die EU. Facultas Verlags- und Buchhandels AG, Wien, S. 80

²⁶⁴ Vgl. Beyme, Klaus von (1984): Parteien in westlichen Demokratien. München, S. 325

²⁶⁵ A. Lijphart/ R.W. Gibberd: Thresholds and Payoffs in List Systems of Proportional Representation. EJPR 1977, S. 219ff.; B. Grofman: A Review of Macro Election Systems. Sozialwiss. Jahrbuch für Politik, 1975, S.303 ff; D. Nohlen: Wahlsysteme der Welt. München, Piper, 1978, S.370; A.M. Castairs: A Short History of Electoral Systems in Western Europe. London, Allen& Unwin, 1980. Zitiert nach: Beyme, Klaus von (1984): Parteien in westlichen Demokratien. München, S. 326

²⁶⁶ R. Rose: Elections and electoral systems: choices and alternatives. In: V. Bogdanor/ D. Butler (Hrsg.): Democracy and Elections. Cambridge UP, 1983 (19-45), S. 34. Zitiert nach: Beyme, Klaus von (1984): Parteien in westlichen Demokratien. München, S. 326-327

Man kann davon ausgehen, dass alle Wahlsysteme mehr oder weniger Verzerrungseffekte auf das Parteiensystem haben. In diesem Zusammenhang gibt es Vorteile und Nachteile der verschiedenen Wahlsysteme, die wiederum mehr oder weniger die Struktur der Parteien beeinflussen.

*„Auch einige Proporzsysteme erreichen keine sehr hohe Wahlbeteiligung. Die Schweiz rangiert trotz ihrer alten demokratischen Tradition besonders weit hinten. Die Referendumsdemokratie hat offenbar zu einer Überlastung der Bürger geführt, die sich in einer geringen Wahlbeteiligung niederschlägt“.*²⁶⁷

„Die Parteien können ihre Mobilisierungsfunktion am besten in den Ländern ausüben, in denen das Parteiensystem hinreichend wettbewerbsorientiert ist (Skandinavien, Österreich, BRD, Neuseeland). Das relative Mehrheitswahlrecht stärkt zwar auch kompetitives Verhalten der Parteien, hat aber zugleich einen Verödungseffekt außerhalb der Hochburgen der beiden großen Parteien. In den USA und in Großbritannien erscheint die Wahl in kleinen Einmann-Wahlkreisen im voraus entscheiden, so dass viele Bürger nicht zur Wahl gehen“.²⁶⁸

Nun untersucht man, wie viele Wahlsysteme es in der Europäischen Union gibt, wie die Mehrheitswahlsysteme, die Verhältniswahlsysteme und Mischwahlsysteme klassifiziert werden und was man unter ihnen versteht.

„Unter Mehrheitswahlsystem versteht man ein Wahlsystem, bei dem in sogenannten Einerwahlkreisen verschiedene Kandidaten antreten und derjenige als gewählt gilt, der eine Mehrheit der Stimmen in diesem Wahlkreis erhalten hat. Ist für die Zurechnung eines Mandats die absolute Mehrheit erforderlich, so spricht man von absoluter Mehrheitswahl, und reicht dem Kandidaten eine relative Mehrheit, so spricht man von relativer Mehrheitswahl. Im Fall der absoluten Mehrheitswahl müssen für jene Wahlkreise, in denen kein Kandidat die absolute Mehrheit erreicht hat, sogenannte Stichwahlen durchgeführt werden.

Das Verhältniswahlsystem strebt an, dass das Verhältnis der für eine Partei abgegebenen Stimmen zur Gesamtstimmenzahl dem Verhältnis der für diese Partei gewählten Abgeordneten zur Gesamtabgeordnetenzahl so gut wie möglich entspricht. Die wahlwerbenden Gruppen, also in der Regel die Parteien, sollen in der parlamentarischen Körperschaft möglichst nach dem Verhältnis ihrer Stimmenanteile vertreten sein. Ein solches Verhältniswahlsystem besteht in Österreich seit der Gründung der Republik und ist in der Bundesverfassung verankert.

²⁶⁷ Beyme, Klaus von (1984): Parteien in westlichen Demokratien. München, S. 329-330

²⁶⁸ Ebd., S. 330

Mischwahlsysteme versuchen die Charakteristika oder Vorteile eines Wahlsystems in ein anderes zu übertragen, etwa ein personalisiertes oder gar „minderheitenfreundliches“ Mehrheitswahlsystem“.²⁶⁹

Das Verhältniswahlsystem bewirkt, dass es bei diesem Wahlsystem viele politische Parteien gibt, wie die in Österreich entstanden sind. Als Vorteil kann genannt werden, dass die Minderheit seine Rechte im Parlament vertreten kann.

„Das österreichische Wahlsystem der Zweiten Republik ist ein *Verhältniswahlrecht* und- seit 1949- ein lose-gebundenes (Partei-) Listenwahlrecht (d.h. mit der Möglichkeit zur Änderung der Kandidatenlisten durch die Wähler). Die Wählerregistrierung erfolgt von Amts wegen, erfordert also keine Aktivitäten der Wahlberechtigten. Eine Wahlpflicht ist bundesgesetzlich nicht vorgeschrieben. Bis 1992 konnte sie aber durch Landesgesetz angeordnet werden und bestand in Tirol und Vorarlberg (seit der Ersten Republik) und in der Steiermark (seit 1949). Seit 1945 sind verschiedene Aspekte des Wahlrechts verändert worden. Dazu gehören die stufenweise Senkung des aktiven und passiven Wahlalters auf nunmehr (seit 1992) 18 bzw. 19 Jahre, die Einführung des amtlichen Stimmzettels im Jahre 1957 und der Ausbau des Wahlkartenwahlrechts. Von besonderer Bedeutung für die Entwicklung des Parteiensystems sind die bei den Nationalratswahlen 1971 bzw. 1994 erstmals wirksam gewordenen Wahlrechtsänderungen 1970 (BGB1. 1970/391) und 1992 (BGB1. 1992/471).

Die Zahl der Nationalratsmandate ist fix (1945-1970: 165, seit 1971: 183). Auf Basis der jeweils letzten Volkszählungsergebnisse werden sie zunächst zur Gänze auf die Landeswahlkreise (Bundesländer) aufgeteilt, wobei alle im Wahlkreis wohnenden oder in der Wählerevidenz registrierten österreichischen Staatsbürger und nicht nur die Anzahl der Wahlberechtigten die Basis der Mandatzuteilung bildet (Bürgerzahlprinzip)“.²⁷⁰

Die Prinzipien des Wahlrechts Österreichs lautet spezifisch in der derzeitigen Fassung der österreichischen Bundesverfassung wie folgt:

„Art. 26. (1) Der Nationalrat wird vom Bundesvolk auf Grund des gleichen, unmittelbaren, persönlichen, freien und geheimen Wahlrechtes der Männer und Frauen, die am Wahltag das 16. Lebensjahr vollendet haben, nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt.

²⁶⁹ Vgl. Nohlen, Dieter (2007): Wahlrecht und Parteiensystem. Opladen. Zitiert nach: Ucakar, Karl /Stefan Gschiegl (2010): Das politische System Österreichs und die EU. Facultas Verlags- und Buchhandels AG, Wien, S. 80-81

²⁷⁰ Dachs, Herbert- Peter Gerlich- Herbert Gottweis- Helmut Kramer- Volkmar Lauber- Wolfgang C. Müller- Emmerich Tálos (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien, S. 282-283

(2) Das Bundesgebiet wird in räumlich geschlossene Wahlkreise geteilt, deren Grenzen die Landesgrenzen nicht schneiden dürfen; diese Wahlkreise sind in räumlich geschlossene Regionalwahlkreise zu untergliedern.

(...)

(3) Der Wahltag muss ein Sonntag oder ein anderer öffentlicher Ruhetag sein. (...)

(4) Wählbar sind die zum Nationalrat Wahlberechtigten, die am Stichtag die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen und am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben.

(5) Die Ausschließung vom Wahlrecht und von der Wählbarkeit kann nur die Folge einer gerichtlichen Verurteilung sein.

(6) Wahlberechtigte, die voraussichtlich am Wahltag verhindert sein werden, ihre Stimme vor der Wahlbehörde abzugeben, etwa wegen Ortsabwesenheit, aus gesundheitlichen Gründen oder wegen Aufenthalts im Ausland, können ihr Wahlrecht auf Antrag unter Angabe des Grundes durch Briefwahl ausüben. Die Identität des Antragstellers ist glaubhaft zu machen. Der Wahlberechtigte hat durch Unterschrift an Eides statt zu erklären, dass die Stimmabgabe persönlich und geheim erfolgt ist (B-VG BGB1. I/1930, zuletzt geändert durch BGB1. I 27/2007)²⁷¹.

Betrachtet man die durchschnittliche bzw. überdurchschnittliche Wahlbeteiligung bei nationalen Wahlgängen in Österreich, fällt auf, dass sie relativ hoch ist. Sie „...liegt in Österreich zwischen 1970-86 bei 92,1 Prozent“²⁷².

Gesamtergebnis

Wahlberechtigte	6.384.308
Wahlbeteiligung	74,91%
abgegebene Stimmen	4.782.410
ungültige Stimmen	89.503
gültige Stimmen	4.692.907

²⁷³

Schließlich sollte etwas zum Wahlrecht gesagt werden, nämlich, dass Österreich sein Allgemeines Wahlrecht für Männer im Jahr 1907 und Allgemeines Wahlrecht für Männer und Frauen im Jahr 1918 eingeführt hat.²⁷⁴ Man kann davon ausgehen, dass Frauen das Wahlrecht in Österreich viel früher als in vielen westlichen Länder gehabt haben. Insofern hat Österreich die Demokratiequalität sehr schnell entwickelt.

²⁷¹ Vgl. Nohlen, Dieter (2007): Wahlrecht und Parteiensystem. Opladen S. 85-86 Zitiert nach: Ucakar, Karl /Stefan Gschiegl (2010): Das politische System Österreichs und die EU. Facultas Verlags- und Buchhandels AG, Wien, S. 80-81

²⁷² Pelinka, Anton /Fritz Plasser (Hg.) (1988): Das österreichische Parteiensystem, S.22

²⁷³ http://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_2013/start.aspx#pk_01, 06.09.2017

²⁷⁴ Vgl. Saalfeld, Thomas (2007): Parteien und Wahlen, S.23-24

8.1.2 Schweiz

Der Nationalrat wird prinzipiell nach dem Grundsatz des Verhältniswahlrechts in der Schweiz gewählt. Verhältniswahlrecht wurde erst im Jahr 1918 in die Bundesverfassung der Schweiz aufgenommen.²⁷⁵ „Art. 73 Abs. 1 Satz 2 der schweizerischen Bundesverfassung sieht vor, dass die 200 Mandate der Volksvertretung auf die verschiedenen Parteien im Verhältnis der Stimmen verteilt werden...“²⁷⁶ Jedoch gibt es eine Einschränkung unter dem Grundsatz des Verhältniswahlrechts²⁷⁷, „...dass die Mandate auf die Kantone und Halbkantone im Verhältnis ihrer Wohnbevölkerung verteilt werden und jeder Kanton oder Halbkanton einen Wahlkreis bildet“.²⁷⁸

„Der Nationalrat zählt 200 Mitglieder. Er vertritt das Schweizervolk. Die 200 Sitze werden nach der Bevölkerungszahl (Gesamtzahl der Einwohnerinnen und Einwohner = Wohnbevölkerung) auf die 26 Kantone verteilt. Jeder Kanton hat aber wenigstens einen Sitz“.²⁷⁹

„ANZAHL RATSMITGLIEDER PRO FRAKTION IM NATIONALRAT (STICHTAG: 01.01.2017)“²⁸⁰ (in der Schweiz).

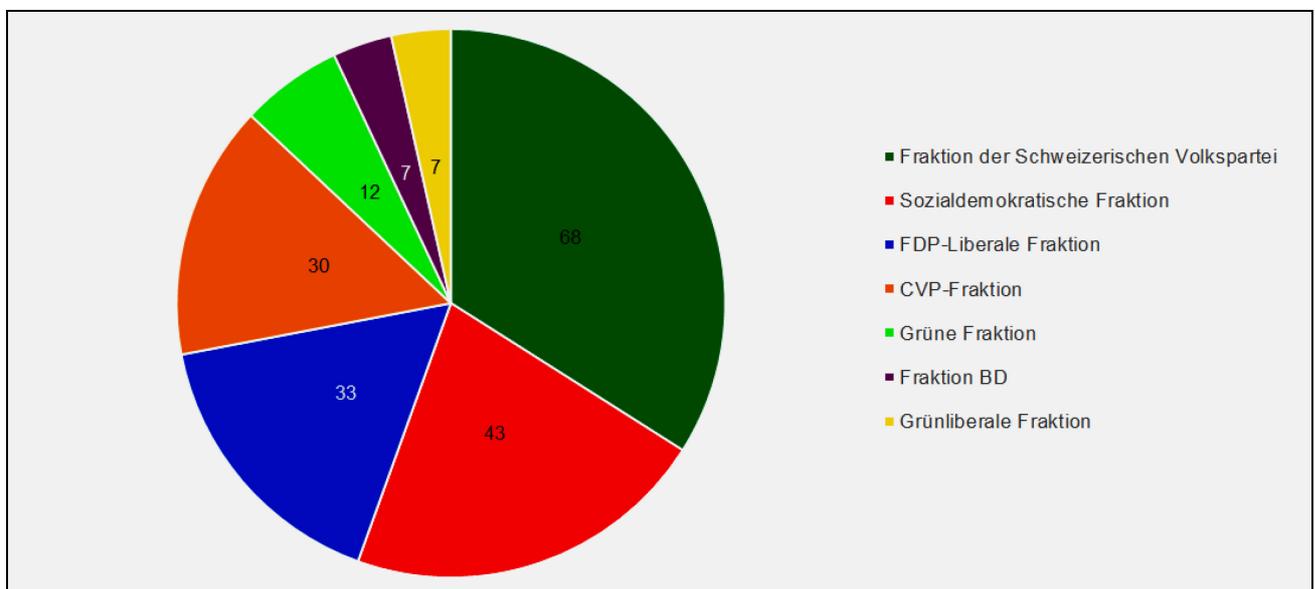


Abbildung 1²⁸¹

²⁷⁵ Vgl. Drysch, Thomas (1997/1998): Parteienfinanzierung, Österreich, Schweiz, Bundesrepublik Deutschland, Leske + Budrich, Opladen, S. 60

²⁷⁶ Ebd., S. 60

²⁷⁷ Vgl. Ebd., S. 60

²⁷⁸ Ebd., S. 60

²⁷⁹ <https://www.parlament.ch/de/organe/nationalrat>, 16.09.2017

²⁸⁰ <https://www.parlament.ch/de/organe/fraktionen>, 21.09.2017

„...Der Proporz wirkt sich dann nur innerhalb der einzelnen Wahlkreise und nicht bundesweit aus...“.²⁸² So funktioniert das Proporzsystem unter dem Verhältniswahlssystem in der Schweiz. Allerdings gibt es auch eine andere detaillierte Anwendung in den fünf Kantonen: Dass in ihnen nur ein Mitglied in den Nationalrat gewählt wird, gilt in diesem Fall im Mehrheitswahlssystem.²⁸³ Da die Schweiz das Verhältniswahlssystem hat, gibt es viele politische Parteien im politischen System der Schweiz. „...Mehr als zehn, auch kleinere Parteien, sind im Nationalrat vertreten. Davon bilden die vier größten Parteien die Regierung...“²⁸⁴

„Bei den Nationalratswahlen sind sämtliche 200 Mitglieder für die nächsten vier Jahre zu wählen. Die Wahlen erfolgen seit 1919 nach dem Proporzsystem. Die Gesamterneuerungswahlen des Nationalrates finden alle 4 Jahre, jeweils am zweitletzten Sonntag im Oktober, statt. Die Mitglieder werden für 4 Jahre – das entspricht einer Legislatur – gewählt. Eine Wiederwahl ist möglich“.²⁸⁵

„FRAKTIONEN DER 50. LEGISLATURPERIODE 2015 – 2019“²⁸⁶ (in der Schweiz)

FRAKTION		PRÄSIDENT/IN	ZUSAMMENSETZUNG / PARTEI	TOTAL	NR	SR
FRAKTION DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI	V	Adrian Amstutz	70 SVP, 2 Lega, 1 MCR, 1 parteilos	74	68	6
SOZIALDEMOKRATISCHE FRAKTION	S	Roger Nordmann	55 SP	55	43	12
FDP-LIBERALE FRAKTION	RL	Ignazio Cassis	46 FDP.Die Liberalen	46	33	13
CVP-FRAKTION	C	Filippo Lombardi	40 CVP, 2 EVP, 1 CSP Obwalden	43	30	13
GRÜNE FRAKTION	G	Balthasar Glättli	12 GPS, 1 PdA	13	12	1
BDP FRAKTION	BD	Rosmarie Quadranti	8 BDP	8	7	1
GRÜNLIBERALE FRAKTION	GL	Tiana Angelina Moser	7GLP	7	7	0

287

²⁸¹ <https://www.parlament.ch/de/organe/fraktionen>, 21.09.2017

²⁸² Drysch, Thomas (1997/1998): Parteienfinanzierung, Österreich, Schweiz, Bundesrepublik Deutschland, Leske + Budrich, Opladen, S. 60

²⁸³ Ebd., S. 60-61

²⁸⁴ Ebd., S. 39

²⁸⁵ <https://www.parlament.ch/de/über-das-parlament/archiv/wahlen-im-rueckblick/nationalratswahlen/wahlen-2015>, 16.09.2017

²⁸⁶ <https://www.parlament.ch/de/organe/fraktionen>, 21.09.2017

²⁸⁷ <https://www.parlament.ch/de/organe/fraktionen>, 21.09.2017

Obwohl es viele verschiedene offizielle Versuche gab, um die Finanzierung und Stellung der Parteien in der Bundesverfassung der Schweiz zu verankern, wurden diese Versuche erstens von dem „Abgeordnete[n] Schürmann im Jahr 1968“²⁸⁸ und dann letztes mal von *Erich Grüner* gestartet, doch beide Anläufe blieben erfolglos. Unter diesen Bedingungen kann kurz das politische System der Schweiz so analysiert werden, dass die Stellung der Parteien und ihre Funktion in der Verfassungswirklichkeit manifestiert wurde um damit ausdrücklich festgeschrieben wurde. In diesem Fall kann man zum Vergleich zwischen Österreich und der Schweiz Folgendes sagen; „Während die Parteien in der Schweiz in der Verfassung nur am Rande erwähnt werden, sind die Parteien (...) in Österreich in der Verfassung fest verankert...“²⁸⁹ Das wurde mit dem Parteiengesetz im Jahr 1975 in Österreich durchgesetzt. Wenn man die Daten auch für das Wahlrecht unter der Forschung „Die Demokratisierung des Wahlrechts in 22 OECD-Ländern“ für die Schweiz aufführt, zeigt sich: Obwohl die Frauen das Wahlrecht im Jahr 1918 in Österreich erhalten haben, haben die Frauen der Schweiz es im Jahr 1971 bekommen. Trotzdem hat aber die Schweiz erst (im Jahr 1848) viel früher das Wahlrecht für Männer als Österreich gehabt.²⁹⁰ „Frankreich und die Schweiz waren die ersten Länder, die 1848 das allgemeine Männerwahlrecht erstmals einführten.“²⁹¹

„Im internationalen Vergleich wurde die politische Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau in der Schweiz spät eingeführt: Erst in einer Abstimmung am 7. Februar 1971 hießen die stimmberechtigten Männer (66 Prozent Ja-Stimmen) und eine große Mehrheit der Kantone das Frauenstimmrecht auf eidgenössischer Ebene gut.“²⁹²

8.2 Wahlkampfkosten der Parteien

8.2.1 Österreich

Nun versuchen wir zu untersuchen, wie viel Geld die Parteien für die Nationalratswahl 2017 in Österreich vom Staat bekommen und ausgegeben haben.

²⁸⁸ Drysch, Thomas (1997/1998): Parteienfinanzierung, Österreich, Schweiz, Bundesrepublik Deutschland, Leske + Budrich, Opladen, S. 64

²⁸⁹ Ebd., S. 69

²⁹⁰ Vgl. Saalfeld, Thomas (2007): Parteien und Wahlen, S.24

²⁹¹ Ebd., S.23

²⁹² <http://derstandard.at/1296696525469/Schweiz-Erst-seit-40-Jahren-duerfen-Frauen-waehlen>, 12.10.2017

„Bei der Nationalratswahl am 15. Oktober bewerben sich so viele Kandidaten wie nie zuvor: 16 Parteien treten an, sechs davon allerdings nur in einzelnen Bundesländern. Österreichweit werden laut Innenministerium zehn Bewerber auf den Stimmzetteln stehen“.²⁹³

8.2.1.1 Fallstudie: Die Nationalratswahl 2017

Da die Nationalratswahl 2017 in Österreichs für meine Masterarbeit die aktuellste ist, wird diese Wahl im Fallbeispiel analysiert.

„ÖVP, SPÖ und FPÖ bekommen das meiste Geld
Bundes- und Landesebene zusammengerechnet, fließt am meisten Geld an ÖVP und SPÖ: Erstere kann mit 57,4 Millionen Euro rechnen, Letztere mit 55,2 Mio. Euro. Die FPÖ ist den Koalitionsparteien mit 43,6 Mio. Euro allerdings bereits dicht auf den Fersen. Die Grünen erhalten im Summe 25,2 Mio. Euro, das Team Stronach 8,8 Mio. Euro und die Neos 8,3 Mio. Euro. Nicht berücksichtigt sind hier die zusätzlichen Gemeindemittel in Oberösterreich und der Steiermark sowie Gelder für Kleinparteien in den Bundesländern.“²⁹⁴

In den österreichischen Printmedien bemerkt man, dass die Parteien für die Nationalratswahl 2017 ca. 209 Millionen als staatliche Finanzierung bekommen haben. Neben dieser Förderung wurden die Parteien auch von privaten Spendern unterstützt. Jedoch man darf nicht wissen, wie viel Geld die Parteien als Kleinspenden für die Nationalratswahl 2017 bekommen haben. Diese Daten werden von den Parteien nicht bekannt gegeben. „Die SPÖ selbst sammelt über die Webseite von Parteichef Christian Kern Spenden. Auf der Webseite werden Kurzprofile von Unterstützer/Innen veröffentlicht, es gibt bislang aber keine freiwillige Offenlegung der erhaltenen Spenden“.²⁹⁵ Laut Rechnungshof Österreichs (RH) (Parteiengesetz 2012 – PartG) ist bekannt, dass die Parteien im Jahr 2017 ca. 1.2 Millionen als Großspenden für den Wahlkampf 2017 erhielten.²⁹⁶

„Wien – Die Parteien können im Jahr 2017 mit rund 209 Millionen Euro staatlicher Förderung rechnen. Das hat eine Rundfrage der APA bei Ländern, Parlament und Bundesregierung ergeben. Damit unterstützt der Steuerzahler Parteien, Klubs und politische Akademien mit 32,6 Euro pro Stimmbürger. Gegenüber 2016 steigen die Fördergelder um zwei Millionen Euro an.“²⁹⁷

²⁹³ https://diepresse.com/home/innenpolitik/5270724/Nationalratswahl_Diese-16-Parteien-bewerben-sich, 24.11.2017

²⁹⁴ <http://derstandard.at/2000050160791/Parteien-erhalten-2017-rund-209-Millionen-Euro>, 15.11.2017

²⁹⁵ <https://www.parteispenden.at/partei/spoe/>, 24.11.2017

²⁹⁶ Vgl. <http://www.rechnungshof.gv.at/sonderaufgaben/parteiengesetz/parteispenden.html>, 24.11.2017

²⁹⁷ <http://derstandard.at/2000050160791/Parteien-erhalten-2017-rund-209-Millionen-Euro>, 15.11.2017

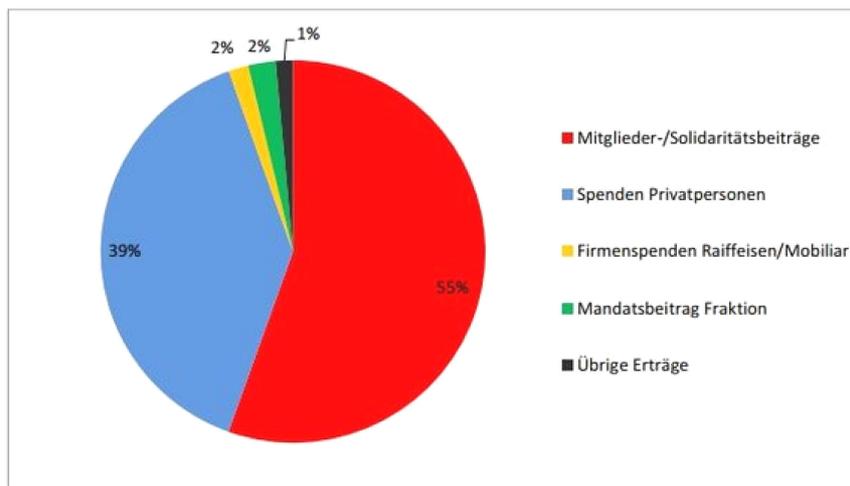
8.2.2 Schweiz

„Die Schweiz ist neben Schweden das einzige europäische Land, das keine Regulierung der Politikfinanzierung kennt“. ²⁹⁸ Keine staatliche Parteienfinanzierung wird oft auf verschiedenen Ebenen im Kontext der Korruption und der Transparenz in der Schweiz diskutiert.

„Die Schweiz hat im Gegensatz zu den meisten europäischen Ländern keine gesetzliche Regelung der Parteienfinanzierung. Deshalb wird den Parteien immer wieder mangelnde Transparenz vorgeworfen und vor Korruptionsgefahr gewarnt“. ²⁹⁹

8.2.2.1 Fallstudie: Die Nationalratswahl 2015

Herkunft der Mittel der SP Schweiz



Wie wir bei dieser Abbildung gesehen haben, bekommt die Partei (SP) keine Förderung vom Staat. Es geht hier nur um die private Unterstützung bei der Nationalratswahl 2015 in der Schweiz.

Abbildung 2 ³⁰⁰

Wenn die schweizerischen Parteien keine staatliche Förderung erhalten, muss gefragt werden, ob das Geld alleine die Politik in der Schweiz regiert oder nicht? In diesem Fall ziehen wir die Meinung des schweizerischen Politikwissenschaftler Hanspeter Kriesi in seinen Forschungen heran.

„Unbeantwortet aber bleibt in diesem Zahlenreigen die Frage: Ist Politik käuflich? Nein, glaubt der Politikwissenschaftler Hanspeter Kriesi. Er analysierte die Kampagnenkosten der Abstimmungen zwischen 1981 und 2006. Sein Fazit: »Es erscheint ziemlich übertrieben zu behaupten, dass man Abstimmungserfolg kaufen könnte«. ³⁰¹

²⁹⁸ <http://www.zeit.de/2011/41/CH-Parteienfinanzen/seite-2>, 24.11.2017

²⁹⁹ <https://www.vimentis.ch/d/publikation/463/Die+Parteienfinanzierung+in+der+Schweiz.html>, 24.11.2017

³⁰⁰ <https://www.watson.ch/Schweiz/Wahlen%202015/851099420-Riesige-Summen--null-Transparenz---wie-das-Geld-den-Schweizer-Wahlkampf-regiert>, 24.11.2017

³⁰¹ <http://www.zeit.de/2011/41/CH-Parteienfinanzen>, 24.11.2017

9. Transparenz und Korruption

9.1 Europarat (GRECO)

An dieser Stelle möchte ich noch einmal auf GRECO näher eingehen. Wann entstand die GRECO als Organisation und womit beschäftigt sich die Organisation in den jeweiligen europäischen Ländern. Welche Interessen verfolgt sie unter anderem:

“**The Group of States against Corruption (GRECO)** was established in 1999 by the Council of Europe to monitor States’ compliance with the organisation’s anti-corruption standards. GRECO’s **objective** is to improve the capacity of its members to fight corruption by monitoring their compliance with Council of Europe anti-corruption standards through a dynamic process of mutual evaluation and peer pressure. It helps to identify deficiencies in national anti-corruption policies, prompting the necessary legislative, institutional and practical reforms. GRECO also provides a platform for the sharing of best practice in the prevention and detection of corruption”.³⁰²

9.1.1 Österreich

Beitritt von Österreich zu GRECO.

„Österreich trat GRECO am 1. Dezember 2006 bei, d.h. nach Abschluss der ersten Evaluierungsrunde. Daher wurde Österreich einem gemeinsamen Evaluierungsverfahren mit den Themen der ersten und zweiten Evaluierungsrunde unterzogen. Der entsprechende Evaluierungsbericht über die gemeinsame erste und zweite Evaluierungsrunde (Greco Eval I/II Rep (2007) 2E) betreffend Österreich wurde in der 38. Vollversammlung (13.Juni 2008) angenommen und kann auf der GRECO-Website (<http://www.coe.int/greco>) eingesehen werden“.³⁰³

9.1.2 Schweiz

Die Schweiz ist auch ein Mitglied von GRECO. „Die Schweiz ist dem Teilabkommen über die Einrichtung der GRECO am 1. Juli 2006, d.h. nach Abschluss der Ersten Evaluationsrunde, beigetreten“³⁰⁴. Es ist ein Vorteil in Bezug auf die politische Korruption und auch der Transparenz auf der gleichen Ebene (Laut GRECO) um sowohl Österreich als

³⁰² <http://www.coe.int/en/web/greco/about-greco/what-is-greco>, 27.08.2017

³⁰³ <http://archiv.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=46238>, 27.08.2017

³⁰⁴ <https://www.bj.admin.ch/dam/data/bj/sicherheit/kriminalitaet/korruption/grecoberichte/ber-i-ii-2007-1f-d.pdf>, 24.11.2017

auch die Schweiz zu vergleichen. Da die Parteien nur von den Spenden in der Schweiz leben, haben wir eine Schwierigkeit die politische Korruption zu analysieren.

„In den letzten zwanzig Jahren hat das allgemeine Bewusstsein zugenommen, dass die Korruption Staat, Gesellschaft und Wirtschaft schwer schädigt und deshalb umfassend [in der Schweiz] bekämpft werden muss“,³⁰⁵ da es immer schwierig ist, auf der Ebene der privaten Finanzen zu kontrollieren.

„Betreffend die Transparenz der Parteienfinanzierung bedauert die GRECO, dass die Schweizer Behörden an ihrer Haltung, im Bereich der Transparenz der Finanzierung der politischen Parteien und der Wahlkampagnen nicht gesetzgeberisch tätig zu werden, festhalten“.³⁰⁶

9.2 Transparenz

9.2.1 Österreich

Das Bankensystem hat in der heutigen Zeit vieles vereinfacht. Wir geben Geld meistens über die Bankomat- oder Kreditkarte aus. Das heißt, die Ausgaben und Einnahmequellen sind festgehalten. Spenden werden an Parteien über Banken überwiesen. Das war früher nicht so einfach zu durchschauen. Mit den Banküberweisungen kann man die Transparenz der Parteien und auch die Spenden kontrollieren. Hierfür bedarf es aber eines neuen Gesetzes, da die aktuelle Gesetzeslage es den Banken nicht erlaubt, diese sensiblen Daten weiterzugeben. Für Transparenz der Parteien sollte die Art und Weise der politischen Verhältnisse mit Firmen speziell vor Wahlen veröffentlicht bzw. erhellt werden.

„Im Rahmen des „Transparenzpakets“ wurde im Jahr 2012 auch das Parteiengesetz 2012 beschlossen. Auf die Parteien kommen damit neue Offenlegungspflichten im Sinne verstärkter Transparenz zu. Dem Rechnungshof wurden mit dem Parteiengesetz zahlreiche zusätzliche Aufgaben übertragen.“³⁰⁷

Mit diesem Gesetz wurde die Transparenz der Parteifinanzierung bei großen Spenden über 50.000 Euro verankert. Damit man weiß, wie viel Geld an die Parteien gespendet wird.

³⁰⁵ <https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/aussenpolitik/finanzplatz-und-wirtschaft/korruption.html>, 24.11.2017

³⁰⁶ <https://www.bj.admin.ch/dam/data/bj/sicherheit/kriminalitaet/korruption/grecoberichte/ber-iii-2017-10-d.pdf>, 24.11.2017

³⁰⁷ <http://www.rechnungshof.gv.at/sonderaufgaben/parteiengesetz.html>, 24.10.2017

„...unter dem Gesichtspunkt der Schaffung von mehr Kontrolle zur Eindämmung möglicher Korruption – Pelinka folgerichtig „1. Offenlegung der Eigentumsverhältnisse aller Firmen, an denen Parteien, einschließlich ihrer Teil- und Vorfeldorganisationen, beteiligt sind. 2. Verbot der Vergabe öffentlicher Mittel an Betriebe, *die direkt oder indirekt*, vollständig oder teilweise im Eigentum einer Partei, beziehungsweise einer ihrer Teil- oder Vorfeldorganisationen stehen““.³⁰⁸

Betrachten wir nun folgende Grundprinzipien der SPÖ betreffend der Wahlkampffinanzierung bei den Nationalratswahlen in Österreich (diese haben am 15. Oktober 2017 stattgefunden). Die Partei versucht im Bereich privater Unterstützungen Transparenz zu wahren und eine potentielle Abhängigkeit von Großspendern und deren politischen Erwartungen zu vermeiden.

„...Christian Kern hat klargestellt; (...) „Ich möchte deutlich festhalten, dass wir keine Großspenden annehmen werden. Wir haben uns entschlossen, hier eine Grenze von 20.000 Euro einzuziehen. Denn ich bin überzeugt, dass es bei größeren Spenden ja natürlich darum geht, dass man sich im Gegenzug Gefälligkeiten erwartet“, betonte Kern. (...) .Diese wurden aber mit Rücksicht auf die politische Unabhängigkeit abgelehnt. Denn die SPÖ fühlt sich ausschließlich den Wählerinnen und Wählern verpflichtet und will sich in keine Abhängigkeiten begeben“.³⁰⁹

9.2.2 Schweiz

Nun untersuchen wir die Berichte („Verabschiedet durch die GRECO an ihrer 68. Vollversammlung“³¹⁰) des Transparenzstandes der Schweiz bei der Parteienfinanzierung laut Greco („Verabschiedung: 19. Juni 2015/ Veröffentlichung: 17. August 2015“)³¹¹, was Greco in Bezug auf der Parteienfinanzierung für die Schweiz berichtet hat.

„Die Schweiz, die sich selber als Musterland der Demokratie versteht, muss sich erneut Kritik an ihrem demokratiepolitischen Regelwerk anhören. Die Staatengruppe gegen die Korruption (Greco), ein Gremium des Europarats, prangert in einem neuen Bericht *die Intransparenz* bei der Parteienfinanzierung an. Der Bericht analysiert daneben auch die Gesetzesbestimmungen

³⁰⁸ Pelinka, Anton (1981): Parteienfinanzierung und Korruption, in: Christian Brünner (Hg.), Korruption und Kontrolle, Wien S. 276 Zitiert nach: Pelinka, Anton /Fritz Plasser (Hg.) (1988): Das österreichische Parteiensystem, Böhlau Verlag Wien, Köln, Graz, S.500

³⁰⁹ <https://spoe.at/story/wahlkampffinanzierung-klar-regeln>, 20.08.2017

³¹⁰ <https://www.bj.admin.ch/dam/data/bj/sicherheit/kriminalitaet/korruption/grecoberichte/ber-iii-2015-6f-d.pdf>, 24.11.2017

³¹¹ <https://www.bj.admin.ch/dam/data/bj/sicherheit/kriminalitaet/korruption/grecoberichte/ber-iii-2015-6f-d.pdf>, 24.11.2017

zur Privatkorruption (vgl. Zusatzartikel) und erteilt der Schweiz die Note «*gesamthaft ungenügend*». Seit dem letzten Bericht habe sie «nur wenige nennenswerte Fortschritte gemacht», hält die Greco fest³¹².

Es gibt die Greco-Empfehlungen („Verabschiedet durch die GRECO an ihrer 76. Vollversammlung“)³¹³ zur Parteienfinanzierung für die Schweiz, die folgendermaßen aussehen:

„(i) für die politischen Parteien und die Kandidatinnen und Kandidaten für Wahlen die generelle Verpflichtung einzuführen, alle erhaltenen Spenden (einschliesslich der Sachspenden), die einen bestimmten Betrag übersteigen, zu melden und die Identität der Spenderinnen und Spender anzugeben; (ii) ein generelles Verbot von Spenden einzuführen, die von Personen oder Institutionen stammen, welche ihre Identität gegenüber der politischen Partei oder der kandidierenden Person nicht preisgeben; und (iii) die Kantone, in denen bislang keine solchen Massnahmen realisiert wurden, zur Einleitung der entsprechenden Schritte einzuladen (Empfehlung ii);“³¹⁴

9.3 Korruption

Wenn man den Begriff der Korruption auf der politischen Ebene verstehen will, so findet man eine Definition von Sickinger: „Korruption ist ein sehr unscharfes Phänomen. Am weitesten verbreitet ist die Definition als *Missbrauch eines öffentlichen Amtes zu privaten Zwecken*“.³¹⁵ Obwohl die PolitikwissenschaftlerInnen stets bemüht sind, Standards für die Parteienfinanzierung zu entwickeln, gibt es die stete Gefahr, diese Regelungen von der Bestechungen loszulösen, sodass der Begriff „...mit dem Schlagwort „Korruption“...“³¹⁶ bezeichnet wird. Was für eine Gefahr bringt die Korruption mit sich? „Korruption stellt eine ernsthafte Gefahr für Rechtsstaat, Demokratie, Menschenrechte, Gleichheit und sozialen Frieden dar.“³¹⁷ Daher kann man sagen, dass die Korruption viele verschiedene Benachteiligungen für das moderne politische System mit sich bringt. „...Sie erschwert

³¹² <https://www.nzz.ch/schweiz/note-ungenuegend-fuer-die-schweiz-1.18597519>, 24.11.2017

³¹³ <https://www.bj.admin.ch/dam/data/bj/sicherheit/kriminalitaet/korruption/grecoberichte/ber-iii-2017-10-d.pdf>, 24.11.2017

³¹⁴ <https://www.bj.admin.ch/dam/data/bj/sicherheit/kriminalitaet/korruption/grecoberichte/ber-iii-2017-10-d.pdf>, 24.11.2017

³¹⁵ Dachs, Herbert- Peter Gerlich- Herbert Gottweis- Helmut Kramer- Volkmar Lauber- Wolfgang C. Müller- Emmerich Tólos (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien S. 561

³¹⁶ Lenzhofer, Stephan (2010): Die Parteienfinanzierung in Österreich. S.27

³¹⁷ Moser, in Korruption 99. Zitiert nach: Lenzhofer, Stephan (2010): Die Parteienfinanzierung in Österreich. S.28

wirtschaftliche Entwicklung, gefährdet die Stabilität demokratischer Institutionen und untergräbt die moralischen Grundlagen der Gesellschaft...“³¹⁸

„Bei *politischer* Korruption bezieht sich die Betrachtung auf das Verhalten politischer Amtsträger und auf politische Institutionen wie Parteien und Verbände, wobei der zugrunde gelegte Bewertungsmaßstab starke Auswirkungen auf die schlussendliche Diagnose hat“.³¹⁹ Es gibt noch eine weitere klarere Definition der Korruption, inwiefern Korruption einem modernen demokratischen System schadet.

“Normwidriges Funktionärsverhalten erscheine vor allem dann als korrupt wenn es:

- a) privaten Zwecken dient und
- b) im Rahmen einer Transaktion [...] erfolgt, dabei
- c) geheim bleibt und schließlich
- d) der Gemeinschaft schadet.“³²⁰

9.3.1 Österreich

Der AKH-Skandal um das Bauunternehmen, welches für den Bau zuständig war, ist ein bekannter Fall von politischer Korruption, welcher in den 1970 er Jahren in Österreich stattgefunden hat. Natürlich bestehen verschiedene Versionen dazu. Jedoch betrachtet man diesen Vorfall im Kontext der verschiedenen beteiligten Unternehmen und deren politischen Erwartungen.

„...So sind die beiden AKH-Firmen Siemens und ITT nicht nur Mitglieder der Industriellenvereinigung, sondern stellten zum Zeitpunkt der Aufdeckung der AKH-Unregelmäßigkeiten sowohl den Präsidenten als auch den Vizepräsidenten der Industriellenvereinigung. Und zahlten natürlich saftige Mitgliedsbeiträge...Fest steht jedenfalls, dass die Spendengelder an die ÖVP völlig widmungsfremd gegeben wurden...“³²¹

Da der AKH-Skandal oft in der Literatur über Parteienfinanzierung genannt wird, soll dieser hier kurz erwähnt werden. Dieser Skandal ist vielleicht die einzige Korruption im politischen System Österreichs nach der zweiten Republik. „Österreich schneidet im internationalen Vergleich in Hinblick auf Korruption sehr gut ab und gilt als wenig korruptionsanfällig...“³²²

³¹⁸ So der fünfte Erwägungsgrund der Empfehlung 4 (2003) des Ministerkomitees des Europarats. Zitiert nach: Lenzhofer, Stephan (2010): Die Parteienfinanzierung in Österreich. S.28

³¹⁹ Dachs, Herbert- Peter Gerlich- Herbert Gottweis- Helmut Kramer- Volkmar Lauber- Wolfgang C. Müller- Emmerich Tólos (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien S. 561

³²⁰ Gerlich, 1981, 168 Zitiert nach: Hermann, Stefanie (2015): Die österreichische Parteien- und Wahlkampffinanzierung im Kontext internationaler Antikorruptionsregime, Wien S. 16

³²¹ Konecny, Albrecht Karl (1981): Schwarzes Geld für schwarze Kassen, Wien, S. 8

³²² Vgl dazu den von Transparency International veröffentlichten Corruption Perceptions Index 2008, in dem Österreich von 180 untersuchten Staaten den 12. Platz belegt. Der Corruption Perception Index 2008 ist im Internet unter http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2008 (Stand 1.8.2009) abrufbar.

Politische Korruption kann und darf in einem wahren Rechtsstaat überhaupt nicht existieren. „Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung können nur in einem funktionierenden Rechtsstaat gelingen“.³²³ Aus dieser Sicht kann man ableiten, dass, je stärker ein Rechtsstaat ist, desto weniger *politische Korruption* in ihm stattfinden kann. Österreich versucht der Korruption über das Ministerium für Inneres Herr zu werden. Somit wurde der Unart der Korruption ein Riegel vorgeschoben. „Mit 1. Jänner 2010 wird schließlich das im Innenministerium angesiedelte Bundesamt zur Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung seine Tätigkeit aufnehmen.“³²⁴ Die Lösungsvorschläge des Bundesinnenministeriums zur Beseitigung der Korruption sehen wie folgt aus:

„Korruption ist in einem umfassenden Ansatz durch Edukation, Prävention und Repression vorzubeugen und zu bekämpfen. Dazu sind neben der Nutzung der gesetzlichen Vorschriften und Befugnisse auch die Kooperationsfähigkeit auf nationaler und internationaler Ebene notwendig.“³²⁵

9.3.2 Schweiz

Greco – der die Korruptionstatbestände in der Schweiz analysiert hat – erwähnt folgende Gesetze, mit denen die Eidgenossen die Korruption bekämpfen wollen.

„Im Bereich der Korruptionstatbestände ist das schweizerische Strafrecht weit entwickelt. (...) Die Botschaft enthält detaillierte Erläuterungen zur Auslegung der Gesetzesbestimmungen, die sich auf die Bestechung beziehen, und dient den Rechtspraktikern in der Schweiz als Leitdokument. In der Art und Weise, wie die Artikel 322ter bis 322septies StGB und Artikel 4 UWG, der sich auf die Privatbestechung bezieht, gestützt auf die Botschaft des Bundesrates durch die Rechtsprechung ausgelegt werden, entsprechen sie somit den Anforderungen des Übereinkommens und des Zusatzprotokolls. (...) Die Zahl der Verurteilungen wegen Bestechung bleibt jedoch stabil und im Vergleich zur Zahl der eingeleiteten Untersuchungen tief: So wurden zwischen 1999 und 2009 im Durchschnitt fünfzehn Verurteilungen pro Jahr ausgesprochen, die fast ausschließlich die Bestechung inländischer Amtsträger betrafen. Nach Auskunft der Schweizer Behörden liefen am 31. Januar 2011 37 Strafuntersuchungen, davon 23 wegen aktiver Bestechung eines Amtsträgers im engeren Sinn (siehe Ziffer 27)“.³²⁶

Vgl. auch *Sickinger*, in Handbuch 563 ff. Zitiert nach: Lenzhofer, Stephan (2010): Die Parteienfinanzierung in Österreich. S.33

³²³ http://www.bmi.gv.at/501/files/Teilstrategie_Innere_Sicherheit_V20150324_web.pdf, 08.10.2017

³²⁴ Das „Bundesgesetz, mit dem das Sicherheitspolizeigesetz geändert und ein Bundesgesetz über die Einrichtung und Organisation des Bundesamts zur Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung erlassen wird“, wurde zum Zeitpunkt der Fertigstellung des Manuskripts am 31.7.2009 zwar noch nicht im BGBl kundgemacht, hat aber bereits den Nationalrat und den Bundesrat passiert. Zitiert nach: Lenzhofer, Stephan (2010): Die Parteienfinanzierung in Österreich. S.33

³²⁵ http://www.bmi.gv.at/501/files/Teilstrategie_Innere_Sicherheit_V20150324_web.pdf, 08.10.2017

³²⁶ <https://www.ejpd.admin.ch/dam/data/bj/sicherheit/kriminalitaet/korruption/grecoberichte/ber-iii-2011-4f-thema1-d.pdf>, 15.11.2017

10. Kritisches Denken

Wie wir schon wissen, ist das allgemeine Wissen seit der Renaissance aus den Freiheitsräumen Europas entstanden, die dem Begriff der Freiheit des Menschen eine wesentliche Bedeutung zuschreibt. Jedoch hat die kollektive politische Organisation den Individualismus mehr oder weniger beschränkt. Daher beschreibt man die Kritik weniger am Individualismus und mehr an Kollektivität bei der politischen Entscheidung in der Gesellschaft .

10.1 Kritisches Denken bei der Parteienfinanzierung

Bis Dato wurde immer untersucht, wie die politischen Parteien besser finanziert werden sollen. Man kann auch sagen, je mehr die Parteien finanziert werden, desto mehr würden sie ausgeben. Die Parteiausgaben sind von Wahl zu Wahl am stärksten gestiegen.³²⁷ Wenn man die Fragen nahe liegen, müssen die Bürger/Innen oder Unternehmen oder der Staat so viel Geld an die Parteien spenden oder finanzieren? „Wenn man sich den Kopf zerbricht, wie die Parteien sich auf systemgerechte Weise Geld zu beschaffen vermögen, drängt sich die Frage auf, ob sie nicht mit weniger Geld auskommen können...?“³²⁸

„...Parteien brauchen Geld. (...) Das wäre, als würde man immer mehr Wasser in ein Fass ohne Boden schütten. Parteien werden nie ausreichend Geld haben, da die Möglichkeiten des für sie sinnvollen Ausgebens unerschöpflich sind...“.³²⁹

„Mögliche Gefahren der Parteienfinanzierung sah das Grundgesetz deshalb ausschließlich von anderer Seite. Man befürchtete, das private Kapital könne über Großspenden ungebührlichen politischen Einfluss gewinnen, und verpflichtete deshalb die Parteien, „über die Herkunft ihrer Mittel öffentlich Rechenschaft“ zu geben. Der Wähler sollte erkennen, wer finanziell hinter den Parteien stehe, damit er daraus seine Schlüsse ziehen könne“.³³⁰

Man bedenke allerdings, dass die Publizität den Spenden bei der Parteienfinanzierung nicht kaschiert werden muss. Dementsprechend sollte diese Publizität auch für Ausgaben und Vermögen der politischen Parteien gelten.

³²⁷ Vgl. Eschenburg, Theodor (1961): Probleme der modernen Parteifinanzierung, Rede bei der feierlichen Rektoratsübergabe am 9.Mai 1961, J.C.B. Mohr Tübingen, S. 43-44

³²⁸ Ebd., S. 43

³²⁹ Anton Pelinka, Kolumne unter dem Titel „Kurioses Erstaunen“ im „Extrablatt“, Nr.10/1980, S.11. Zitiert nach: Kadan, Albert/ Erich Reiter (1981): Parteienfinanzierung, S. 36

³³⁰ Arnim, Hans Herbert von (1996): Die Partei, der Abgeordnete und das Geld. München, S.46

„Nicht der Umstand der Parteienfinanzierung aus öffentlichen Mitteln selbst ist der Problembereich, sondern die Art der Finanzierungsregelung: sie wird die Vor- und Nachteile für die Weiterentwicklung unserer Demokratie bestimmen“.³³¹

Entscheidungsbefugnis der Parteien:

„Der Sinn des verfassungsgerichtlichen Urteils besteht darin, Antworten auf ganz bestimmte für die Gesetzgebung in Sachen Parteienfinanzierung typische Herausforderungen zu geben. Über die Parteienfinanzierung entscheiden die Parteien, die das Parlament beherrschen, in eigener Sache und sind deshalb nicht unbefangen.“³³²

Gefahren der Parteien laut Arnim Hans Herbert:

„Es besteht daher die dreifache Gefahr, (1) dass die Parteien sich *zufiel* bewilligen, (2) dass außenstehende politische *Konkurrenten benachteiligt* werden und (3) dass die Staatsmittel die Parteiführungen vom politischen Engagement der Bürger unabhängig machen und dadurch die Verkrustung der Parteien und *die Bürgerferne* der sogenannten politischen Klasse *verschärfen*. Auf diese drei Herausforderungen will das Grundgesetz (in der authentischen Interpretation durch das Bundesverfassungsgericht) Antworten geben.“³³³

„Mit den strukturellen Veränderungen im politischen System wachsen die Gefahren, durch die der Einzelmensch bedroht wird. (...) die kollektiven politischen und sozialen Organisationen steuern immer mehr das Schicksal des Bürgers unserer Gesellschaft“.³³⁴

Antworten auf die oben gelisteten Fragen:

„(1) Es sucht die staatliche Parteienfinanzierung, insbesondere durch die absolute und die Bestätigung der relativen Obergrenze, zu limitieren. (2) Es sucht die Benachteiligung von Konkurrenten, etwa kommunalen Wählergemeinschaften, zu verhindern und dadurch den politischen Wettbewerb offenzuhalten. (3) Vor allem will das Gericht ein neues Anreizsystem schaffen, das-zusätzlich zu der bisher schon bestehenden relativen Obergrenze- die Parteien zur verstärkten Bürgernähe veranlasst.“³³⁵

³³¹ Kadan, Albert/ Erich Reiter (1981): Parteienfinanzierung, Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe des Institutes für Politische Grundlagenforschung, Wien, S. 37

³³² Arnim, Hans Herbert von (1996): Die Partei, der Abgeordnete und das Geld. Parteienfinanzierung in Deutschland, München, S. 92

³³³ Ebd., S.92

³³⁴ Wimmer, Inge (1976): Die Parteien und ihre Finanzen, Überlegungen zum Thema Parteienfinanzierung, Wien, S. 3

³³⁵ Arnim, Hans Herbert von (1996): Die Partei, der Abgeordnete und das Geld. Parteienfinanzierung in Deutschland, München, S. 92

11. Zusammenfassung

In diesem Kapitel beginne ich die Befunde der Parteifinanzierung für beide Länder zu analysieren, welche Vorteile und Nachteile sie jeweils haben, welche Finanzierungsmöglichkeiten es jeweils gibt und welches Land mit einem modernen demokratischen System über mehr Transparenz verfügt. Ich bin der Meinung, dass die Parteien vom Staat und auch aus privaten Spenden unterstützt werden sollen. Nun versuche ich Österreich und die Schweiz neben der Analyse zu vergleichen.

1. Man kann von den Staatstheorien ausgehen, dass die politischen Parteien *für den Volkswillen* in der heutigen Zeit sehr wichtig sind, weil es ohne Parteien keine Demokratie gäbe. Das Volk hat nur diese Möglichkeit seine politischen Wünsche, die Gesetzänderungen und den sozialen Wandel über politische Parteien auszudrücken, zu ändern oder zu verbessern. Und zwar könnte niemand den Volkswillen in einer besseren Form repräsentieren als Parteien. Da die Parteien wie ein „*Träger der Demokratie und der Demokratisierung*“³³⁶ sind, wurde in der ganzen Arbeit betont, dass die Parteien eine wesentliche Rolle in der westlichen Demokratie spielen.
2. Da Politikwissenschaft als eine junge Studienrichtung in den 70ern in Österreich gegründet wurde, wurden die Parteien und ihre Finanzen ab diesem Zeitpunkt von der Politikwissenschaft theoretisch untersucht. In diesem Fall kann man sagen, dass die Parteienfinanzierung eine jüngere Disziplin als andere politische Bereiche z.B. Parlament, Demokratie, Staat usw. ist. Insofern braucht diese Disziplin mehr Zeit um sich zu entwickeln. (Trotzdem haben wir ausreichend seriöse deutschsprachige Literatur zu diesem Thema vorliegen.) Dieser Prozess ist nur mit Parteien und Parteienfinanzierungsforschungen möglich. Die Ausgaben der Parteien können dadurch besser finanziert werden. Es ist auch ganz normal, wenn etwas bei der Parteienfinanzierung bis jetzt fehlt. Weil es bis jetzt weniger Forschungen über Parteienfinanzierung auf der politikwissenschaftliche Ebene gab.

³³⁶ Ucakar, Karl / Stefan Gschiegl (2010): Das politische System Österreichs und die EU. Facultas Verlags- und Buchhandels AG, Wien, S. 147

3. Das erste und wichtigste Parteifinanzierungsgesetz wurde im Jahr 1975 in Österreich beschlossen. Die Regelung der Parteifinanzierung wurde verankert. (Kapitel 2)
4. Während es die staatliche Parteifinanzierung in Österreich gibt, existiert keine staatliche Parteifinanzierung in der Schweiz. Wenn keine staatliche Parteifinanzierung in einem Land existiert, dann kann „Schwarzgeld“ mehr Möglichkeit haben und vorkommen um die politischen Parteien zu beeinflussen. In diesem Fall müssen schweizerische Parteien andere Einnahmequellen finden um ihre Ausgaben zu finanzieren; das bringt natürlich eine Schwierigkeit für die Existenz der Parteien mit. (Kapitel 8)
5. Das Thema der Parteienfinanzierung spielt eine wesentliche Rolle im modernen demokratischen politischen System um die Parteien von den Interessengruppen abhängig oder unabhängig zu machen. Die Aussage dieser Masterarbeit ist, dass die allgemeinen Regelungen zur Parteienfinanzierung in Österreich und der Schweiz dazu dienen, die Unabhängigkeit der Parteien zu gewährleisten.
6. In dieser Forschung wurde ein Befund erstellt, dass die Parteien nicht mehr von den Kleinspenden und Mitgliedsbeiträgen finanziert werden können. Es war vorher bei den *idealistischen Parteien* mit den *idealistischen Mitgliedern* möglich. Jedoch in der heutigen Zeit reichen sie nicht mehr aus. Es gibt jetzt mehrere Möglichkeiten um die Parteien zu unterstützen, die im demokratischen politischen System *nötig* sind und sein müssen.
7. Da die ersten Parteien (wie Arbeiterparteien) aus den Massen entstanden, gibt es einen starken Zusammenhang zwischen den Parteien und den Massen im Kontext der Parteienfinanzierung. Also die Massen sind sehr wichtig für die Parteien. Wenn die Parteien die neuen Einnahmequellen brauchen, dann sollen die Parteien die Massen gut mobilisieren.
8. Es besteht ein Risiko bei der ausschließlichen staatlichen Parteienfinanzierung, denn es gibt bei jeder Wahl eine Wählergemeinschaft, die sich kollektiv organisiert um ihre bevorzugte Partei an die Macht zu bringen. Wenn die Parteien ihre Ausgaben

nur aus Staatsmitteln finanzieren würden, dann kann eine Bürgerferne auf der gesellschaftlichen Ebene entstehen.

11.1 Reformvorschläge zur Parteienfinanzierung

Da ich die gesetzliche Mangelhaftigkeit der Parteienfinanzierung in meiner Arbeit zutage gebracht habe, will ich die Vorschläge zur Finanzierung der Parteien folgend erfassen. Abschließend werden mit meiner Arbeit die Vorschläge zum Parteienfinanzierungssystem für Österreich und die Schweiz gegeben, sodass erstens ausreichende Regelungen für einen hinreichenden demokratischen Gehalt für ihre Tätigkeiten, ihre Finanzen und ihre Organe bestehen und in Kraft treten sollen um damit ein Schutz der Partei zu sein. Dieser Schutz sollte auch vor der Bevormundung durch politische Lobbys gelten.

1. Da Politikwissenschaft viele verschiedene Bereiche allgemein umfasst, sollten die Parteien und ihre Finanzen eine eigene Fakultät (als eine neue Studienrichtung) an den Universitäten Österreichs und den Schweiz ausmachen. Das Thema der Parteienfinanzierung könnte besser auf der wissenschaftlichen Ebene von den Forscher/Innen verbessert werden. Die Möglichkeit sollte vom Staat auf den Universitäten für eine spezifische Studienrichtung verteilt werden.
2. All das kann man mit einem spezifischen *Parteieninstitut* regeln. Dieses Institut sollte unabhängig wie die Zentralbank sein. Die neuen Regelungen der Parteien werden durch die Hand des Parteieninstitutes arrangiert. Das Parteieninstitut sollte die hohen Ausgaben der Parteien beobachten um damit das Übermaß in Bezug auf die Ausgaben den Parteien zu beschränken.
3. Da es keine staatliche Parteienfinanzierung in der Schweiz gibt, sollen die neuen staatlichen Regelungen zur Parteienfinanzierung in Kraft treten. Damit können die schweizerischen politischen Parteien die Abhängigkeit von den verschiedenen Interessengruppen befreien.
4. Wenn politische Parteien den Volkswillen repräsentieren und für das Volk sehr wichtig sind, dann sollte es immer einfach sein neue Parteien zu gründen. In diesem Zusammenhang sollten ihre Finanzmöglichkeiten auch einfach und machbar sein. Insofern

sollte das Mitgliedsbeitragssystem und Kleinspendensystem verstärkt werden. Damit die Gesellschaft so einfach ihre politische Parteien unterstützen. Sonst würde die Plutokratie eine wesentliche Rolle bei den neuen politischen Parteien spielen.

5. Die Parteien sollen nicht nur von den staatlichen Förderungen leben, sonst kann diese Finanzierungsmethode zur Bürgerferne führen. Die alleinige Finanzierung durch Staatsmittel wird als eine Gefahr für das Zusammenwirken in der Gesellschaft beschrieben.
6. Man kann mit der Bankenkooperation die Kleinspenden wie auch die Großspenden kontrollieren. Dies würde zu mehr Transparenz der Parteien und ihrer Geldgeber führen. Eine neue gesetzliche Bankenregelung bezüglich der Parteientransparenz sollte daher durchgeführt werden.
7. Das Problem der Korruption in der Politik muss prinzipiell in allen Staaten – auch in den westlichen Staaten – angegangen und gelöst werden. Ansonsten kann dies eine Gefahr darstellen und zur Aushöhlung nicht nur der Demokratie, dem Rechtsstaat, dem sozialen System und der Gerechtigkeit führen, sondern die wirtschaftliche Entwicklung der Länder und die Stabilität der demokratischen Organe gefährden. Eine Fortführung der Korruption wird die moralischen Grundlagen einer jeden Gesellschaft auf jeden Fall schädigen.

Literaturverzeichnis

- **Arnim**, Hans Herbert von (1996): Die Partei, der Abgeordnete und das Geld. Parteienfinanzierung in Deutschland, München
- **Beyme**, Klaus von (1982/1984): Parteien in westlichen Demokratien. München
- **Beyme**, Klaus von (2000): Parteien im Wandel, Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien, Westdeutscher Verlag
- **Campbell**, David F.J.- Christian Schaller (Hrsg.) (2002): Demokratiequalität in Österreich. Zustand und Entwicklungsperspektiven, Leske+ Budrich, Opladen
- **Drysch**, Thomas (1997/1998): Parteienfinanzierung, Österreich, Schweiz, Bundesrepublik Deutschland, Leske + Budrich, Opladen
- **Dachs**, Herbert- Peter Gerlich- Herbert Gottweis- Helmut Kramer- Volkmar Lauber- Wolfgang C. Müller- Emmerich Tàlos (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien
- **Eldersveld**, Samuel J. (1964): Political Parties. A Behavioral Analysis, Rand McNally Chicago
- **Eschenburg**, Theodor (1961): Probleme der modernen Parteifinanzierung, Rede bei der feierlichen Rektoratsübergabe am 9.Mai 1961, J.C.B. Mohr Tübingen
- **Freud**, Sigmund (1921): Massenpsychologie und Ich-Analyse. Leipzig-Wien-Zürich
- **Franck**, Norbert /Joachim Stary (2011): Die Technik wissenschaftlichen Arbeitens. Ferdinand Schöningh, Wien

- **Flick**, Uwe (1995/2007): Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung, Hamburg
- **Greven**, Michael Th. (1987): Parteimitglieder, Ein empirischer Essay über das politische Alltagsbewusstsein in Parteien, Leske+ Budrich, Opladen
- **Hermann**, Stefanie (2015): Die österreichische Parteien- und Wahlkampffinanzierung im Kontext internationaler Antikorruptionsregime, Wien
- **Kaufmann**, Fritz (1978): Sozialdemokratie in Österreich. Idee und Geschichte einer Partei von 1889 bis zu Gegenwart, by Amalthea-Verlag, Wien/ München
- **Kruck**, Peter (2009): Politik. Ein Schnellkurs, DuMont Buchverlag, Köln
- **Konecny**, Albrecht Karl (1981): Schwarzes Geld für schwarze Kassen, Wien
- **Kadan**, Albert/ Erich Reiter (1981): Parteienfinanzierung, Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe des Institutes für Politische Grundlagenforschung, Wien
- **Kruse**, Gudrun Klee (1993): Öffentliche Parteienfinanzierung in westlichen Demokratien, Schweden und Österreich: Ein Vergleich, Frankfurt am Main
- **Kogelnik**, Lisa (2014): Parteiunternehmen in Österreich, Wien
- **Le Bon**, Gustave (1911/2014): Psychologie Der Massen. Aus dem Französischen von Rudolf Eisler, Nikol Verlagsgesellschaft mbH & Co.KG, Hamburg
- **Lösche**, Peter (1984): Wovon leben die Parteien?. Über das Geld in der Politik, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt
- **Lenzhofer**, Stephan (2010): Die Parteienfinanzierung in Österreich, Springer-Verlag/Wien, Printed in Germany

- **La Palombara**, Joseph (Ed. By)/ Myron Weiner (1966/1967): Political Parties and Political Development, Printed in the United States of America by Princeton University Press
- **Pelinka**, Anton /Fritz Plasser (Hg.) (1988): Das österreichische Parteiensystem, Böhlau Verlag Wien, Köln, Graz
- **Pelinka**, Anton- Sieglinde Rosenberger (2000): Österreichische Politik, Grundlagen-Strukturen-Trends, Wien
- **Sickinger**, Hubert (2013): Politisches Geld. Parteienfinanzierung und öffentliche Kontrolle in Österreich, Czernin Verlag, Wien
- **Sartori**, Giovanni (1987/1997): Demokratietheorie, Primus Verlag, Darmstadt
- **Saalfeld**, Thomas (2007): Parteien und Wahlen, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden
- **Th. Tsatsos**, Dimitris (Hrsg) (1992): Parteienfinanzierung im europäischen Vergleich. Die Finanzierung der politischen Parteien in den Staaten der Europäischen Gemeinschaft, Baden-Baden
- **Ucakar**, Karl / Stefan Gschiegl (2010): Das politische System Österreichs und die EU, Facultas Verlags- und Buchhandels AG, Wien
- **Uzun**, Cem Duran (2010): Siyasi Partilerin Finansmanı. Anayasa Hukuku Açısından, Adalet Yayınevi, Ankara
- **Weber**, Max (1972): Wirtschaft und Gesellschaft, Grundriss der Verstehenden Soziologie, J.C.B. Mohr Tübingen

- **Wimmer**, Hannes (2000): Die Modernisierung politischer Systeme. Staat, Parteien, Öffentlichkeit, Böhlau Verlag, Wien. Köln. Weimar
- **Wimmer**, Inge (1976): Die Parteien und ihre Finanzen, Überlegungen zum Thema Parteienfinanzierung, Wien

Internetquellen

- https://spoe.at/sites/default/files/das_spoe_parteiprogramm.pdf, Abrufdatum:
16.08.2017
- http://neuwal.com/wp-content/uploads/2013/08/spoe_wahlprogramm_2013lf0108monitor.pdf, Abrufdatum:
16.08.2017
- <https://www.oevp.at/Download/Grundsatzprogramm.pdf>, Abrufdatum: 17.08.2017
- <https://rotbewegt.at/#/seite/kanzler-regierungen-und-prasidenten>, Abrufdatum:
18.08.2017
- <https://rotbewegt.at/>, Abrufdatum: 20.08.2017
- <https://spoe.at/story/wahlkampffinanzierung-klar-regeln>, Abrufdatum: 20.08.2017
- <http://archiv.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=46238>, Abrufdatum: 27.08.2017
- <http://www.coe.int/en/web/greco/about-greco/what-is-greco>, Abrufdatum: 27.08.2017
- http://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_2013/start.aspx#pk_01, Abrufdatum: 06.09.2017
- <http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20007891>, Abrufdatum: 11.09.2017
- <https://www.parlament.gv.at/PERK/PK/PP/>, Abrufdatum: 11.09.2017
- <https://www.parlament.ch/de/organe/nationalrat>, Abrufdatum: 16.09.2017

- <https://www.parlament.ch/de/über-das-parlament/archiv/wahlen-im-rueckblick/nationalratswahlen/wahlen-2015>, Abrufdatum: 16.09.2017
- <https://spoe.at/page/mitglied-werden>, Abrufdatum: 21.09.2017
- http://www.fpoemitglied.at/?page_id=202, Abrufdatum: 21.09.2017
- <https://wien.gruene.at/werde-mitglied>, Abrufdatum: 21.09.2017
- <https://www.parlament.ch/de/organe/fraktionen>, Abrufdatum: 21.09.2017
- <https://www.parlament.gv.at/PERK/NRBRBV/>, Abrufdatum: 24.09.2017
- <https://www.parlament.gv.at/PERK/PK/PP/index.shtml>, Abrufdatum: 24.09.2017
- http://www.bmi.gv.at/501/files/Teilstrategie_Innere_Sicherheit_V20150324_web.pdf,
Abrufdatum: 08.10.2017
- <http://derstandard.at/1296696525469/Schweiz-Erst-seit-40-Jahren-duerfen-Frauen-waehlen>, Abrufdatum: 12.10.2017
- <https://www.parlament.gv.at/PERK/PK/PP/index.shtml>, Abrufdatum: 19.10.2017
- <http://www.renner-institut.at/das-karl-renner-institut/ziele/>, Abrufdatum: 19.10.2017
- <https://kurier.at/politik/inland/partiemitglieder-sp-legt-zu-oevp-konstant/252.381.785>,
Abrufdatum: 22.10.2017
- <http://www.rechnungshof.gv.at/sonderaufgaben/parteiengesetz/parteispenden.html>,
Abrufdatum: 23.10.2017
- http://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/_migrated/content_uploads/Bund_2015_10_1.pdf, Abrufdatum: 24.10.2017

- <http://www.bmi.gv.at/405/start.aspx>, Abrufdatum: 05.11.2017
- http://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_2017/files/Mandatsspiegel_NRW2017_inklusiveWahlkarten.pdf, Abrufdatum: 05.11.2017
- <http://derstandard.at/2000050160791/Parteien-erhalten-2017-rund-209-Millionen-Euro>, Abrufdatum: 15.11.2017
- <https://www.fpoe.at/artikel/konstituierende-sitzung-des-nationalrats-51-fpoe-abgeordnete-angelobt/>, Abrufdatum: 15.11.2017
- <https://www.ejpd.admin.ch/dam/data/bj/sicherheit/kriminalitaet/korruption/grecobericht/ber-iii-2011-4f-thema1-d.pdf>, Abrufdatum: 15.11.2017
- <https://partei.neos.eu/wer-wir-sind/>, Abrufdatum: 15.11.2017
- <http://derstandard.at/2000062089399/Peter-Pilz-sagt-seine-Partei-wird-nie-zum-Leben-erweckt>, Abrufdatum: 15.11.2017
- <http://www.sp-ps.ch/de/partei/wir-sind-die-sp>, Abrufdatum: 21.11.2017
- <https://www.svp.ch/wp-content/uploads/Sozialwerke-d.pdf>, Abrufdatum: 21.11.2017
- <https://www.fdp.ch/positionen/sozialpolitik/>, Abrufdatum: 21.11.2017
- <https://www.watson.ch/Schweiz/Wahlen%202015/851099420-Riesige-Summen--null-Transparenz---wie-das-Geld-den-Schweizer-Wahlkampf-regiert>, Abrufdatum: 24.11.2017
- <https://www.vimentis.ch/d/publikation/463/Die+Parteienfinanzierung+in+der+Schweiz.html>, Abrufdatum: 24.11.2017

- <http://www.zeit.de/2011/41/CH-Parteienfinanzen/seite-2>, Abrufdatum: 24.11.2017
- https://diepresse.com/home/innenpolitik/5270724/Nationalratswahl_Diese-16-Parteien-bewerben-sich, Abrufdatum: 24.11.2017
- <https://www.parteispenden.at/partei/spoe/>, Abrufdatum: 24.11.2017
- <http://www.rechnungshof.gv.at/sonderaufgaben/parteiengesetz/parteispenden.html>,
Abrufdatum: 24.11.2017
- <https://www.nzz.ch/schweiz/note-ungenuegend-fuer-die-schweiz-1.18597519>,
Abrufdatum: 24.11.2017
- <https://www.bj.admin.ch/dam/data/bj/sicherheit/kriminalitaet/korruption/grecoberichte/ber-iii-2015-6f-d.pdf>, Abrufdatum: 24.11.2017
- <https://www.bj.admin.ch/dam/data/bj/sicherheit/kriminalitaet/korruption/grecoberichte/ber-iii-2017-10-d.pdf>, Abrufdatum: 24.11.2017
- <https://www.bj.admin.ch/dam/data/bj/sicherheit/kriminalitaet/korruption/grecoberichte/ber-i-ii-2007-1f-d.pdf>, Abrufdatum: 24.11.2017
- <https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/aussenpolitik/finanzplatz-und-wirtschaft/korruption.html>, Abrufdatum: 24.11.2017

Abstract Deutsch

In dieser Forschungsarbeit wurden die politische Parteien und ihre Finanzen unter den Demokratietheorien untersucht. Es gibt und gab immer Interessengruppen innerhalb der politischen Parteien, der Regierungen und des Staats, um etwas politisch zu erwarten oder erhalten. In diesem Fall kann man über politische Beeinflussung sprechen, wie die politischen Parteien *abhängig* werden, oder wie sie von den Interessengruppen *unabhängig* sein könnten, um eine unabhängige Politik zu führen. Da die Parteien und ihre Finanzen für westliche Demokratie und Demokratiequalität eine wesentliche Rolle spielen, ist die Parteienfinanzierung ein wichtiges Thema auf der wissenschaftlichen Ebene geworden.

Wenn wir die Parteien beschreiben: die Parteien scheinen *wie ein Träger der Demokratie und der Demokratisierung* im westlichen Demokratie. Der Grund, diese Masterarbeit zu schreiben war, dass wenige Forschungen über die Parteienfinanzierung auf der politikwissenschaftlichen Ebene existieren. Deshalb wollte ich diesen Bereich vertiefen. In dieser Forschung wurden Österreich und die Schweiz in Bezug auf den Parteienfinanzierung verglichen, wie die Parteien mit den Parteigesetzen in diesem beide Ländern verankert wurden.

Da die Parteien nicht mehr nur von den Kleinspenden und Mitgliedsbeiträgen finanziert werden, sondern auch durch mehrere moderne Finanzmöglichkeiten wie *Großspenden und Unternehmensspenden, Kreditaufnahmen, die Finanzierung der parteinahen Stiftungen und die eigene Einkünfte*; darüber hinaus die staatliche Parteienfinanzierung in der heutigen Zeit im modernen demokratischen System um die Parteien zu finanzieren. Insofern habe ich die Parteien in Bezug auf die Parteienfinanzierung sowohl auf staatlicher als auch auf privater Ebene untersucht. Unter diesen Bedingungen wurden die politische Korruption und die politische Transparenz nach *GRECO* Berichten für Österreich und die Schweiz analysiert.

In meiner Arbeit wurde ein wichtiger Unterschied hervorgehoben, nämlich, dass die österreichischen Parteien staatliche Förderungen bekommen, es gibt jedoch keine staatliche Parteienfinanzierung in der Schweiz. Mit meiner Arbeit habe ich die Reformvorschläge in Bezug auf die Parteienfinanzierung für beide Länder erläutert.

Abstract Englisch

In this master thesis the political parties and their finances were examined under the theories of democracy. There are and have always been stakeholders within political parties, governments and within the state with an expectation of gaining something politically. In this particular case, one can talk about political influence, how the political parties become dependent, or how they could be independent of the stakeholders in order to pursue an independent policy. As the parties and their finances play a vital role in Western democracy and quality of democracy, party financing has become an important topic at the scientific level.

If we describe the parties: the parties appear like a pillar of democracy and democratization in Western democracy. The reason for writing this thesis was that few research on party funding was in existence at the political science level. As a consequence of this I chose to specialize in this area and within the framework of this research, Austria and Switzerland were compared in terms of party financing on how the parties positioned themselves with the party laws existent in both of these countries.

Since the parties are no longer funded solely by small donations and membership fees, there are several modern financial options such as large donations and corporate donations, borrowing, the funding of the affiliated foundations based on their own income as well as the state-funding of parties funding in today's world as part of the modern democratic system. In this respect, I have examined the parties in terms of party financing on both state and private levels. Under these conditions, political corruption and political transparency were analyzed according to *GRECO* reports for Austria and Switzerland.

In my research one important difference has been highlighted in particular that the Austrian parties receive state subsidies, but there is no state funding of political parties in Switzerland. With my work, I have explained the reform proposals in terms of party financing for both countries.